



universität
wien

DIPLOMARBEIT / DIPLOMA THESIS

Titel der Diplomarbeit / Title of the Diploma Thesis

„Wir sind das Volk“ – Motive und Aspekte des europäischen Rechtspopulismus

Vergleichende Perspektiven an den Beispielen Österreich und Ungarn seit den ausgehenden 1980er Jahren

verfasst von / submitted by

Sarah Riedl

angestrebter akademischer Grad / in partial fulfilment of the requirements for the degree of
Magistra der Philosophie (Mag. Phil.)

Wien, 2017 / Vienna, 2017

Studienkennzahl lt. Studienblatt /
degree programme code as it appears on
the student record sheet:

A 190 350 313

Studienrichtung lt. Studienblatt /
degree programme as it appears on
the student record sheet:

Lehramtsstudium UF Geschichte, Sozialkunde,
Politische Bildung und UF Italienisch

Betreut von / Supervisor:

a. o. Univ.-Prof. Mag. Dr. Peter Eigner

Eidesstaatliche Erklärung

Hiermit versichere ich,

dass ich die vorliegende Diplomarbeit selbstständig verfasst, andere als die angegebenen Quellen und Hilfsmittel nicht benutzt und mich auch sonst keiner unerlaubter Hilfe bedient habe,

dass ich dieses Diplomarbeitsthema bisher weder im In- noch im Ausland in irgendeiner Form als Prüfungsarbeit vorgelegt habe

und dass diese Arbeit mit der vom Begutachter beurteilten Arbeit vollständig übereinstimmt.

Danksagung

An dieser Stelle möchte ich mich bei all denjenigen bedanken, die mich während der Anfertigung dieser Diplomarbeit sowie während des Studiums unterstützt und motiviert haben.

Zuallererst gebührt mein Dank meinen Eltern, Andreas und Martina, die mir mein Studium durch ihre Unterstützung ermöglicht haben und mir auch immer wieder den Rücken gestärkt haben.

Ein besonderer Dank gilt dem Betreuer der vorliegenden Diplomarbeit, Herrn Univ.-Prof. Mag. Dr. Peter Eigner, für die hilfreichen Anregungen und die konstruktive Kritik bei der Erstellung dieser Arbeit. Ich weiß es zu schätzen, dass er während der Verfassung dieser Arbeit stets ein offenes Ohr für meine Fragen hatte und mir somit meinen Schreibprozess erleichterte.

Ebenfalls bedanken möchte ich mich bei meiner langjährigen Studienkollegin, Laura Czurda, welche mich das gesamte Studium immer wieder in meinen Vorhaben bestärkte und mich vor allem emotional und motivational während des Schreibprozesses begleitete.

Vielen Dank!

Sarah Riedl

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung	1
1.1 Thema und Fragestellung.....	2
1.2 Wissenschaftliche Relevanz und Forschungsstand.....	3
1.3 Methode und Vorgehensweise.....	4
2. Begriffsdefinitionen	6
2.1 Was heißt Rechts beziehungsweise Links im politischen Sinne?.....	6
2.2 Populismus – Was ist das?.....	7
2.3 Rechtspopulismus.....	8
2.4 Rechtsextremismus.....	9
2.5 Neoliberalismus.....	10
2.6 Ethnopluralismus.....	11
2.7 Ethnozentrismus.....	11
2.8 Nationalismus.....	12
2.9 Autoritarismus.....	12
2.10 Antisemitismus.....	13
2.11 Antiziganismus.....	13
2.12 Sozialdarwinismus.....	14
3. Aspekte und Motive für Rechtspopulismus - ein Kriterienkatalog	15
3.1 Politikverdrossenheit und Antiestablishment.....	15
3.2 Minderheitenpolitik.....	16
3.2.1 Antiziganismus.....	17
3.2.2 Islamophobie.....	17
3.3 Globalisierungskritischer Diskurs.....	18
3.4 Sozioökonomische Aspekte.....	20
3.5 Nationalismus.....	22
3.6 Euroskeptizismus.....	23
3.7 Die Rolle der Medien.....	24
3.8 Autoritarismus – die Bedeutung der „Führerperson“.....	25
3.8.1 Charisma.....	26
3.8.2 Rhetorik.....	27
3.8.3 Nahbarkeit.....	28
3.9 Gesellschaftspolitische Aspekte.....	28
3.9.1 Homosexualität.....	29
3.9.2 Frauen.....	29

3.9.3 Kriminalität	31
3.10 Wähler_innenklientel	31
4. Zur Vorgeschichte des Rechtspopulismus in Europa	34
4.1 „Populismus“ und Verfolgung in der Antike	34
4.2 Antisemitismus im Mittelalter	35
4.3 Antisemitismus und Rassismus in der Neuzeit	37
4.4 Das 20. Jahrhundert	40
4.5 Nachkriegsentwicklungen	44
4.6. Zu den Entwicklungen in Österreich	45
4.6.1 Antisemitismus im vormodernen Zeitalter	45
4.6.2 Der Börsencrash, Karl Lueger und die Christlichsozialen	47
4.6.3 Die beiden Weltkriege in Österreich	51
4.6.4 Nachkriegsentwicklungen	52
4.7 Zu den Entwicklungen in Ungarn	53
4.7.1 Die Stellung des Judentums im Mittelalter	54
4.7.2 Antisemitismus und Antiziganismus in der Neuzeit	54
4.7.3 Das 19. Jahrhundert in Ungarn	55
4.7.4 Die beiden Weltkriege in Ungarn	59
4.7.5 Das Horthy-Regime	62
4.7.6 Nachkriegsentwicklungen	63
5. Die FPÖ	65
5.1 Historischer Längsschnitt der Parteientwicklung	65
5.1.1 Jörg Haider	68
5.1.2 Heinz-Christian Strache	69
6. Rechtspopulismus in Österreich seit dem ausgehenden 20. Jahrhundert	70
6.1 Diskreditierung der politischen Gegner_innen und Antiestablishment-Politik	70
6.2 Minderheitenpolitik	72
6.2.1 Antisemitismus	74
6.2.2 Islamophobie	76
6.3 Die Antwort der etablierten Parteien	80
6.4 Vom Deutschnationalismus zum Österreichpatriotismus	82
6.5 Sozioökonomische Aspekte und das Schüren von Globalisierungsängsten	85
6.6 EU-Skepsis	87
6.7 Social Media und die Lügenpresse	89
6.8 Persönlichkeitskult und Selbstinszenierung	90
6.9 Gesellschaftspolitische Aspekte	93

6.9.1 Homosexualität.....	93
6.9.2 Frauen.....	95
6.9.3 Kriminalität	97
6.10 Zum Wähler_innenklientel der FPÖ	99
7. Die Fidesz.....	102
7.1 Historischer Längsschnitt der Parteientwicklung	102
7.1.1 Viktor Orbán.....	105
8. Rechtspopulismus in Ungarn seit dem ausgehenden 20. Jahrhundert.....	107
8.1 Gefahr für die Demokratie?	107
8.2 Minderheitenpolitik.....	111
8.2.1 Antiziganismus.....	111
8.2.2 Antisemitismus	112
8.2.3 Flüchtlingspolitik.....	113
8.4 Gegen Intellektuelle und die alten Eliten.....	114
8.5 Geschichtspolitik und ungarischer Nationalpopulismus	115
8.6 Die Kontrolle über die Medien	116
8.7 Charisma und Führerkult Viktor Orbáns	118
8.8 Sozioökonomische Aspekte	120
8.9 EU-Skepsis	122
8.10 Weitere Feindbildkonstrukte.....	123
8.11 Zum Wähler_innenklientel der Fidesz.....	125
9. Vergleichende Analyse	126
10. Conclusio	130
11. Literaturverzeichnis.....	134
12. Abbildungsverzeichnis.....	146
13. Abstract.....	147

1. Einleitung

Brexit, Trump, Le Pen und Co. bringen den rechten Populismus in Europa und der Welt zu neuem Erstarren. Dies bezeugen unter anderem die Wahlerfolge der letzten Jahre, welche eine Stimmenmaximierung rechtspopulistischer Gruppierungen in nahezu allen europäischen Ländern bedeuteten. Die Rolle im politischen Spektrum kann dabei als unterschiedlich betrachtet werden. Gemein haben sie alle eine Ausweitung der Stimmenanteile sowie eine Präsenz in den nationalen Parlamenten (Frankreich, Schweden, ab der EU-Erweiterung 2004 vermehrt Länder in Osteuropa). Einigen Parteien gelang in der Vergangenheit sogar der Wechsel von der Oppositionstätigkeit hin zur Regierungsbeteiligung (Österreich, Italien, Polen, Schweiz, Ungarn), andere sind beziehungsweise waren an Minderheitsregierungen beteiligt (Norwegen, Dänemark).

Doch das Phänomen Rechtspopulismus ist schon ein weitaus älteres und lässt sich indirekt bereits auf das vormoderne Zeitalter projizieren. In der Antike, im Mittelalter sowie in der Neuzeit kann man jedoch noch nicht explizit von Rechtspopulismus sprechen. Passender würden hierbei die Begriffe Verfolgung, Ausgrenzung oder später Rassismus sein. Ab dem 19. Jahrhundert entwickeln sich dann in ganz Europa bereits populistische Politikstile, gipfelnd im Nationalsozialismus konnte sich diese Art von Politik, die gekennzeichnet war von Ausgrenzung, Pogromen und Rassismen, bis dato ein stabiles und stärker werdendes Fundament in Europa (und außerhalb) aufbauen. Nach dem Zweiten Weltkrieg strebte man ein friedliches Europa an, die Gräueltaten, die gegen jegliche Andersdenkende, Andersglaubende und generell das Fremdwirkende passiert sind, sollten ein endgültiges Ende haben. Doch bereits im ausgehenden 20. Jahrhundert, zuerst in West-, später auch in Osteuropa, formierten sich wieder vermehrt rechte und rechtspopulistische Bewegungen und Parteien. Lange Zeit in der Opposition oder im Untergrund sitzend hatten diese vorerst wenig beziehungsweise nur teilweise Einfluss auf den tatsächlichen politischen Diskurs in Europa. In den letzten Jahren erleben wir jedoch einen Prozess, der diese Parteien vermehrt in Regierungsbeteiligungen bringt und den etablierten Parteien eine Abfuhr erteilt.

Gesamteuropäisch gilt es hierbei jedoch Unterscheidungen zu treffen. In einigen Ländern ist eine Tendenz hingehend einer Kursänderung der traditionellen Volksparteien zu beobachten. Viktor Orbán und die Fidesz waren eingangs eine

sozialdemokratisch-liberale Jugendbewegung, nunmehr wird die Partei als eindeutig rechtspopulistisch eingestuft. Die eigentliche rechte beziehungsweise rechtsextreme Partei, Jobbik, verzeichnet in Ungarn nicht derart große Erfolge. Ähnliche Entwicklungen gibt es in Dänemark. Daneben ist in vielen anderen europäischen Ländern zu beobachten, dass vormals unbedeutende rechte Parteien immer mehr in den Vordergrund rücken und, gleich ob AfD, FPÖ, PiS oder Front National, Wahlergebnisse erzielen, die den etablierten Parteien Unmut bereiten und sie vor neue – alte – Herausforderungen stellen.

Der Rechtspopulismus mit all seinen Auswüchsen ist ein für mich brisantes und höchst-aktuelles Thema. Die Demagog_en_innen dahinter, die derzeit in ganz Europa auf dem Vormarsch sind und eine (für mich) gefährliche Politik betreiben, die von Ausgrenzung, Hetze, Ressentiments und Populismus gekennzeichnet ist, wird die Demokratien in Zukunft sicherlich noch auf eine harte Probe stellen. Der Rechtspopulismus ist insofern gefährlich, als dass er nicht mehr rein als Konflikt zwischen Links und Rechts zu sehen ist, vielmehr hat er Auswirkungen auf die gesamte Gesellschaft. Das wirkt sich in einem Gefälle zwischen Stadt und Land, zwischen Jung und Alt, zwischen männlich und weiblich, zwischen gebildet und weniger gebildet, aus.

Aufgrund des begrenzten Rahmens kann ich in der vorliegenden Arbeit nicht auf gesamteuropäische oder globale Entwicklungen eingehen und deshalb konzentriere ich mich auf zwei Länder innerhalb der Europäischen Union – Österreich und Ungarn. Dabei sollen in erster Linie die beiden großen rechtspopulistischen Parteien – die FPÖ und die Fidesz – sowie deren Führungsfiguren untersucht werden. Weiters zu analysieren gilt es deren Wähler_innenklientel, deren Themen, deren Entwicklung und deren Ausrichtung hinsichtlich ökonomischer, ethnischer und sozialpolitischer Diskurse. Was Österreich derzeit betrifft, so wird es sicherlich auch nicht unwichtig sein, sich die Frage zu stellen, inwiefern die (noch) regierenden Parteien auf den erstarkenden Rechtspopulismus reagieren.

1.1 Thema und Fragestellung

Das Thema der vorliegenden Diplomarbeit beschäftigt sich im Kern mit rechtspopulistischer Politik in Österreich und Ungarn seit Haider beziehungsweise

Orbán. Dabei soll der Frage nachgegangen werden, inwiefern sich die beiden Länder hinsichtlich rechtspopulistischer Politik voneinander unterscheiden beziehungsweise welche Gemeinsamkeiten diese aufweisen.

Da ich im Rahmen eines Seminars bereits eine Kursarbeit über die Politik Jörg Haiders und jene Karl Luegers, hinsichtlich antisemitischer Äußerungen, verfasst habe und mich auch privat für die Thematik sehr interessiere, kam ich zum Entschluss, mich damit einschlägig im Zuge meiner Abschlussarbeit zu befassen. Da es zu Jörg Haider und nunmehr H.C. Strache bereits zahlreiche Monographien und Aufsätze gibt und es nur einen geringen wissenschaftlichen Mehrwert hätte, erneut darüber zu schreiben, entschloss ich mich, einen analytischen Vergleich mit einem osteuropäischen Land – in dem Fall Ungarn – anzustellen.

1.2 Wissenschaftliche Relevanz und Forschungsstand

Die zentralen Problemstellungen des vorliegenden Diplomarbeitsthemas sind in den letzten Jahr(zehnt)en vermehrt in den Blickwinkel und das Interesse geschichts-, sozial- und vor allem politikwissenschaftlicher Arbeiten gedrängt.

Bedingt durch die Entwicklungen der letzten Jahre hinsichtlich Migration, Flucht, Globalisierung, Modernisierung und Digitalisierung hat das Thema Rechtspopulismus in Europa, aber auch außerhalb, mehr Brisanz denn je, weshalb man immer mehr wissenschaftliche Auseinandersetzungen dazu findet. Meine Analyse bezieht sich auf zwei Länder – Österreich und Ungarn – wobei es zu Österreich tatsächlich unzählige deutsch- und englischsprachige Monographien, Sammelbände und Artikel gibt. Vor allem Jörg Haider hat als *der* Populist schlechthin zahlreiche Autor_en_innen, Journalist_en_innen und Politikwissenschaftler_innen dazu veranlasst, über das Phänomen Rechtspopulismus zu schreiben. Ruth Wodak, Anton Pelinka, Christoph Butterwegge, Ernst Hillebrand und Farid Hafez sind hierbei nur einige von zahlreichen Herausgeber_n_innen zum vorliegenden Thema.¹ Unter diesen Umständen erscheint es auf den ersten Blick simpel, zu diesem Thema eine auf Literatur gestützte Arbeit zu verfassen, wobei dazu gesagt sei, dass es aufgrund der großen Quellenlage eher

¹ Notiz: Weitere Herausgeber zum vorliegenden Thema: Gerd Wiegand/Reinhard Kühnl, Jörg Flecker, Heribert Schiedel, Wolfgang Eismann.

schwierig ist beziehungsweise war, eine Auslese zu unternehmen. Da es sich hierbei um eine wissenschaftliche Arbeit handelt, habe ich jedoch stets versucht, von journalistischen sowie unseriösen Sekundärquellen so gut als möglich abzusehen und mich stattdessen vielmehr auf wissenschaftliche Publikationen konzentriert.

Auch über den ungarischen Populismus der letzten Jahr(zehnt)e gibt es bereits Zahlreiches an ungarisch-, englisch- und deutschsprachiger Literatur. Am bedeutendsten für meine Arbeit war sicherlich das Buch von Paul Lendvai über Viktor Orbán, welches 2016 erschienen ist und somit ein sehr aktuelles Bild der Lage in Ungarn zeichnet. Darüber hinaus existiert ein Sammelband, herausgegeben von Andreas Koob, Holger Marcks und Magdalena Marsovszky, welcher ebenso über den nationalistischen und populistischen Diskurs Ungarns in der Vergangenheit und Gegenwart handelt. Auch der ungarische Historiker Gyula Borbándi befasste sich einschlägig mit dem ungarischen Populismus. Im März 2017 publizierte darüber hinaus der deutsche Wissenschaftler und Autor Reinhold Vetter ein Werk über den Nationalismus im Osten Europas, in welchem er ein Kapitel dem ungarischen Populismus widmete.

In sehr vielen Herausgeberschriften zum Thema Rechtspopulismus wird eine länderbezogene Analyse zum Thema angestellt, wobei sich dies meist auf gesamteuropäische Entwicklungen bezieht und eher abrisshaft die populistischen Momente der europäischen Länder erörtert.

Ziel der vorliegenden Diplomarbeit ist die Darstellung von Motiven, welche zu rechtspopulistischer Politik und zur Akzeptanz dieser führte. In weiterer Folge sollten diese Aspekte anhand der beiden genannten Länder im historischen Kontext seit etwa den 1980er Jahren eruiert werden. Anschließend erfolgt ein Vergleich hinsichtlich dieser Aspekte zwischen Österreich und Ungarn. Ein derartiger Vergleich wurde bisweilen (meiner Kenntnis nach) nicht angestellt, was meine Aufgabe umso reizvoller machte.

1.3 Methode und Vorgehensweise

Für die Beantwortung der eingangs gestellten Forschungsfrage wird die Methode der empirisch-analytischen Literaturarbeit gewählt. Dazu wird vorwiegend

Forschungsliteratur aus den Bereichen der Sozial-, Wirtschafts-, Politik- und Geschichtswissenschaften verwendet. Ergänzend dazu werden sich in der Arbeit aber auch statistische Daten wiederfinden, welche zur Veranschaulichung und Untermuerung des wissenschaftlichen Inhalts dienen sollen. Dies wird sich vorwiegend auf Wahlstatistiken bezüglich Wähler_innenverhalten, Wähler_innenströme und generell auf Wahlergebnisse beziehen.

Was die Gliederung beziehungsweise den Aufbau der Arbeit betrifft, so erfolgt zunächst ein theoretischer Input in verschiedenste Terminologien (Kapitel 2). Es handelt sich hierbei um Begriffe, die im Zusammenhang mit dem Thema häufig gebraucht werden und für eine bessere Kontextualisierung definiert werden. In Kapitel 3 erfolgt die Erstellung eines Kriterienkatalogs, welcher die prinzipiellen Motive und Aspekte rechtspopulistischer Politik darstellen soll und der dann wiederum für die länderbezogene Analyse (Kapitel 6 & 8) als theoretische Grundlage dienen wird. Zur besseren Kontextualisierung soll zuvor noch abrisshaft die Vorgeschichte rechtspopulistischer Politik in Europa, mit Schwerpunkt auf Österreich und Ungarn, veranschaulicht werden. Die Ergebnisse meiner Untersuchung, insbesondere die zentralen Unterschiede beziehungsweise Gemeinsamkeiten zwischen Österreich und Ungarn sollen anschließend summarisch in einem Vergleich (Kapitel 9) dargestellt werden.

2. Begriffsdefinitionen

Folgend werden jene Begrifflichkeiten definiert, die in der vorliegenden Diplomarbeit häufig Verwendung finden werden und für eine Auseinandersetzung mit dem Thema zentral sind.

2.1 Was heißt Rechts beziehungsweise Links im politischen Sinne?

Spricht man von Rechtspopulismus, Rechtsextremismus oder Rechtsruck, so muss vorerst geklärt werden, was der Begriff *Rechts* eigentlich bedeutet beziehungsweise wo er seinen Ursprung hat. Demgegenüber steht der politische Begriff *Links*.

Die Begrifflichkeiten *Rechts* beziehungsweise *Links* im politischen Sinne gehen laut Otmar Höll, dem ehemaligen Direktor des Österreichischen Instituts für Internationale Politik (OIIP), auf die Französische Revolution und die Sitzordnung in der Pariser Nationalversammlung zurück. Die Bürger saßen damals links, der Adel, also die Konservativen, rechts.²

Im heutigen Verständnis versteht man laut dem Rechtsextremismusexperten Willibald Holzer unter *Links* eine politische Ausrichtung, welche nach persönlicher Autonomie und Emanzipation sowie nach ausgeweiteten politischen Partizipationsmöglichkeiten strebt. Die Ideen von Gleichheit und Freiheit haben oberste Priorität. Demgegenüber steht der Begriff *Rechts*. Er geht von wenig Autonomie aus, strebt die Einordnung von Individuen in Gemeinschaften an, die hierarchisch geordnet sind. Zentrale Merkmale rechter Politik sind eine generelle Ungleichheit der Menschen und autoritäre Herrschaftsverhältnisse.³

² Vgl. derStandard.at, Warum teilt man Parteien in links und rechts ein? (19.06.2009), online unter: <<http://derstandard.at/1244460904453/User-fragen-derStandardat-antwortet-Warum-teilt-man-Parteien-in-links-und-rechts-ein>> (15.02.107).

³ Vgl. Willibald I. Holzer, Rechtsextremismus – Konturen, Definitionsmerkmale und Erklärungsansätze. In: Stiftung Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (Hg.) Handbuch des österreichischen Rechtsextremismus (Wien 1993), 21.

2.2 Populismus – Was ist das?

Werner T. Bauer, Mitarbeiter der Österreichischen Gesellschaft für Politikberatung und Politikentwicklung (ÖGPP), hat sich einschlägig mit dem Begriff „Populismus“ auseinandergesetzt und dessen Wurzeln gesucht. Demnach geht dieser auf eine amerikanische Farmerbewegung des ausgehenden 19. Jahrhunderts zurück, die gegen die Herrschaft von Großkapital demonstrierte und sich für günstigere Kredite und den Ausbau der Demokratie aussprach. Daraus entwickelte sich die „Populist Party“. Ein amerikanischer Soziologe namens Goodwyn entwickelte daraufhin die These vom *„populistischen Moment“*⁴, wonach der Populismus sich in einem ganz bestimmten Moment entwickle, dies passiere dann, wenn etwa der Modernisierungsschub innerhalb einer Gesellschaft zu schnell verlaufe, sodass die Menschen damit überfordert seien. Der Begriff stammt somit aus dem angloamerikanischen Raum, nach Europa kam er relativ spät, etwa in den 1980er Jahren. Im Gegensatz zu Amerika war der Begriff in Europa von Beginn an jedoch eher negativ konnotiert. Viele Autor_en_innen und Wissenschaftler_innen verstehen unter Populismus in erster Linie einen politischen Stil beziehungsweise eine Form der Kommunikation ohne eine präzise Ideologie. Demgegenüber stehen andere Meinungen, wie etwa jene Frank Deckers, der meint, *„dass die Form, indem sie auf bestimmte inhaltliche Auffassungen zurückverweist, selbst ideologische Qualität annehmen könne [...]“*⁵. Schwierig erscheint auch die Verortung des Populismus auf einer politischen Skala, da er sich grundsätzlich an verschiedene Richtungen wenden kann, wobei dazu gesagt sei, dass er sich in jedem Fall gegen die etablierte politische Mitte wendet.

Im Kern populistischer Politik steht unangetastet das homogene „Volk“, das sich vom Establishment, den Eliten und Intellektuellen abgrenzt. Diese Dichotomie zwischen „unten und oben“ ist repräsentativ für den Populismus. Darüber hinaus gibt es eine weitere Dichotomie zwischen „Wir und die Anderen“, wobei hier, aufgrund der ausgrenzenden Konnotation, bereits die Rede von Rechtspopulismus ist. Demgegenüber steht der Linkspopulismus mit einer *„universalistischen Ideologie und dem sozialen Gleichheitsverständnis [...]“*⁶. Dieses Phänomen des Linkspopulismus findet sich in Osteuropa, aber auch in Deutschland und Griechenland wieder. Die Wähler_innenschaft

⁴ Werner T. Bauer, Rechtsextreme und rechtspopulistische Parteien in Europa (Wien 2015), 5.

⁵ Ebenda, 6.

⁶ Ebenda, 7.

zwischen Links und Rechts ist teilweise vergleichbar, da es sich bei beiden Wähler_innengruppen vorwiegend um sogenannte „Modernisierungsverlierer_innen“ handelt.⁷

2.3 Rechtspopulismus

In Abgrenzung zum Extremismusbegriff, welcher in Punkt 2.4 erläutert wird, ist der Rechtspopulismus eine moderne und auch moderatere Politikform. Der deutsche Politikwissenschaftler und Armutsforscher Christoph Butterwegge geht von zwei existierenden Deutungsmustern des Rechtspopulismus aus. So charakterisiert der Begriff einerseits eine bestimmte Art, Politik zu vermitteln, einen Politikstil sozusagen, welcher von Parteien oder Politiker_n_innen instrumentalisiert wird. Der Populismus meint in dieser Ausprägung somit den Modus, wie bestimmte Inhalte „*an den [kleinen] Mann gebracht [werden]*“.⁸ Der deutsche Politikwissenschaftler und Soziologe Armin Pfahl Traugber sieht hierbei das „Volk“ als zentrales Element populistischer Politik. Abgesehen von Populismus als Politikstil führt Butterwegge als zweites Deutungsmuster eine stärker inhaltsbezogene Definition des Begriffes an. Demnach handelt es sich einerseits um die Art und Weise, wie Politik vermittelt wird, und andererseits um gewisse Inhalte, die sich auf liberale und konservative Werte stützen.⁹

Butterwegge geht in seiner Definition weiter und spricht der Begrifflichkeit vier Unterscheidungsformen zu:

- Sozialpopulismus: Darunter fällt vor allem die Kritik an sozial Schwächeren sowie Arbeitslosen. Dabei wird versucht, Neid gegenüber Ärmeren zu schüren, welche das Sozialsystem „ausbeuten“ und den Wohlfahrtsstaat „gefährden“, um von den eigentlichen Verantwortlichen der immer größer werdenden Schere zwischen Arm und Reich abzulenken.
- Kriminalpopulismus: Diese Art des Populismus meint die Diskreditierung Straffälliger, Bettler_innen und Drogenabhängiger, welche als „*gesellschaftliche[r]*“

⁷ Vgl. ebenda, 5-7.

⁸ Christoph Butterwegge, Definitionen, Einfallstore und Handlungsfelder des Rechtspopulismus. In: Christoph Butterwegge, Gudrun Hentges (Hg.), Rechtspopulismus, Arbeitswelt und Armut. Befunde aus Deutschland, Österreich und der Schweiz (Opladen 2008), 39.

⁹ Vgl. ebenda, 39-41.

*Abschaum*¹⁰ dargestellt werden und demnach einer härteren Strafverfolgung unterzogen werden sollten. Einen nicht unwesentlichen Beitrag als Sprachrohr solcher Aussagen stellen Boulevardmedien dar.

- Nationalpopulismus: Migrant_en_innen und Zuwander_er_innen und deren angebliche Privilegierung gegenüber Einheimischen werden in den Mittelpunkt nationalpopulistischer Politik gestellt. Darüber hinaus versteht man unter Nationalpopulismus generell das Schüren von Ängsten gegenüber anderen Kulturen und Religionen, was sich in eine Differenzierung zwischen „Wir und die Anderen“ auswirkt.
- Radikalpopulismus: Das Schlagwort Korruption wird dem der Politik gleichgesetzt, die jeweilige politische Führung wird diskreditiert, was zu einer erhöhten Politikverdrossenheit führt und im Gegenzug Wähler_innenstimmen akquirieren soll.¹¹

2.4 Rechtsextremismus

Zum Begriff des Rechtsextremismus gibt es in der fachwissenschaftlichen Literatur zahlreiche Definitionsversuche. Für die österreichische Rechtsextremismusforschung gilt das Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (DÖW) als eine sehr angesehene Institution, welche sich seit Jahrzehnten mit der Begrifflichkeit und dessen Ausprägungen beschäftigt. Im Handbuch des österreichischen Rechtsextremismus, herausgegeben vom DÖW, findet sich die Definition des Rechtsextremismusexperten und Klagenfurter Universitätsprofessors Willibald I. Holzer.¹²

Dieser nennt als die wesentlichsten Definitionsmerkmale des Rechtsextremismusbegriffes folgende:

- Rechtsextreme vertreten eine konservative politische Ausrichtung, die Natur wird als Mythos für natürliche Auslese der gesellschaftlichen Ordnung legitimiert.
- Zentral ist das Konstrukt des „Volkes“ und dessen Gemeinschaft.

¹⁰ Ebenda, 44.

¹¹ Vgl. ebenda, 43-54.

¹² Vgl. Stiftung Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (Hg.), Handbuch des österreichischen Rechtsextremismus (Wien 1993), 7-10.

- Rechtsextreme verteidigen die Idee eines „Wir-Gefühls“ (dies betrifft jedoch nur den eigenen Kulturkreis) und betreiben demnach ethnozentristische, ethnopluralistische und ausgrenzende Politik.
- Das „System Demokratie“ wird aufgrund der von Rechtsextremen vertretenen Meinung der natürlich-hierarchischen Gesellschaftsordnung kritisiert, weshalb Holzer ihnen eine antilibérale, antipluralistische sowie autoritäre Haltung zuspricht.
- Sozialdemokratische und kommunistische Ideale sowie jegliche Organisationen, welche der Arbeiter_innenbewegung nahe stehen, sind für Rechtsextreme Antagonisten – hingegen vertreten diese eine wirtschaftspolitische Ausrichtung, die dem Sozialdarwinismus entspricht.
- Verfassungsrechtlich steht der Rechtsextremismus für eine antipluralistische, autoritäre Gesetzgebung, die dem Individuum Mitsprache weitgehend verwehrt.
- Das Aufbauen von Feindbildern und Sündenböcken für jegliche Missstände ist typisch für rechtsextreme Ideologien, was sich überwiegend auf sozialdemokratische, kommunistische und liberale Ideen, auf Studierende und generell Intellektuelle sowie Feminist_en_innen, Minderheiten und Journalist_en_innen bezieht.
- Eine auf die eigene Nation beziehungsweise auf das eigene „Volk“ bezogene Geschichtsbetrachtung ermöglicht es, Traditionen und damit die Identität damit zu stärken.¹³

2.5 Neoliberalismus

Der Begriff wird im Zusammenhang mit Rechtspopulismus häufig genannt. Unter Neoliberalismus versteht man eine Denkrichtung beziehungsweise Strömung, welche dem klassischen Liberalismus des 18. und 19. Jahrhunderts ähnlich ist, sich in einigen Aspekten jedoch davon unterscheidet und dessen Forderungen erweitert. So kritisiert man etwa das Laissez-faire-Prinzip des Liberalismus. Wirtschaftspolitisch geht es dem Neoliberalismus um eine freie Marktwirtschaft, freien Wettbewerb und den Abbau von Regulierungen und Privatisierung. Innerhalb des Neoliberalismus unterscheidet man

¹³ Vgl. Holzer, Rechtsextremismus. In: Stiftung Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (Hg.), Handbuch des österreichischen Rechtsextremismus, 31-55.

zwei Schulen, den Paleoliberalismus und den Ordoliberalismus. Der Neoliberalismus der 30er und 40er Jahre des 20. Jahrhunderts verstand sich vorwiegend als eine Alternative zum bis dato vorherrschenden System des Keynesianismus.¹⁴

2.6 Ethnopluralismus

Das Konzept des Ethnopluralismus findet sich häufig in Diskursen der sogenannten „Neuen Rechten“ wieder. Es geht von einer allgemeinen Verschiedenartigkeit und Ungleichwertigkeit diverser Ethnien aus, distanziert sich jedoch bewusst von biologistischen beziehungsweise „rassistischen“ Argumenten und verschafft sich somit Akzeptanz. Des Weiteren spricht sich der Ethnopluralismus gegen Zuwanderung und somit gegen Migrant_innen und Flüchtlinge aus und steht für die strikte Trennung diverser Kulturen. Bedeutend ist in diesem Zusammenhang der Begriff der „Kultur“, wonach diese *„[...] als ethnisch und homogen gedacht [wird], als kollektivierendes Schicksal [...], in das der einzelne «genetisch» durch Mythen der Abstammung, Sprache, Geschichte etc. eingeschmolzen ist.“*¹⁵

2.7 Ethnozentrismus

Dem Ethnopluralismus steht der Ethnozentrismus gegenüber, welcher die eigene Ethnie und damit verbundene Merkmale, wie Hautfarbe und Religionszugehörigkeit, klar über jene von anderen stellt und von einer Selbstbezogenheit und Überlegenheit ausgeht. Geprägt wurde der Begriff vom amerikanischen Soziologen William Graham Sumner, der 1906 in seinem Buch *Folkways* den Begriff erstmals definierte und sagte: *„Ethnocentrism is the technical name for this view of things in which one's own group is the center of everything and all others are scaled and rated in reference to it.“*¹⁶

¹⁴ Vgl. Reinhard Bracke, Neoliberalismus, Postmoderne und Soziale Arbeit. Von neuem Denken zu neuem Handeln? (Diplomarbeit FH Heidelberg 2004) 77-11.

¹⁵ Zitat: Gero Fischer, Ethnopluralismus, Multikulturalismus und interkulturelle Erziehung. In: Helmut Reinalter, Frank Petri, Rüdiger Kaufmann (Hg.), *Das Weltbild des Rechtsextremismus. Die Strukturen der Entsolidarisierung* (Innsbruck 1998), 245; Vgl. ebenda, 245.

¹⁶ Zitat: Andrea Herrmann, Ursachen des Ethnozentrismus in Deutschland. Zwischen Gesellschaft und Individuum (Wiesbaden 2001), 26; Vgl. ebenda, 25f.

2.8 Nationalismus

Der Begriff des Nationalismus geht in seiner Bedeutung weit in die Geschichte zurück. Vor allem im Zuge der Französischen Revolution des späten 18. Jahrhunderts und eines stärker werdenden Nationalbewusstseins fand der Begriff Eingang in die Forschungsliteratur. Demgegenüber steht das Verständnis des Begriffs im Sinne der Romantik, die sich von Deutschland aus im ausgehenden 18. Jahrhundert verbreitete.¹⁷

Nationalismus kommt von Nation, lateinisch „natio“, was grundsätzlich mit Abstammung oder Zugehörigkeit zu einer gewissen Ethnie übersetzt wird. Der Nationalismus meint somit Nationalstolz, sozusagen ein Ehrgefühl für die eigene Herkunft und Zugehörigkeit. Die Bedeutung und Charakteristik des Nationalismusbegriffes veränderte sich im Laufe der Zeit. Heute wird dieser vorwiegend negativ konnotiert, er grenzt sich ab vom Begriff des Patriotismus, welcher ebenso einen gewissen Stolz der Zugehörigkeit zu einer Nation ausdrückt, jedoch in positiverem Sinne verwendet wird und die Ausgrenzung anderer Gruppen weitgehend ablehnt.¹⁸

2.9 Autoritarismus

Die Definition zum Begriff des Autoritarismus des deutsch-spanischen Politikwissenschaftlers Juan J. Linz, welche dieser 1964 (in Anlehnung an Franco) erstmals äußerte, ist bis heute eine prägende, die innerhalb der Wissenschaft ihren Stellenwert hat. Demnach sind politische Systeme autoritär, die

„einen begrenzten, nicht verantwortlichen politischen Pluralismus haben; die keine ausgearbeitete und leitende Ideologie, dafür aber ausgeprägte Mentalitäten besitzen und in denen keine extensive oder intensive politische Mobilisierung, von einigen Momenten in ihrer Entwicklung abgesehen, stattfindet und in denen ein Führer oder manchmal eine kleine Gruppe die Macht innerhalb formal kaum definierter, aber tatsächlich recht vorhersagbarer Grenzen ausübt.“¹⁹

¹⁷ Vgl. Milosz Czeslaw, Über Nationalismus. In: Michael Jeismann, Henning Ritter (Hg.), Grenzfälle. Über neuen und alten Nationalismus (Leipzig 1993), 118f.

¹⁸ Vgl. Christian Jansen, Henning Borggräfe, Nation – Nationalität – Nationalismus (Frankfurt am Main 2007), 10-17.

¹⁹ Jerzy Macków, Autoritarismus: Noch immer das System des eingeschränkten Pluralismus. In: Jerzy Mackow (Hg.), Autoritarismus in Mittel- und Osteuropa (Wiesbaden 2009), 23.

Linz gibt weiter an, dass er den Begriff klar vom Totalitarismus abgrenzt, der im Gegensatz zum Autoritarismus sehr wohl eine gewisse Ideologie vertritt. Er verortet Autoritarismus als eigenen Begriff und wendet sich gegen die häufig verwendete Definition der Mischung aus Totalitarismus und Demokratie.²⁰

2.10 Antisemitismus

Der Antisemitismus versteht sich simpel erklärt als Feindschaft Jüdinnen und Juden gegenüber. Das EUMC (European Monitoring Centre on Racism and Xenophobia) geht in seiner Definition des Begriffes weiter und erklärt Antisemitismus als Hass gegenüber der jüdischen Ethnie, deren Eigentum sowie religiösen und kulturellen Institutionen. Hinter antisemitischen Parolen verbergen sich meist Vorurteile, die sich in Verschwörungstheorien manifestieren und Jüdinnen und Juden jegliche Schuld an Missständen geben. Dabei wird oftmals auch der Staat Israel als Ganzes kritisiert und als negativ dargestellt. Mythen über eine ökonomische jüdische Weltherrschaft sowie die Attribuierung religiöser und kultureller Stereotype sind hierbei vorherrschend. Zeitgenössisch manifestieren sich der Hass und die Feindschaft dem Judentum gegenüber in Diskursen rund um die Shoah. Seitens der Antisemit_innen kommt es zum Vorwurf der Geschichtsverfälschung, dabei wird vor allem der Völkermord an eben diesen als verharmlost dargestellt und beispielsweise die Existenz von Gastkammern in Frage gestellt.²¹

2.11 Antiziganismus

Antiziganismus meint die Feindlichkeit Roma und Sinti gegenüber. Vorerst jedoch erfolgen einige Erläuterungen zum Begriff „Roma und Sinti“, diskriminierenderweise häufig als „Zigeuner_innen“ bezeichnet. Die Wortpaarbildung Roma und Sinti ist ein deutsch-österreichisches Phänomen, gängig ist die Bezeichnung Roma.²² Ihnen

²⁰ Vgl. ebenda, 23-25.

²¹ Vgl. Homepage European Parliament Working Group On Antisemitism, EUMC Arbeitsdefinition Antisemitismus, online unter: < <http://www.antisem.eu/eumc-arbeitsdefinition-antisemitismus/> > (03.04.2017).

²² Gernot Haupt, Antiziganismus und Sozialarbeit. Elemente einer wissenschaftlichen Grundlegung, gezeigt an Beispielen aus Europa mit dem Schwerpunkt Rumänien. (Berlin 2006), 30f.

gemeinsam ist die Sprache „Romanes“ sowie ihre Herkunft – Indien. Ihre Verfolgung begann bereits im ausgehenden 15. Jahrhundert. Ähnlich der jüdischen Bevölkerung wurde den Roma Schuld an jeglichen gesellschaftlichen Missständen gegeben, ihren Höhepunkt erreichte die Verfolgung sicherlich im Nationalsozialismus.²³ Auch heute herrscht der Antiziganismus in nahezu allen europäischen Ländern, abhängig auch von der Anzahl der dort lebenden Roma, mit verschiedenen Ausprägungen vor. Meist werden den Roma Stereotype, wie „Arbeitsscheue“, „Kriminalität“, „Triebhaftigkeit“, „Heim- und Herrenlosigkeit“ oder „Zigeunersippe“, attribuiert.²⁴

2.12 Sozialdarwinismus

Es handelt sich um eine sozialwissenschaftliche Theorierichtung, die in Anlehnung an den Darwinismus, geprägt von Charles Darwin, im 19. Jahrhundert entstanden ist. Dieses Konzept vertritt das Prinzip der sozialen Auslese, „[...] demzufolge der Stärkere sich durchsetzt und das Schwache auf der Strecke bleibt [...]“²⁵ Rechtspopulistische beziehungsweise rechtsextreme Aussagen beruhen häufig auf solch einem Konkurrenzprinzip. Die Folge davon sind Ausgrenzungen anderer kultureller Gruppen. Sozialdarwinistische Ansichtsweisen resultieren laut Kühnl und Hadjar aus dem kapitalistischen System und einem Konkurrenzdenken vor allem junger Menschen. Daraus entwickelt sich wiederum eine Haltung, die von Egoismus und Selbstinteresse gekennzeichnet ist.²⁶

²³ Vgl. Homepage Dokumentations- und Kulturzentrum Deutscher Sinti und Roma, Sinti & Roma, online unter: <<http://www.sintiundroma.de/sinti-roma.html>> (15.02.2017).

²⁴ Vgl. Tobias Neuburger, Antiziganismus. Zu Genese und Funktion eines virulenten Ressentiments (Diplomarbeit Universität Wien 2012), 73-97.

²⁵ Butterwegge, Definitionen, Einfallstore und Handlungsfelder des Rechtspopulismus. In: Butterwegge, Hentges (Hg.), Rechtspopulismus, 24.

²⁶ Vgl. ebenda, 24f.

3. Aspekte und Motive für Rechtspopulismus - ein Kriterienkatalog

Das Phänomen des politischen Rechtspopulismus umfasst verschiedene Aspekte und Motive, die zu dessen Erfolg führen. Folglich sollen die zentralen Punkte genannt werden, welche einer späteren länderbezogenen Analyse dienen sollen.

3.1 Politikverdrossenheit und Antiestablishment

Das Schüren von Ängsten hat höchste Priorität innerhalb rechtspopulistischer Kreise. Diese schüren vor allem „den Gegensatz zwischen Volk und Elite, Bürger und politischer Klasse, Mann von der Straße und Establishment. Die Hetze gegen «die da oben» eint alle [...]“²⁷ Zum sogenannten Establishment zählen Rechtspopulist_en_innen einerseits die regierende politische Elite, andererseits aber auch Medien, Künstler_innen, Intellektuelle aller Art, die Europäische Union, etc. Aufgrund der Tatsache, dass sich die etablierten Parteien oftmals zu wenig um den „kleinen Mann“ und dessen Bedürfnisse kümmern, feiern Rechtspopulist_en_innen in Ländern, wo das vorherrschende System sozusagen eine Erstarrung erlebte, besondere Erfolge (Österreich, Schweiz, Belgien, Frankreich, Italien, Niederlande). Diese Zweifel am vorherrschenden System haben zur Folge, dass sich die Wähler_innen von ihren Stammparteien abwenden. Oftmals werden diese dann zu sogenannten Protestwähler_n_innen, die mit populistischen Parteien durchaus sympathisieren.²⁸

Anne Cécile-Robert bringt diese Misere sehr gut auf den Punkt, wenn sie sagt:

„Der Autismus der herrschenden Klassen ebnet rechteextremen politischen Kräften den Weg, die dem Volk ihr Mitgefühl und ihre Sensibilität gegenüber seinen Leiden zum Ausdruck bringen und sich durch die populistische Politik ihrer Anführer zum Sprachrohr seiner Sehnsüchte machen, nicht ohne diese jedoch dadurch gleichzeitig zu delegitimieren.“²⁹

²⁷ Michael Jungwirth, Rebellen und Rattenfänger. In: Michael Jungwirth (Hg.), Europas Rechtspopulisten. Haider, Le Pen & Co. (Graz 2002), 19.

²⁸ Vgl. ebenda, 19f.

²⁹ Anne Cécile Robert, Das Verhältnis zwischen den etablierten politischen Parteien und den populistischen Bewegungen. In: Anna Hofmann; Rudolf von Thadden (Hg.), Populismus in Europa. Krise der Demokratie? (Göttingen 2005), 62.

„Die da oben“, also die etablierten Regierungsparteien, sind Rechtspopulist_en_innen zufolge zu Unrecht an der Spitze des Staates, da sie die breite Masse einer Volksgemeinschaft einerseits nicht repräsentieren und deren Bedürfnisse nicht wahrnehmen würden.³⁰

3.2 Minderheitenpolitik

Sicherlich spielen, wie in diesem Kapitel ersichtlich, verschiedene Motive eine Rolle für die Erfolge rechtspopulistischer Parteien. Die Globalisierung, die Digitalisierung und die damit einhergehende These der Modernisierungsverlierer_innen, die etwas später noch präziser erklärt werden wird, sind nicht außer Acht zu lassen und stehen ohne Zweifel im Zentrum rechtspopulistischer Argumente. Mehr denn je ist jedoch die Einwanderungspolitik, die angebliche Bedrohung durch Ausländer_innen und deren fremde Kulturen, ins Visier rechtspopulistischer Politik geraten. Dies bezieht sich vor allem auf kulturelle und religiöse Aspekte, wonach es die eigene „abendländische“ Kultur und die christliche Religion zu schützen gilt, demgegenüber steht eine starke Abwendung vor allem der muslimischen Religion und Kultur. Dabei ist immer wieder die Rede von „Überfremdung“ und „Invasion“, vor allem seit den vermehrten Migrationsbewegungen der letzten Jahre. Der Begriff „Multikulti“ wird als negativ dargestellt, dem es entgegenzuwirken bedarf.³¹

Im Zusammenhang mit der Betonung der eigenen kulturellen Identität und einer daraus resultierenden erhöhten Abwehrhaltung gegen „das Fremde“ stehen jedoch auch globale und sozioökonomische Aspekte, die im Rahmen dieser Arbeit zwar getrennt voneinander geführt werden, tatsächlich jedoch gewisse Überschneidungen erfahren. Dabei geht es vor allem um die Frage der Wohnungs- und Arbeitsplatzsicherung, um Probleme multikulturellen Zusammenlebens, wie etwa in der Schule, zwischen Immigrant_en_innen und Einheimischen, die dabei immer wieder in Konkurrenz zueinander treten. Es betrifft dann auf dem Arbeitsmarkt meist Erwerbstätige, die

³⁰ Vgl. Sebastian Reinfeldt, «Wir für euch». Die Wirksamkeit des Rechtspopulismus in Zeiten der Krise. (Münster 2013), 51f.

³¹ Vgl. Jörg Flecker, Die populistische Lücke. Umbrüche in der Arbeitswelt und ihre politische Verarbeitung. In: Christoph Butterwegge, Gudrun Hentges (Hg.), Rechtspopulismus, Arbeitswelt und Armut. Befunde aus Deutschland, Österreich und der Schweiz. (Opladen 2008), 88-90.

generell Anspruch auf eher niedrige und schlechte Positionen haben, die sich durch Immigrant_en_innen häufig benachteiligt fühlen.³²

Diese gesellschaftlichen Probleme und Missstände der unteren Schichten unserer Gesellschaften wurden und werden von der Politik häufig nicht als solche wahrgenommen und verstanden. Dazu zählt unter anderem das gesellschaftliche Zusammenleben unterschiedlicher Kulturen, Sprachen und Religionen. Die gesellschaftlichen Unterschichten werden dann durch die bereits genannten Aspekte der Ablehnung des Multikulturalismus, der Bestärkung der eigenen kulturellen Identität oder durch andere nationalistische Bestrebungen angesprochen, die ihre eigene Lebenswelt zwar nicht widerspiegeln, durch die sie jedoch deshalb überzeugt werden, da die Rechtspopulist_en_innen vorgeben, sich genau diesen Problemen zu widmen und durch eine Zuwanderungsbegrenzung die Probleme jener betroffenen Menschen lösen zu können.³³

3.2.1 Antiziganismus³⁴

Die Gruppe der Roma und Sinti ist eine der am häufigsten verfolgten Volksgruppen in Europa. Dabei werden in zahlreichen europäischen Ländern vermehrt Stimmen laut für eine „Repatriierung [der Roma] in ihr Herkunftsland, also nach Indien.“³⁵ Solche Entwicklungen sind vor allem in Ostmitteleuropa zu konstatieren, wie etwa in Ungarn, der Slowakei und Tschechien, aber auch im südlichen Italien wächst der Unmut gegen Roma, was zusehends von rechten Gruppierungen instrumentalisiert wird.³⁶

3.2.2 Islamophobie

Unter Islamophobie versteht man die Feindseligkeit gegenüber der muslimischen Religion – dem Islam. Das Phänomen der Fremdenfeindlichkeit existiert schon lange, die Verbindung mit einer gewissen Religion ist jedoch ein Konstrukt der vergangenen

³² Vgl. ebenda, 88-90.

³³ Vgl. ebenda, 88-90.

³⁴ Notiz: Siehe auch Kapitel 2.11.

³⁵ Reinhold Gärtner, Politik der Feindbilder. Rechtspopulismus im Vormarsch (Wien 2009), 132.

³⁶ Vgl. ebenda, 131-134.

Jahrzehnte. Rechtspopulist_en_innen sprechen in diesem Zusammenhang vor allem die Gefahren durch den fundamentalistischen radikalen Islam an. Der Islam wird als Feindbild konstruiert und zum Sündenbock erklärt. Interessant zu beobachten ist hierbei eine häufige Verallgemeinerung religiöser Vorurteile, womit bei den Wähler_n_innen das Gefühl erzeugt wird, dass alle Angehörigen dieser Religion als radikal islamistisch einzustufen seien. Denn wenn von Fundamentalismus die Rede ist, dann von islamistischem, nicht von katholischem, jüdischem oder hinduistischem Fundamentalismus. Eng damit verbunden sind natürlich die Fluchtbewegungen der letzten Jahre aus dem Nahen Osten und anderen muslimischen Ländern. Asylwerber_innen werden – oftmals durch die Schuld der Medien – als sehr negativ dargestellt und als Bedrohung empfunden. Sie eignen sich darüber hinaus aufgrund ihrer rechtlichen Stellung für Diskriminierungen sehr gut und leben aufgrund eher geringer Chancen, am Arbeitsmarkt Fuß zu fassen, oftmals von Sozialleistungen, was die Feindseligkeit ihnen gegenüber wiederum verstärkt. Aufgrund dieser Entwicklungen ist in der (rechten) Politik vermehrt der Begriff der „Festung Europa“ aufgetaucht, womit Bestrebungen gemeint sind, die eine Zuwanderung nach Europa schwieriger gestalten sollen.³⁷

Islamophobie bezieht sich einerseits auf die Menschen generell und deren Religionszugehörigkeit, andererseits aber auch auf ganz präzise Merkmale, wie den Bau von Moscheen, das Tragen von Burka oder Kopftuch – also bestimmten Kleidungsstücken, die sich beispielsweise von der christlichen Religion klar abgrenzen. Hartleb zufolge wird Islamophobie in Zukunft *das* Motiv rechtspopulistischer Politik werden.³⁸

3.3 Globalisierungskritischer Diskurs

Die Globalisierung, die in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhundert in nahezu allen europäischen Ländern erneut einsetzte, ist kein gänzlich neues Phänomen wirtschaftlicher und kultureller Verflechtung und könnte deshalb auch als „Zweite Globalisierung“ bezeichnet werden. Bereits im 19. Jahrhundert kam es zu

³⁷ Vgl. ebenda, 135-156.

³⁸ Vgl. Florian Hartleb, *Nach ihrer Etablierung – Rechtspopulistische Parteien in Europa. Begriff – Strategie – Wirkung* (Berlin 2011), 29f.

gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Veränderungsprozessen. Der Welthandel sowie die Arbeitsteilung intensivierten sich, es kam zu Grenzöffnungen und Migrationsbewegungen. Die Globalisierung im zeitgeschichtlichen Kontext hat jedoch eine Dynamik angenommen, die zuvor so nicht zu erkennen war. Die zunehmende weltweite Vernetzung ökonomischer Aktivitäten und die Entstehung weltweiter Märkte für Waren, Kapital und Dienstleistungen sorgten für tiefgreifende Veränderungsprozesse weltweit.³⁹

Damit in Zusammenhang steht sicherlich auch die digitale Revolution, die neue Technologien im Kommunikations- und Informationswesen ermöglichte. Es kam darüber hinaus zu tiefgreifenden Veränderungen in Finanz- und Wirtschaftspolitik, der Neoliberalismus setzte sich endgültig durch, es galt somit für Wachstum, Deregulierungen, Wettbewerb und Stabilität zu sorgen, dem bis dato vorherrschenden Keynesianismus wurde eine Abfuhr erteilt. Global gesehen galt es, jegliche Handelsbarrieren abzubauen, Transaktionen zu fördern und protektionistischen Entwicklungen entgegenzutreten.⁴⁰

Die Liberalisierung des Handels, die digitale Revolution, sowie das Bevölkerungswachstum der letzten Jahrzehnte, all dies sind somit Schlagworte, die man in erster Linie mit dem Begriff „Globalisierung“ konnotiert. Der Begriff hat damit eine wirtschaftliche, eine soziokulturelle und auch eine politische Dimension. Eine allgemeingültige Definition zum Begriff der Globalisierung ist deshalb auch schwer zu formulieren. Im Kontext dieser Arbeit bezieht sich der Begriff in jedem Fall auf eine politische Dimension, denn nicht zuletzt die Rechtspopulist_innen instrumentalisieren den globalisierungstheoretischen Diskurs vermehrt für ihre Politik. Es handelt sich dabei vorwiegend um Globalisierungskritik. Die Öffnung der Gesellschaft und Wirtschaft wird als Bedrohung empfunden, demnach sollte der Protektionismus der eigenen Nation Vorrang gegenüber globalen Entwicklungen und Beziehungen haben. Bezug genommen wird dabei vor allem auf den „kleinen Mann“, der laut Rechtspopulist_innen am größten von den „Fehlentwicklungen der Globalisierung“ betroffen sei.⁴¹

³⁹ Vgl. Andreas Wirsching, Demokratie und Globalisierung. Europa seit 1989 (München 2015), 73-75.

⁴⁰ Vgl. ebenda, 73-75.

⁴¹ Vgl. Hartleb, Nach ihrer Etablierung – Rechtspopulistische Parteien in Europa, 30f.

3.4 Sozioökonomische Aspekte

Im Kontext von Globalisierung und Modernisierung unserer Gesellschaften steht der Begriff der „Modernisierungsverlierer_innen“, welcher von rechtspopulistischen Gruppierungen wiederum politisch instrumentalisiert wird. Dabei wird vor allem gegen jene Gruppen beziehungsweise Personen gehetzt, die für diese Missstände, in diesem Falle vor allem für Arbeitslosigkeit und soziale Misslage, verantwortlich seien, nämlich politische Gegner_innen, Ausländer_innen sowie Sozialhilfeempfänger_innen. Durch die oben erwähnten globalen Veränderungen in Wirtschaft und Gesellschaft und durch technologischen Wandel und Liberalisierung kam es auch zu Modifizierungsprozessen im Arbeitswesen, etwa zu veränderter Unternehmenssteuerung und erhöhtem Konkurrenzdenken. Jene, die diese Prozesse nicht mittragen können, fühlen sich von der These der Modernisierungsverlierer_innen angesprochen. Daraus resultiert eine immer größer werdende Unzufriedenheit und Enttäuschung mit dem vorherrschenden System, was wiederum zu Politikverdrossenheit führt. Neben dem Establishment gibt man vermehrt Zuwander_ern_innen die Schuld an persönlichen Missständen, was zu erhöhter Ausländer_innenfeindlichkeit führt.⁴²

Die zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts war geprägt von Wirtschaftswachstum und dem Ausbau des Sozialstaates, Jörg Flecker nennt diese Periode die Zeit der „Lohnarbeitsgesellschaft“⁴³. Dieser wirtschaftliche und sozialpolitische Aufschwung kam vor allem den Arbeiter_n_innen zugute, welche allmählich sozial abgesichert und anerkannt wurden. Dies war jedoch ein Phänomen der 1970er Jahre, heute wiederum erfahren wir eine entgegengesetzte Entwicklung, im Rahmen derer vor allem die untere Mittelschicht, darunter viele Arbeiter_innen, eine Destabilisierung ihrer sozialen Lage erleben. Dies betrifft unter anderem die soziale Integration in unsere Gesellschaft, also etwa die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben, außerhalb des Arbeitsplatzes, was jedoch wiederum mit diesem in Zusammenhang steht, da eine gesellschaftliche Integration ungefragt mit einem gewissen Einkommen und somit mit einer abgesicherten Tätigkeit einhergeht. Erfährt man solch eine soziale Benachteiligung innerhalb einer stabilen und wohlhabenden Gesellschaft, wie es der Großteil unserer europäischen Länder auch sind,

⁴² Vgl. Flecker, Die populistische Lücke. In: Butterwegge, Hentges (Hg.), Rechtspopulismus, 79.

⁴³ Ebenda, 80.

so ist die persönliche Demütigung und damit einhergehend die Anziehung rechtspopulistischer Gruppen weitaus stärker.⁴⁴

Hinzu kommt eine durch „die Globalisierung des Kapitalismus und die Ausdehnung des Dienstleistungssektors“⁴⁵, wie Flecker es nennt, sich verschlechternde Beschäftigungssituation. Nicht alle Sektoren einer Volkswirtschaft können den globalen wirtschaftlichen Ansprüchen gerecht werden:

„Neben einem Absenken nationalspezifischer Niveaus der Regulierung von Arbeit und der sozialen Sicherung kommt es dadurch zu einer Fragmentierung der Gesellschaft, dass immer mehr Arbeit unter dem Niveau der jeweiligen gesellschaftlichen Normen geleistet werden muss.“⁴⁶

Produktivität wird gesteigert, Beschäftigung im Gegenzug verringert, damit einher geht eine Konzentration auf den sogenannten „informellen Sektor“. Folglich lässt sich eine verstärkte gesellschaftliche Spaltung erkennen. Neben der sich verschlechternden Situation am Arbeitsmarkt kommt es in einigen Ländern zur Umstrukturierung des Sozialstaates und häufig zur Reduzierung sozialer Leistungen, beispielsweise für Pensionen. Solche Sozialleistungen sind jedoch verstärkt an die Erwerbstätigkeit gekoppelt, was den Zugang zu Leistungen wiederum erschwert. Tatsache ist, dass sich der Leistungsdruck erhöht, das heißt, dass Arbeit und Arbeitszeit einerseits intensiviert werden und sich andererseits für Betroffene die Frage stellt, ob sich dieses Engagement langfristig überhaupt lohnen wird. Jene Ängste werden wiederum von Rechtspopulist_innen aufgegriffen und für politische Zwecke instrumentalisiert. Eine verstärkte Internationalisierung von Arbeit und Arbeitsteilung und neue Formen der Unternehmensführung führen somit zu Arbeitsplatzverlusten, Unsicherheiten und veränderten sozialen Beziehungen in den Betrieben, was das Klima innerhalb dieser sowie die persönliche Lage der Arbeiter_innen sicherlich nicht stärkt.⁴⁷

Besonders betroffen von Umbrüchen waren in den letzten Jahren in vielen europäischen Ländern öffentliche Dienstleistungsunternehmen (Post, Bahn, etc.), die durch Liberalisierung und Privatisierung von Arbeitskräftekürzungen, Lohnsenkungen und einer verschlechterten Arbeitssituation betroffen sind. An die „Anständigen und

⁴⁴ Vgl. ebenda, 79-88.

⁴⁵ Ebenda, 82.

⁴⁶ Ebenda, 82.

⁴⁷ Vgl. ebenda, 79-88.

*Fleißigen, die nicht bekommen, was ihnen zusteht*⁴⁸ wird durch Rechtspopulist_en_innen appelliert. Jörg Flecker nennt als Motiv für den Erfolg von Rechtspopulist_en_innen in diesem Zusammenhang, dass diese die „populistische Lücke“⁴⁹ zwischen den veränderten sozioökonomischen Bedingungen und deren politischer Verarbeitung zu schließen vermögen. Hierbei wären wir wiederum beim Begriff des Neoliberalismus angelangt und dem Gedanken der persönlichen Überlegenheit auf den internationalen Märkten gegenüber den sogenannten „Feinden“. Die wirtschaftliche Stärke des eigenen „Volkes“ steht über Allem, was wiederum zu ausgrenzenden Reaktionen führt.⁵⁰

Der Begriff des „Wohlfahrtschauvinismus“ hat hier Eingang in die Literatur gefunden. Er wird vor allem von Politiker_n_innen und Politikwissenschaftler_n_innen verwendet, die diesen Begriff dem Rechtspopulismus zuschreiben. Barbara Tóth definiert den Begriff folgendermaßen:

*„Der Sozialstaat ist gut, aber nicht für alle, sondern nur für jene, die ihn sich verdient haben. Dank Geburt, weil sie «echte» Österreicher, Schweden, Dänen oder Holländer sind. Oder später vielleicht einmal dank Leistung, weil sie Sozialbeiträge eingezahlt haben.“*⁵¹

Tóth meint, dass die These des Wohlfahrtschauvinismus dort besonders gut fruchten würde, wo sozialdemokratische Parteien nach 1945 einen Wohlfahrtsstaat aufbauten und man mit neoliberaler Politik (noch) keinen Erfolg hatte. Mit den Flüchtlingsbewegungen der letzten Jahre hat sich diese Art sozialen und wirtschaftlichen Denkens, aufgrund von Abstiegsängsten, sicherlich verstärkt.⁵²

3.5 Nationalismus

Rechtspopulistische Parteien in ganz Europa zeichnen sich durch einen hohen Grad an nationalistischem Gedankengut aus, dabei ist immer wieder die Rede vom sogenannten „kulturellen Nationalismus“, der die Absicht hat, die eigene Kultur und Nation von Fremden zu verteidigen. Damit in Zusammenhang steht ungefragt das Phänomen der

⁴⁸ Ebenda, 87.

⁴⁹ Ebenda, 87.

⁵⁰ Vgl. ebenda, 79-88.

⁵¹ Barbara Tóth, Auf zum rechten Gefecht. In: Falter 40 (2016), 10.

⁵² Vgl. ebenda, 10.

Islamophobie, die für politische Zwecke immer wieder zum Schutz der eigenen Nation und Kultur instrumentalisiert wird. Rechtspopulist_en_innen zufolge gilt es Europa vor einer Islamisierung zu bewahren. Die Motive für solche Ausgrenzungen sind kulturell bedingt, das heißt aufgrund einer gewissen Religionszugehörigkeit beziehungsweise der Zugehörigkeit zu einer bestimmten Ethnie.⁵³

Pels spricht den neueren populistischen Bewegungen einen gewissen nationaldemokratischen Charakter zu, da diese die Werte der ehemaligen nationalsozialistischen und faschistischen Gruppen im Hinblick auf deren radikale „rassische“ Ausgrenzungspolitik nicht teilen, trotzdem eine Politik vertreten, die die eigene „Leitkultur“ in den Vordergrund stellen und das Fremde demnach abwerten. Darüber hinaus stehen neopopulistische Parteien der Demokratie als Staatsform grundsätzlich zwar kritisch gegenüber und fordern eine Umstrukturierung dieser (mehr direkte Demokratie), sie wollen die Parteiendemokratie, wie ihre früheren radikalen Vorgänger_innen, jedoch nicht abschaffen. Hierbei sei wiederum auf die Abgrenzungspolitik zu verweisen, wonach Fremde, vor allem Muslim_e_innen, die nach Europa immigrieren oder flüchten, sich aufgrund ihrer Nations- oder Religionszugehörigkeit, die meist als totalitär beschrieben wird, nicht an „unsere“ demokratischen Werte anpassen können. Auch transnationalen Organisationen, wie beispielsweise der Europäischen Union, werden demokratische Werte oftmals abgesprochen, da Rechtspopulist_en_innen zufolge *„ein entsprechendes europäisches Volk mit einheitlicher Kultur, Sprache und Identität nicht existiere.“*⁵⁴ Neben diesem kulturellen Nationalismus vertreten Rechtspopulist_en_innen auch die Wirtschaft betreffend eine nationalistische Sichtweise, wobei sie sich dabei vor allem auf ökonomischen Wohlstand und soziale Sicherheit beziehen.⁵⁵

3.6 EU-Skepsis

Rechtspopulist_en_innen aus ganz Europa haben ein weiteres Merkmal in ihrer politischen Konzeption gemein – eine gewisse Skepsis gegenüber der Europäischen

⁵³ Vgl. Dick Pels, Der neue nationale Individualismus. Der Populismus behauptet sich. In: Bureau de Helling (Hg.), Rechtspopulismus in Europa (Wien 2012), 31-46.

⁵⁴ Ebenda, 43.

⁵⁵ Vgl. ebenda, 31-46.

Union. Diese Skepsis reicht von lediglichen Umstrukturierungsideen bis hin zu Austrittsbestrebungen. Damit geht häufig eine Kritik an deren System einher, wonach die europäische Verfassung *„ein Anschlag auf das Selbstbestimmungsrecht der europäischen Nationen [...]“*⁵⁶ sei. Dabei fällt auch immer wieder der Wunsch nach mehr direkter Demokratie, was von *„[den] Eurokraten, Erfüllungsgehilfen, [dem] politische[n] Establishment, [der] Türken-Lobby, [der] EU-Verfassung“*⁵⁷ nicht umgesetzt beziehungsweise verhindert würde. Besonders stark war die Ablehnung gegenüber der Europäischen Union (laut einer Umfrage 2008) in Litauen, Österreich, Ungarn und dem derzeitigen Austrittskandidaten England.⁵⁸ Dort hat der Begriff auch in den 1980er Jahren seine Wurzeln zu finden. Laut dem Oxford English Dictionary versteht man darunter *„eine Person, die sich über die Machtzunahme der Europäischen Gemeinschaft bzw. Union wenig begeistert zeigt.“*⁵⁹ Rechtspopulist_en_innen sprechen der Europäischen Union weitgehend eine negative Konnotation zu und hetzen oftmals *„gegen ein Europa, welches auf Kosten der eigenen nationalen Identität von EU bzw. EG regiert werde.“*⁶⁰ Dabei lässt sich ohne Zweifel erkennen, was das vorrangige Ziel ist: die nationale Souveränität vor „Brüssel“ zu schützen. Dafür bieten tatsächliche Missstände innerhalb der Union einen guten Nährboden. Rechtspopulist_en_innen sind mit der Kritik an der Europäischen Union deshalb erfolgreich, da diese genau den Gegenpol zur eigenen Intention darstellt: europäischer Zentralismus versus volksnahes, unbürokratisches und nationales Regieren. Im Gegensatz zu rechtsextremen Gruppierungen lehnen Rechtspopulist_en_innen die Europäische Union jedoch nicht grundsätzlich ab, sondern prangern die Art und Weise an, wie das System konzipiert ist. Inhaltlich üben sie meist Kritik an der Außen- und Sicherheitspolitik sowie am Binnenmarkt und stehen für eine „Festung Europa.“⁶¹

3.7 Die Rolle der Medien

Medien und Presse sind für Rechtspopulist_en_innen ein wichtiges Instrument, Wähler_innen zu mobilisieren. Dabei ist es vor allem wichtig, immer wieder mit

⁵⁶ Gärtner, Politik der Feindbilder, 158.

⁵⁷ Ebenda, 159.

⁵⁸ Vgl. ebenda, 157-162.

⁵⁹ Hartleb, Nach ihrer Etablierung – Rechtspopulistische Parteien in Europa, 32.

⁶⁰ Ebenda, 32.

⁶¹ Vgl. ebenda, 32-34.

Schlagzeilen, Provokationen oder anderen Statements aufzutreten, um den eigenen Bekanntheitsgrad zu steigern. Ob die jeweilige Information positiv oder negativ konnotiert ist, steht dabei nicht im Fokus, denn auch ein negativer Bericht kann Stimmen bringen. Negative Berichterstattung über Rechtspopulist_en_innen wirken oft als Verschwörung des sogenannten „Establishment“ gegen ebendiese Partei oder diese Person, was Rechtspopulist_en_innen indirekt wiederum zugutekommt. Soziale Netzwerke und die (Boulevard-)Presse sind somit *das* Mittel für rechte Gruppierungen, eine Stimmenmaximierung zu erreichen.⁶²

Um die Wähler_innen für die eigene Partei zu mobilisieren, bedarf es der Repräsentation in gewissen Medien. Mittels einfacher aber emotionaler Botschaften versuchen Rechtspopulist_en_innen in Form von Demos, Wahlveranstaltungen aber eben auch Auftritten in digitalen Netzwerken, die Menschen von sich zu überzeugen. Vor einigen Jahren war das Mobilisierungsmittel Nummer eins noch der Fernseher. Dabei fällt immer wieder der Begriff des „*Fernsehpopulismus*“⁶³, der in erster Linie mit dem ehemaligen italienischen Premier Silvio Berlusconi in Verbindung gebracht wird.⁶⁴ Heute werden bevorzugt digitale Medien, wie Facebook, Twitter oder eigens erstellte Nachrichtenportale zur Instrumentalisierung politischer Diskurse verwendet.⁶⁵

Es ist jedoch nicht nur die Nutzung von verschiedenen Medienkanälen wesentlich für die Instrumentalisierung von Wähler_innenstimmen. In Europa erleben wir in den letzten Jahren vermehrt das Phänomen, dass Medien von Rechtspopulist_en_innen gelenkt werden beziehungsweise es zu Reformen im Medienrecht kommt. Beispiele dafür sind etwa Italien, Ungarn, Polen oder die Tschechische Republik. Die Parteien beziehungsweise die Parteispitzen zentralisieren die Medien und setzen die „eigenen Leute“ ein, Massentlassungen sind dabei oft die Folge.⁶⁶

⁶² Vgl. Jungwirth (Hg.), Europas Rechtspopulisten, 17f.

⁶³ Beata Ociepka, Populismus und Massenmedien. Anmerkungen zur Rolle der Medien. In: Anna Hofmann; Rudolf von Thadden (Hg.), Populismus in Europa. Krise der Demokratie? (Göttingen 2005), 33.

⁶⁴ Vgl. ebenda, 31-33.

⁶⁵ Vgl. Tóth, Auf zum rechten Gefecht. In: Falter 40/16, 10.

⁶⁶ Vgl. ebenda, 10.

3.8 Autoritarismus – die Bedeutung der „Führerperson“

Was nahezu alle europäischen rechtspopulistischen Bewegungen gemeinsam haben, ist die Faszination für eine gewisse Führerperson, die meist als sehr charismatisch und rhetorisch begabt empfunden wird. Das jeweilige politische Programm beziehungsweise die Partei spielen deshalb oftmals auch eine eher untergeordnete Rolle. Im Zentrum aller Aufmerksamkeit steht die Person selbst. Parteikolleg_en_innen haben sich an die vorgegebenen Regeln der Parteispitze zu richten, Emanzipationsversuche werden häufig mit einem Rauswurf aus der Partei geahndet. Aus diesem Grund ist die personelle Verfügbarkeit innerhalb rechtspopulistischer Parteien meist gering. Kommt es zu einer Regierungsbeteiligung, ist die Personaldecke wiederum relativ dünn und häufig werden demnach unerfahrene Politiker_innen in die Regierung aufgenommen.⁶⁷

3.8.1 Charisma

Die Bedeutung einer Führerperson, einem Subjekt sozusagen, und dessen Charisma sind sehr wirksam zur Instrumentalisierung von Wähler_innenstimmen. Dieses Phänomen findet sich keineswegs nur in rechtspopulistischen Parteien, sieht man sich jedoch das rechte Parteienspektrum in Europa an, so kann man diese charismatischen Führungspersonen vor allem in jenen Parteien vorfinden. Der rechte Populismus setzt somit nicht rein auf die Vermittlung gewisser politischer Botschaften oder Inhalte, sondern auf die Person, die diese Inhalte der Volksgemeinschaft vermittelt.⁶⁸ Vor allem für Jugendliche ist dabei wichtig, dass Politiker_innen ein gewisses Maß an „Coolness“ ausstrahlen.⁶⁹

Die als charismatisch bezeichneten Führer_innen einer rechtspopulistischen Gruppierung sind meist zugleich auch deren Gründer_innen und in der Regel Gegner_innen des Establishments.⁷⁰

⁶⁷ Vgl. Jungwirth, *Rebellen und Rattenfänger*. In: Jungwirth (Hg.), *Europas Rechtspopulisten*, 17.

⁶⁸ Notiz: Erwähnung finden kann in diesem Kontext – wenn auch für die politische Landschaft Österreichs sehr unbedeutend – Frank Stronach, welcher zeigt, dass in gewissem Maße weniger politische Programme als Personen eine Rolle spielen – er selbst stilisierte sich stets als jener, der es „vom Tellerwäscher zum Millionär schaffte“.

⁶⁹ Vgl. Reinfeldt, *«Wir für euch»*, 57-59.

⁷⁰ Vgl. Bauer, *Rechtsextreme und rechtspopulistische Parteien in Europa*, 11.

Mit Charisma ist oftmals auch inszeniertes Verhalten verbunden, dabei stellt sich für die Wähler_innen die Frage, was echt und was inszeniert ist. Ein positiver, charismatischer Eindruck entsteht bei den Empfänger_n_innen dann, wenn die Führungsperson einerseits authentisch wirkt und andererseits die richtigen rhetorischen und medialen Mittel für die Übermittlung seiner Nachricht verwendet.⁷¹ Steyrer unterscheidet vier Dimensionen des Charismas, das heroische, das paternalistische, das missionarische und das majestätische Charisma. Ersteres spiegelt „eine_n Held_en_in“ wieder, Zweiteres „den Vater“, missionarisches Charisma beschreibt „eine_n Heilsbringer_in“, letzteres „den König“.⁷²

3.8.2 Rhetorik

Was die Sprache und die Sprachauswahl betrifft, so wissen Rechtspopulist_en_innen genau, wie sie potenzielle Wähler_innen erreichen können. An rhetorischem Talent mangelt es ihnen nicht und meist haben sie auch keine sprachlichen Hemmungen. Dazu gehören vor allem das Schüren von Ängsten jeglicher Art, das Konstruieren eines gewissen Feinbildes beziehungsweise Sündenbocks, die Verbreitung von Vorurteilen und schlussendlich ein Appell an die Wähler_innenschaft. Dabei wird meist kein Blatt vor den Mund genommen, wodurch sich der_die Populist_in als „Mann [Frau] des Volkes“⁷³ stilisiert. Die Beziehung zwischen den „Führer_n_innen“ und dem „Volk“ kann als archaisch bewertet werden und es ist dies ein wichtiger Aspekt des Phänomens Rechtspopulismus. Ebenso von Bedeutung ist die lexikalische und syntaktische Konzeption von Sprache, wonach Populist_en_innen stets versuchen, auf die komplexen Fragen des Alltags möglichst simple Antworten zu finden, die auch für den „kleinen Mann“ verständlich sind.⁷⁴

⁷¹ Vgl. Berit Bliesemann de Guevara, Tatjana Reiber, Popstars der Macht. Charisma und Politik. In: Berit Bliesemann de Guevara, Tatjana Reiber (Hg.), Charisma und Herrschaft. Führung und Verführung in der Politik. (Frankfurt am Main 2011), 38-41.

⁷² Vgl. Johannes Steyrer, Jörg Haider – charismatischer Führer, narzisstische Persönlichkeit und Rechtspopulist. In: Berit Bliesemann de Guevara, Tatjana Reiber (Hg.), Charisma und Herrschaft. Führung und Verführung in der Politik. (Frankfurt am Main 2011), 84-86.

⁷³ Jungwirth, Rebellen und Rattenfänger. In: Jungwirth (Hg.), Europas Rechtspopulisten, 18.

⁷⁴ Vgl. ebenda, 18.

Bauer bezeichnet die Sprache des Rechtspopulismus außerdem als „volkstümlich“ und „kämpferisch“. Rechtspopulist_en_innen erkennen demnach die Sorgen und Bedürfnisse der Menschen und tabuisieren diese nicht, sondern sprechen sie hemmungslos aus.⁷⁵

3.8.3 Nahbarkeit

Gesellschaftliche und soziale Unterschiede werden zwischen der Partei beziehungsweise der Führungsperson einerseits und der Volksgemeinschaft andererseits versucht abzubauen, um ein gewisses Maß an Nähe zu schaffen.⁷⁶ Dabei spielen im heutigen Kontext die Formen sozialer Medien eine ungefragt große Rolle. Politiker_innen präsentieren sich stets privat und intim auf Facebook, Twitter und Co. Diese Nahbarkeit vollzieht sich jedoch nicht in tatsächlicher und unmittelbarer Nähe zwischen Politiker_n_innen und Wähler_n_innen, sondern vielmehr als mediale Nähe, um den „*Nimbus der Prominenz*“⁷⁷, wie Hans es nennt, nicht zu verlieren. Rezipient_en_innen haben somit zwar viel Wissen über eine politische Person und deren Privat- und Familienleben, sind dieser jedoch oftmals noch nie tatsächlich nahe gekommen, was deren Interessensfaktor wiederum erhöht.⁷⁸

Charismatisches Auftreten und Nahbarkeit sind jedoch keine Phänomene, die nur bei rechtspopulistischen Politiker_n_innen zu beobachten sind. Auch die etablierten Parteien und deren Politiker_innen greifen immer häufiger zu populistischen Mitteln, um den Menschen Antworten auf ihre Fragen und Bedürfnisse zu geben. Demnach geben diese immer mehr von ihrem Privatleben der Öffentlichkeit preis, um den Menschen auch eine gewisse Nähe zu vermitteln.⁷⁹

3.9 Gesellschaftspolitische Aspekte

⁷⁵ Vgl. Bauer, Rechtsextreme und rechtspopulistische Parteien in Europa, 12.

⁷⁶ Vgl. ebenda, 12.

⁷⁷ Barbara Hans, Inszenierung von Politik. Zur Funktion von Privatheit, Authentizität, Personalisierung und Vertrauen. (Dissertation Universität Hamburg 2015), 463.

⁷⁸ Vgl. ebenda, 463f.

⁷⁹ Vgl. Anne Cécile Robert, Das Verhältnis zwischen den etablierten politischen Parteien und den populistischen Bewegungen. In: Anna Hofmann, Rudolf von Thadden (Hg.), Populismus in Europa. Krise der Demokratie? (Göttingen 2005), 60.

Neben Zuwanderer_innen werden auch innerhalb desselben Kulturkreises gewisse Gesellschaftsgruppen seitens rechtspopulistischer Parteien degradiert und ausgeschlossen. Dies betrifft in diesem Kontext vor allem Homosexuelle, Frauen beziehungsweise Feministinnen und Kriminelle.

3.9.1 Homosexualität

Homosexualität ist für Rechtspopulist_innen in Europa teilweise immer noch ein Tabuthema, im Laufe der letzten Jahre hat sich der homophobe Diskurs innerhalb dieser Parteien jedoch verändert. Sie berufen sich auf die eigene christliche Tradition und vertreten konservative Werte, demnach stehen sie auch für die traditionelle Familienzusammensetzung von „Vater – Mutter – Kind“. Emanzipatorische Bestrebungen seitens der europäischen Lesben- und Schwulenbewegungen werden abgelehnt, eine heteronormative Geschlechterordnung gefördert. Dabei gibt es innereuropäisch jedoch Unterschiede, so gibt es Politiker_innen, die ihre homophobe Einstellung nicht offen austragen und dies indirekt in Form von konservativen Wertevorstellungen propagieren. Andere wiederum assoziieren Homosexualität sogar mit einer „psychischen Krankheit“. Diese radikale Sichtweise von Homosexualität (vor allem von Männern) ist in den letzten Jahr(zehnt)en jedoch etwas moderater geworden. Ein interessant zu beobachtendes Phänomen ist eine Tendenz europäischer Rechtspopulist_innen, die sich im Kontext ihrer Ablehnung gegenüber Muslim_innen, sogar als Beschützer_innen Homosexueller stilisieren, womit diese Gruppen schlichtweg gegeneinander ausgespielt werden.⁸⁰

3.9.2 Frauen

„Frauenkörper waren schon immer ein Schlachtfeld im Kulturkampf, der ideologischen Auseinandersetzung zwischen konservativen und liberalen Kräften. Heute benutzen

⁸⁰ Vgl. Yves Müller, Männliche Homosexualität und Homophobie im deutschen und österreichischen Rechtspopulismus. In: Forschungsgruppe Europäische Integration (Hg.), Rechtspopulismus in der Europäischen Union. (Hamburg 2012), 79-97.

*Rechtspopulisten den Körper und die Rechte der Frau in ihrem Kampf um nationale Identität, gegen Multikulturalismus und gegen den wachsenden Einfluss der EU.*⁸¹

Diese Zeilen Olga Pietruchovas skizzieren in wenigen Worten sehr präzise, inwiefern Rechtspopulist_en_innen Frauen für politische Zwecke instrumentalisieren. Die religiöse Ebene spielt hierbei eine nicht zu unterschätzende Rolle. Im europäischen Raum gewinnt der christliche Glaube beziehungsweise das Festhalten daran immer mehr an Bedeutung – vor allem unter Rechtspopulist_en_innen. Man wendet sich wieder vermehrt traditionellen christlichen Werten zu, gleichzeitig pocht man auf nationale Identität, aus diesen beiden Phänomenen entwickelt sich sozusagen ein „*christlicher Nationalismus*“⁸². Dabei spielt auch die Rolle der Frauen in der Gesellschaft eine tragende Rolle. Demnach lehnen Rechtspopulist_en_innen die weibliche Emanzipation ab. Hart erkämpfte Frauenrechte wie die Fristenregelung zur Abtreibung werden in zahlreichen ost- und mitteleuropäischen Ländern (vor allem in Polen, Litauen, Ungarn und der Slowakei) von Rechtspopulist_en_innen in Frage gestellt. Grund dafür sind ihnen zufolge unter anderem sinkende Geburtsraten. Damit in Zusammenhang gebracht werden oftmals auch Minderheiten oder Zuwanderinnen (Roma, Musliminnen), welche höhere Geburtenraten aufweisen und die christliche Kultur und Identität demzufolge „auslöschen“ würden. Paradoxerweise protestierten unter anderem genau jene genannten Länder gegen den EU-Beitritt der Türkei aufgrund von fehlender Gleichberechtigung von Mann und Frau beziehungsweise der kritischen Stellung der Frau im muslimischen Raum.⁸³

Worauf ich auch gleich auf die nächste religiöse Ebene zu sprechen komme: die Debatte rund um das Kopftuch beziehungsweise das Burkaverbot, die mit dem Phänomen der Islamophobie einhergeht. Rechtspopulist_en_innen stellen jene Frauen, die verschleiert sind beziehungsweise lediglich ein Kopftuch tragen, als Inbegriff von Unterdrückung dar, daneben schürt man Ängste hinsichtlich Terrorismus und Bedrohung der europäischen Identität und Kultur. Sogar auf Wahlplakaten oder in anderen politischen Instrumentalisierungsmedien werden Muslimas immer wieder gezeigt, um politisch

⁸¹ Olga Pietruchova, Scheinheiligkeit entschleiert. Populisten und Frauenrechte. In: Bureau de Helling (Hg.), *Rechtspopulismus in Europa* (Wien 2012), 113.

⁸² Ebenda, 115.

⁸³ Vgl. ebenda, 113-130.

Stimmung zu machen. In Europa kommt es in den letzten Jahren vermehrt zu ernsthaften Diskussionen hinsichtlich eines Verbotes der Verschleierung von Frauen.⁸⁴

3.9.3 Kriminalität

Eine „law-and-order-Politik“ eint nahezu alle rechtspopulistischen Gruppierungen im rechten europäischen Parteienspektrum („Kriminalpopulismus“). Gemeint ist damit die Forderung nach repressiven Maßnahmen beziehungsweise Gesetzen, die zur Bekämpfung von jeglicher Form ausgeübter Kriminalität führt (Korruption, Gewalt, Drogen, etc.).⁸⁵

Dazu gehört natürlich auch der Bereich der eigenen, inneren Sicherheit eines jeden Menschen, die zunehmend nicht mehr als sehr sicher empfunden wird. Rechtspopulist_en_innen verstärken solche Verunsicherungen und versprechen dem Wähler_innenklientel, sich gegen eine (angeblich) fortschreitende Kriminalitätsrate einzusetzen. Dabei wird oftmals mit Zahlen argumentiert, die durch den Einfluss von beispielsweise den Medien eher verschwommen sind. Klaus Bachmann meinte 2005, dass die Zahlen der Kriminalitätsraten europaweit in den letzten Jahr(zehnt)en gleichbleibend bis leicht steigend beziehungsweise sinkend waren, es kam demnach zu keinen markanten Anstiegen von Straftaten. Rechtspopulist_en_innen instrumentalisieren diese oftmals falschen Zahlen trotzdem für politische Zwecke und haben bei ihren Anhänger_n_innen damit auch Erfolg.⁸⁶

3.10 Wähler_innenklientel

Wesentlich zu erörtern ist auch die Wähler_innenschaft rechtspopulistischer Gruppierungen. Klarerweise kann man diese nicht als eine homogene Gruppe darstellen, die in ganz Europa dieselben Motive und Gründe aufweist, solche Parteien zu wählen.

⁸⁴ Vgl. ebenda, 113-130. Notiz: Das Burkaverbot wurde nun in Österreich für den öffentlichen Raum beschlossen (Stand 04/2017).

⁸⁵ Vgl. Kai-Olaf Lang, Populismus in Ostmitteleuropa. Manifestationsformen, Besonderheiten und Chancenstrukturen. In: Anna Hofmann, Rudolf von Thadden (Hg.), Populismus in Europa. Krise der Demokratie? (Göttingen 2005), 145.

⁸⁶ Vgl. Klaus Bachmann, Strategien zur Eindämmung populistischer Parteien – vom Boykott bis zur Beteiligung an der Macht. In: Anna Hofmann, Rudolf von Thadden (Hg.), Populismus in Europa. Krise der Demokratie? (Göttingen 2005), 89-91.

Einige Merkmale eint die Wähler_innenschaft rechtsgerichteter Parteien trotzdem. Das Wähler_innenklientel richtet sich natürlich nach den angebotenen Inhalten der jeweiligen Partei. Die These der Globalisierungsverlierer_innen gilt als eine sehr wesentliche, um Wähler_innen für sich zu mobilisieren. Daneben steht der Begriff des „Wohlfahrtschauvinismus“, der davon ausgeht, die Vorteile durch den Wohlfahrtsstaat (Sozialleistungen) der eigenen Bevölkerung zugute kommen zu lassen. Damit erreicht man bei den Wähler_innen eine Einstellung des Protektionismus, die dafür steht, das jeweils Beste für sich selbst aus dem System herauszuholen und den eigenen Besitz zu schützen, um den sozialen Abstieg oder eine ökonomische Misslage zu vermeiden. Zum Wähler_innenklientel rechtspopulistischer Parteien ist in der Literatur immer wieder der Begriff der bildungsfernen Schichten zu lesen, wonach diese meist an der eigenen Kultur, Tradition und Sprache festhalten. Vor allem durch Immigration fühlen sie sich bedroht in ihrem persönlichen Leben und stehen einer „Multikulti-Gesellschaft“ und der Globalisierung eher kritisch und negativ gegenüber. Dieser Wähler_innenschaft gegenüber steht jene der etablierten oder linksgerichteten Parteien, welche als liberal, gebildet und weltoffen beschrieben werden. Diese zweite Gruppe sieht den Multikulturalismus sowie globale Entwicklungen als etwas Positives. Als Ergebnis solch einer Klassifikation kommt es innerhalb einer Gesellschaft oft zu einer Spaltung, die wir in vielen Ländern Europas derzeit beobachten können.⁸⁷

Jean-Yves Camus geht von einer sich wandelnden Tendenz aus und sagt, dass die Wähler_innen rechtsgerichteter Parteien vormals sozialdemokratische Werte vertraten, sich durch Ängste der sozialen Bedrohung jedoch rechten Parteien zugewandt haben. Darüber hinaus sollen, im Gegensatz zu früheren Zeiten, vor allem junge Wähler_innen mit Rechtspopulist_innen sympathisieren sowie Personen ohne Religionsbekenntnis und vormalige Nichtwähler_innen. Dieses veränderte Wähler_innenverhalten lässt sich daraus ableiten, dass diese Menschen sich durch die bereits genannten sozioökonomischen Entwicklungen (Globalisierung, Liberalisierung, etc.) benachteiligt fühlen und den etablierten Parteien kein Vertrauen mehr schenken.⁸⁸

⁸⁷ Vgl. Hartleb, Nach ihrer Etablierung – Rechtspopulistische Parteien in Europa, 26-28.

⁸⁸ Vgl. Jean-Yves Camus, Die radikale Rechte in Westeuropa. Vom nostalgischen Aktionismus zum fremdenfeindlichen Populismus. In: Wolfgang Eismann (Hg.), Rechtspopulismus. Österreichische Krankheit oder europäische Normalität? (Wien 2002), 47.

Ernst Hillebrand beschreibt die sogenannten Globalisierungsverlierer_innen als Menschen, die oftmals unter Arbeitslosigkeit oder schlecht entlohnten Tätigkeiten leiden. Sie stammen häufig aus einfachen Verhältnissen beziehungsweise aus der gesellschaftlichen Unter- oder Mittelschicht und leben im ländlichen oder semiurbanen Raum, somit „[...] *an der Peripherie der globalisierten Metropolen, in denen sie sich selten aufhalten.*“⁸⁹ Für sich selbst und für ihre Nachfahren fürchten sie einen verstärkten sozialen Abstieg. Daraus resultiert eine sich öffnende Schere zwischen Gewinner_n_innen und Verlierer_n_innen dieser sozioökonomischen Entwicklungen, Populist_en_innen wissen diese Menschen für sich zu „rekrutieren“.⁹⁰

Sowohl die häufige Absenz weiblicher Mitglieder beziehungsweise Führungspersonen in rechtspopulistischen Parteien, wie auch ein reduzierter Anteil von Wählerinnen dieser Parteien, was verschiedenste Studien und Wahlanalysen der letzten Jahre aufzeigen, lassen Zweifel aufkommen, inwiefern sich rechtspopulistische Parteien für Frauen und deren Rechte einsetzen. Zur Hauptklientel der Rechten zählen sich Frauen in Europa jedenfalls nicht.⁹¹

⁸⁹ Laurent Baumel, Populismus als politischer Hilferuf. In: Ernst Hillebrand (Hg.), Rechtspopulismus in Europa. Gefahr für die Demokratie? (Bonn 2015), 117.

⁹⁰ Vgl. ebenda, 116f.

⁹¹ Vgl. Pietruchova, Scheinheiligkeit entschleierte. In: Bureau de Helling (Hg.), Rechtspopulismus in Europa, 131f.

4. Zur Vorgeschichte des Rechtspopulismus in Europa

„Ein Gespenst geht um in Europa: der Rechtspopulismus“⁹², ein Zitat, das in Verbindung mit zunehmender rechtspopulistischer Politik in Europa in zahlreichen Forschungsarbeiten darüber zu lesen ist. Das Phänomen des Rechtspopulismus ist seit einigen Jahr(zehnt)en vermehrt im Interesse geschichts-, wirtschafts- und politikwissenschaftlicher Arbeiten. Grundsätzlich ist dies jedoch kein Konstrukt aus dem ausgehenden 20. Jahrhundert – ganz im Gegenteil – rechte und populistische Politik kann man im antiken, im mittelalterlichen, im neuzeitlichen, wie auch im Europa des 19. Jahrhunderts bereits vorfinden. Bevor ich zum für diese Diplomarbeit relevanten Zeitraum des ausgehenden 20. Jahrhunderts bis zur Gegenwart komme, erfolgt in diesem Kapitel eine Einführung zur Vorgeschichte rechtspopulistischer Politik in Europa.⁹³ In der Antike ist hierbei sicherlich eine vermehrte Feindschaft und Unterdrückung Sklav_en_innen oder „Barbar_en_innen“ gegenüber nachzuweisen. Später, im Mittelalter und in der Neuzeit, betrifft der Hass dann vorwiegend Häretiker_innen und Heid_en_innen und nach und nach generell das Fremdwirkende (Osman_en_innen oder generell dunkelhäutige Menschen). Die Feindschaft gegenüber Jüdinnen und Juden als Ethnie, „Rasse“ oder Religion besteht ebenso bereits seit dem Altertum, weshalb der Antisemitismus auch im Fokus des vorliegenden Kapitels liegen wird. Vorerst gehe ich umrisshaft auf gesamteuropäische Entwicklungen ein, um im weiteren Verlauf dann speziell die Situation im vormodernen Österreich und Ungarn zu erörtern.

4.1 „Populismus“ und Verfolgung in der Antike

Bereits in der römischen Antike finden sich Ansätze populistischer Politik. Populismus stammt vom lateinischen Wort „populus“, damit bezeichnete man in der römischen Antike die Gesamtheit der Bürger_innen des Römischen Reiches und somit den Staat an sich. Darüber hinaus gab es die sogenannten „Popularen“, dies waren Politiker, die vorgeblich im Interesse der Bevölkerung handelten. Diese „populare“ Politik wurde

⁹² Jungwirth, Rebellen und Rattenfänger. In: Jungwirth (Hg.), Europas Rechtspopulisten, 7.

⁹³ Notiz: Wobei ich an dieser Stelle erwähnen muss, dass der Begriff Rechtspopulismus für jene Zeit nicht unbedingt passend ist, sondern eher von rassistischer und ausgrenzender Politik die Rede sein kann. Im heutigen Verständnis des Begriffes würde man jedoch von rechtspopulistischer oder rechtsextremer Politik sprechen.

bereits zu Zeiten der römischen Antike vor allem als Propagandainstrument verwendet. Thommen zufolge kann man diese Form der Politik durchwegs mit zeitgenössischen Populist_en_innen vergleichen. Themen, die von den Popularen aufgegriffen wurden, betrafen laut Thommen vorwiegend

„[...] die Land- und Getreidefrage zur Versorgung der römischen Bürger, [...] [den] Schutz und [die] Erweiterung politischer Rechte – v.a. im Zusammenhang mit der Abstimmungsordnung und der Berufung gegen magistratische Entscheide (Provokationsrecht).“⁹⁴

Es ging dabei vorwiegend um sachliche Belange, soziale Probleme wurden dem Senat und den Eliten zugeschrieben, eine Hetze gegen Randgruppen – wie es der heutige Populismus macht – gab es damals nicht. So simpel wie heute war es in der römischen Antike jedoch nicht, die Bürger_innen für populare Politik zu begeistern, da diese *„[...] in festen ‚Treu- und Nahverbindungen‘ standen und daher nur schwer für politische Manöver zu rekrutieren waren.“⁹⁵* Trotzdem wurden die popularen Volkstribunen dank ihrer populistischen Politik als Volksvertretung für den Kampf von Freiheit und Rechten empfunden.⁹⁶

4.2 Antisemitismus im Mittelalter

Im Mittelalter war der Begriff „Rechtspopulismus“ als solcher zwar noch nicht in Verwendung, Ansätze populistischer Politik jedoch bereits vorherrschend. Dies ist vor allem in ökonomischen und gesellschaftlichen Bereichen zu beobachten, was sich vor allem auf Jüdinnen und Juden und eine Feindschaft ihnen gegenüber bezog. So wurden diese von den Christ_en_innen nur mit Widerwillen geduldet und mussten oft mit eingeschränkten Lebensbedingungen zurechtkommen. Im Verlauf des Mittelalters kann man zudem von einer steigenden Verschlechterung ihrer Situation sprechen. Dabei stellt sich die Frage, mit welcher Argumentation beziehungsweise aus welchen Gründen wurde das Judentum bereits im Mittelalter verfolgt? Hier muss man unterschiedliche Ebenen des Antisemitismus berücksichtigen (religiös, wirtschaftlich, „rassisch“ bedingt).

⁹⁴ Lukas Thommen, Populus, Plebs und Populares in der römischen Republik. In: Frank Unger, Richard Faber (Hg.), Populismus in Geschichte und Gegenwart. (Würzburg 2008), 34f.

⁹⁵ Ebenda, 35.

⁹⁶ Vgl. ebenda, 31-36.

Eine war die religiöse Ebene, wonach der Vorwurf des Christentums jener war, dass Jüdinnen und Juden „[...] *Jesus als den Christus nicht angenommen haben.*“⁹⁷

Im Oströmischen Reich waren Verfolgungen des Judentums im Mittelalter vor allem auch vom kaiserlichen Hof ausgegangen. Bedingt durch die Kreuzzüge des Hochmittelalters kam es innerhalb des christlichen Glaubens zu einer verstärkten Hinwendung „[...] *zum Mensch gewordenen Gottessohn und zu dessen am Kreuze endenden Martyrium, wofür nun mehr als zuvor die Juden verantwortlich gemacht wurden.*“⁹⁸ Haverkamp spricht im Zusammenhang mit den Kreuzzügen sogar von „*Brutstätten für Judenverfolgungen*“⁹⁹ und nennt als Beispiel etwa die Verfolgungen von 1096 im Rahmen des Ersten Kreuzzuges. Im 13. Jahrhundert kamen dazu vermehrte antisemitische Diskurse seitens der sich zu dieser Zeit gründenden Bettel- und Seelsorgeorden, wonach Jüdinnen und Juden aus der christlichen Heilsgeschichte verbannt werden sollten. Dadurch wurde der Antijudaismus salonfähiger und Verfolgungen häuften sich.¹⁰⁰

Zur Zeit des Großen Schismas (1378-1417) verstärkten sich Pogrome erneut, die jüdische Gemeinschaft wurde zum Sündenbock jedweder Missstände, wie in diesem Fall gescheiteter Reformversuche, stilisiert. Einen Höhepunkt erreichte die Feindschaft Jüdinnen und Juden gegenüber durch die sich ausbreitende Pest um die Mitte des 14. Jahrhunderts. Es kam zu europaweiten Pogromen, Jüdinnen und Juden wurden teilweise (sogar bevor sich die Pest in den jeweiligen Orten ausbreitete) ermordet und vertrieben beziehungsweise der Vergiftung der Brunnen bezichtigt. Überlebende mussten danach mit noch schlechteren Bedingungen leben. Innereuropäisch gab es jedoch ganz unterschiedliche Entwicklungen hinsichtlich der Verfolgung des Judentums. Vor allem die Auseinandersetzungen zwischen Christ_en_innen und Jüdinnen und Juden waren im Norden Europas intensiver als etwa im Westen.¹⁰¹

⁹⁷ Zitat: Willehad Paul Eckert, Antisemitismus im Mittelalter. Angst – Verteufelung – Habgier: «Das Gift, das die Juden tötete». In: Günther B. Ginzler (Hg.), Antisemitismus. Erscheinungsformen der Judenfeindschaft gestern und heute (Köln 1991), 71; Vgl. ebenda, 71.

⁹⁸ Alfred Haverkamp, Europas Juden im Mittelalter. Zur Einführung. In: Christoph Cluse (Hg.), Europas Juden im Mittelalter. Beiträge des internationalen Symposiums in Speyer vom 20.-25. Oktober 2002. (Trier 2004), 17.

⁹⁹ Ebenda, 17.

¹⁰⁰ Vgl. ebenda, 13-27.

¹⁰¹ Vgl. ebenda, 13-27.

Auch in ihren Rechten wurden Jüdinnen und Juden im europäischen Mittelalter immer wieder beschnitten. Dabei wurden Gesetze erlassen, wie zum Beispiel das Verbot der Konversion oder das Verbot der Ehe mit Christ_en_innen. Auch die äußerlich-erkennbare Unterscheidung vom Christentum sollte bereits im Mittelalter beschlossen werden (Vorläufer des „Judenstern“). Im 13. Jahrhundert kam es zu Bestrebungen, Jüdinnen und Juden in eigens abgetrennten Wohnbereichen beziehungsweise Vierteln – abgesondert vom Christentum – leben zu lassen. Darüber hinaus wurden sie zur Zwangstaufe getrieben und der Inquisition unterworfen. Neben den eben genannten religiösen und kulturellen Motiven der Verfolgung des Judentums war im Mittelalter auch der ökonomische Antisemitismus bereits diskursfähig geworden. Bereits damals wurden die ihnen heute noch anhängenden Stereotype des „geldgierigen Juden“ angeheftet. So wurden sie bald aus Kaufmannsgilden und Handwerkszünften ausgeschlossen, es wurde ihnen verboten, Grund und Boden zu besitzen. Oftmals blieb ihnen dann nur noch die Tätigkeit des Handels, auch der Handel mit Geld, womit sich die Klischees und auch die Feindschaft ihnen gegenüber nochmals verstärkten. Die religiöse, soziale und ökonomische Diskreditierung und Verfolgung des Judentums im 13. und 14. Jahrhundert konnte nur von der Shoah des 20. Jahrhunderts übertroffen werden.¹⁰²

4.3 Antisemitismus und Rassismus in der Neuzeit

Im Zuge der Reformation, geführt von Martin Luther, riss die antisemitische Denkweise in Europa nicht ab. Auch später, zur Zeit der Shoah, wurde von den Nationalsozialisten immer wieder auf Luther und dessen Antijudaismus, sozusagen auf dessen Vorbildwirkung, verwiesen. Luther hatte eine damals dem Populismus entsprechende autoritäre Haltung im Protestantismus eingenommen. Er wurde stets verehrt, demnach war es umso einfacher, den Antijudaismus salonfähig zu machen. Seine negative Einstellung dem Judentum gegenüber nahm mit zunehmendem Alter zu. Zu Beginn stand Luther durchwegs noch für eine gewaltfreie Missionierung, mit zunehmendem Eindruck eines diesbezüglichen Misserfolges und der damit einhergehenden Gefahr für

¹⁰² Vgl. Julia König, Judenfeindschaft von der Antike bis zur Neuzeit (23.11.2006), online unter: <<http://www.bpb.de/politik/extremismus/antisemitismus/37951/von-der-antike-bis-zur-neuzeit?p=0>> (07.03.2017).

seine reformatorischen Absichten, radikalisierte er seine Einstellung dem Judentum gegenüber und sprach sich für dessen Verfolgung aus.¹⁰³

Luther gegenüber stand die Rekatholisierung, die eine Antwort auf den reformatorischen Gedanken im Heiligen Römischen Reich war. Die Gegenreformation nahm es sich zum Ziel, die verlorenen Gebiete im Reich zu rekatholisieren. Dabei entstanden zahlreiche Orden (Jesuiten, Piaristen, Ursulinen, etc.), welche diese Bestrebungen vorantrieben und das Reich missionieren sollten.¹⁰⁴ Die Gegenreformation stand neben dem Protestantismus aber auch dem Judentum negativ gegenüber. So wurden Jüdinnen und Juden auch im Rahmen der Rekatholisierung verfolgt und teilweise in Ghettos verbannt.¹⁰⁵

Nach dem Dreißigjährigen Krieg und einem enormen Bevölkerungsverlust veränderte sich die wirtschaftliche, politische und gesellschaftliche Situation in Europa. Dies betraf auch die Entwicklung des Antisemitismus. Die religiöse Feindschaft Jüdinnen und Juden gegenüber entwickelte sich zu einem noch stärker ökonomisch-bedingten Hass, außerdem entfaltete sich allmählich der rassistisch-bedingte Antijudaismus. Die Situation der Bauern und auch die der Handwerker in der Stadt war nicht einfach und die „[...] Gesellschaft war durch ein weitgehendes Desinteresse an jeglicher Fortentwicklung geprägt.“¹⁰⁶ Sowohl für fortschrittliche Entwicklungen, die als negativ empfunden wurden, als auch für soziale Missstände wurden Jüdinnen und Juden verantwortlich gemacht.¹⁰⁷

Ferner breiteten sich mit dem ausgehenden 18. Jahrhundert nationalistisches Gedankengut und eine damit verbundene verstärkte Politik der Ausgrenzung aus. Nationalist_innen sahen sich und das eigene „Volk“ demnach als überlegen und gingen wiederum von einer klaren Abgrenzung zu anderen „Völkern“ aus. Dies betraf

¹⁰³ Vgl. Paul Gerhard Aring, Die Theologie der Reformationszeit und die Juden. Unbewältigte Tradition – Enttäuschte Erwartung - «Scharfe Barmherzigkeit». In: Günther B. Ginzler (Hg.), Antisemitismus. Erscheinungsformen der Judenfeindschaft gestern und heute (Köln 1991), 100-111.

¹⁰⁴ Vgl. Vocelka, Geschichte Österreichs, 111-118.

¹⁰⁵ Vgl. Antisemitismus.net, Zionistisches Glossar: Definition Antisemitismus (2007), online unter: <<http://www.antisemitismus.net/theorie/glossar.htm>> (18.04.2017).

¹⁰⁶ Günther B. Ginzler, Vom religiösen zum rassistischen Judentum. «Deutschland, Christenvolk, ermann dich!» Gegen Juden, «Judengenossen» und «jüdischen Geist». In: Günther B. Ginzler (Hg.), Antisemitismus. Erscheinungsformen der Judenfeindschaft gestern und heute (Köln 1991), 125.

¹⁰⁷ Vgl. ebenda, 124-126.

wiederum unter anderem das Judentum. Im 19. Jahrhundert entwickelten sich auch allmählich Burschenschaften, die einen radikalen Antisemitismus vertraten.¹⁰⁸

Trotzdem verbesserten sich die Lebensumstände der Jüdinnen und Juden im Zeitalter der Aufklärung allmählich, wenn auch nicht zur Gänze. Für die liberalen jüdischen Europäer_innen wurde die Religion immer bedeutungsloser, vor allem für jene, die in die Städte zogen. Manche konvertierten sogar zum christlichen Glauben. Am Land und vor allem in den osteuropäischen Gebieten sind solche Entwicklungen nicht zu beobachten. Die Verfolgung und Diskreditierung hielten dort an. Die eben genannte Assimilation einiger Jüdinnen und Juden in Europa war jedoch nicht von langer Dauer. Der Antijudaismus fand im 19. Jahrhundert neue Ausprägungsmuster und mutierte zum „rassisch-motivierten“ Antisemitismus. Der „rassische“ Hass gegenüber dem Judentum ließ nunmehr keine Assimilation zu. Jüdinnen und Juden wurden aufgrund ihrer Abstammung, also „Rasse“, diskriminiert und verfolgt.¹⁰⁹

Zu dieser Zeit fand auch der Begriff des „Rassismus“ Eingang in politische Diskurse. Vor allem durch den Franzosen Gobineau wurde der Begriff im 19. Jahrhundert geprägt. In Europa bezog sich der Rassismus wiederum vorwiegend auf Jüdinnen und Juden.¹¹⁰

Gegen Ende des 19. Jahrhunderts breiteten sich erneut imperialistische Bestrebungen in Anlehnung an den Kolonialismus des 15. Jahrhunderts aus. Als Motive dafür sind einerseits nationalistisches Gedankengut und andererseits wirtschaftliche Gründe zu nennen. Daneben gab es soziale Motive (im Hinblick auf sinkende Arbeitslosigkeit durch die Möglichkeit der Auswanderung) und religiös-motivierte Gründe, etwa für das Christentum, ihre Religion zu verbreiten. Im Zusammenhang mit dem Imperialismus steht jedoch ungefragt auch ein „rassischer“ Gedanke, wobei der Begriff des Sozialdarwinismus hierbei zu nennen wäre, der generell von einer Überlegenheit der „weißen Rasse“ ausgeht und die Aufteilung der Welt unter „den Weißen“ deshalb legitimiert.¹¹¹

¹⁰⁸ Vgl. Heribert Schiedel, Wolfgang Neugebauer, Jörg Haider, die FPÖ und der Antisemitismus. In: Anton Pelinka, Ruth Wodak (Hg.), «Dreck am Stecken». Politik der Ausgrenzung. (Wien 2002), 12f.

¹⁰⁹ Vgl. Hans Utz, Joseph Boesch, Rudolf Schläpfer, Weltgeschichte. Von 1500 bis zur Gegenwart. (Zürich 2014), 133f.

¹¹⁰ Vgl. George L. Mosse, Die Geschichte des Rassismus in Europa. (Frankfurt am Main 2006), 89f.

¹¹¹ Vgl. Utz, Boesch, Schläpfer, Weltgeschichte, 134f.

Gegen Ende des 19. Jahrhunderts kam es (vor allem in Westeuropa) erneut zu einer Hochphase antisemitischer Handlungen. In der Literatur wird häufig das Jahr 1879 genannt, welches diese Phase der erneut einsetzenden Verfolgung der europäischen Jüdinnen und Juden einleitete und bis zum Ende des Zweiten Weltkriegs nicht mehr abriß. Im gleichen Jahr wurde der Begriff Antisemitismus als solcher vom deutschen Journalisten Wilhelm Marr geprägt. Als Erklärungsansätze für diesen erneuten Anstieg des Antijudaismus werden von Wissenschaftler_innen „[...] *Modernisierungstheorien, Theorien der relativen Deprivation, des ethnischen Wettstreits und Sündenbock- sowie Frustrations-/Aggressionstheorien* [...]“¹¹² genannt. Betont wird hierbei vor allem der Modernisierungsdiskurs, wonach Modernisierung mit kapitalistischen und liberalen Entwicklungen konnotiert wird, was wiederum zur Selbstbestimmung und Befreiung der Jüdinnen und Juden führte. „*Soziale Mobilität von und Konkurrenz mit Juden entfachte Ängste unter vielen Nichtjuden und verstärkte antisemitische Einstellungen.*“¹¹³ Brustein und King sprechen dem Antisemitismus des ausgehenden 19. Jahrhunderts vier Dimensionen zu, eine religiöse, rassistische, ökonomische und politische. Hinzu kam ein vermehrter Zuzug sogenannter „Ostjuden“, welche großteils arm und ungebildet waren. Vor allem nach der bolschewistischen Revolution des Jahres 1917 und der Migration zahlreicher Jüdinnen und Juden aus dem Osten assoziierte man diese mit dem Bolschewismus und sie wurden als Wähler_innen der Linken bezichtigt.¹¹⁴

4.4 Das 20. Jahrhundert

Die zweite Hälfte des 19. Jahrhunderts kann durchwegs als Zeit vermehrter Nationalstaatsbestrebungen bezeichnet werden, was sich auch auf die Entwicklungen im 20. Jahrhundert auswirkte. Der Nationalismus in Europa vertrat den Gedanken, eine „[...] *nationale und sprachliche Homogenität ihrer Bevölkerung [...] herbeizuführen* [...]“¹¹⁵ sowie die eigene kulturelle Identität zu stärken. Der aufstrebende Nationalismus und die

¹¹² Ryan King, William Brustein, Antisemitismus in Europa vor dem Holocaust. In: Daniel Fuß, John Hagan, Klaus Boehnke (Hg.), *Jugendgewalt und Rechtsextremismus. Soziologische und psychologische Analysen in internationaler Perspektive.* (Weinheim, München 2002), 259.

¹¹³ Ebenda, 259.

¹¹⁴ Vgl. ebenda, 257-269.

¹¹⁵ Theodor Schieder, *Europa im Zeitalter der Nationalstaaten und europäische Weltpolitik bis zum I. Weltkrieg (1870-1918).* In: Theodor Schieder (Hg.), *Handbuch der europäischen Geschichte* (Band 6) (Stuttgart 1968), 26.

damit einhergehenden Probleme in Europa (und außerhalb) bestimmten auch die Politik vor dem Ausbruch des Ersten Weltkriegs mit.¹¹⁶

Der Erste Weltkrieg wird in der Literatur oftmals als die „Urkatastrophe“ der nachfolgenden Entwicklungen bezeichnet und beendete eine lange Zeit des Friedens in Europa und der Welt. Der sich verstärkende nationalistische Gedanke wurde durch den Krieg nochmals verschärft. Den europäischen Mächten ging es neben territorialen Motiven auch um einen kulturellen Kampf, was vor allem im Deutschen Reich zu beobachten war. Der extreme Nationalismus mit all seinen Ausprägungen wurzelt somit im Ersten Weltkrieg und ebnete schlussendlich den Weg für die Diktaturen des Faschismus und Nationalsozialismus einerseits und des Bolschewismus andererseits.¹¹⁷

Bernecker spricht dem „Großen Krieg“ einen

„[...] gesamteuropäischen Epocheneinbruch gewaltigen Ausmaßes [zu, was zu einer] Formveränderung der Politik [...] führte und allenthalben mit populistischen Strategien [...] beantwortet wurde. [...] Die geistige Gemeinsamkeit des Kontinents ging zu Ende, nationale Egoismen wurden durch den Krieg und Kriegspropaganda gesteigert und verfeindeten die Völker.“¹¹⁸

Wie nun unschwer zu erkennen ist, hat der im Nationalsozialismus sich gipfelnde nationalistische Gedanke sowie der Hass gegenüber „Fremden“, vor allem den europäischen Jüdinnen und Juden und anderen ethnischen Gruppen gegenüber, eine lange Vorgeschichte. Seinen Höhepunkt hatte er jedoch ungefragt in den Jahren vor und während des Zweiten Weltkriegs. In der Zwischenkriegszeit formierten sich zunächst parlamentarische Regierungssysteme, die jedoch zusehends wiederum von autoritären und faschistischen Systemen abgelöst wurden. Vor allem (aber nicht nur) war dieses Phänomen bei den Verlierern des Ersten Weltkriegs zu beobachten. Der marxistische Sozialismus, wie er in der Sowjetunion herrschte, war für die Mehrheit kein Vorbild mehr, worauf nach neuen Vorbildern gesucht werden musste. Faschistische und

¹¹⁶ Ebenda, 26-30.

¹¹⁷ Vgl. Bernd Faulenbach, Demokratien und Diktaturen im „kurzen“ 20. Jahrhundert. Eine Skizze über Gegensätze und Entwicklungslinien in Europa 1914-1991. (Bochum, Berlin 2014), 6-8.

¹¹⁸ Walter L. Bernecker, Europa zwischen den Weltkriegen 1914 - 1945. (Stuttgart 2002), 17.

nationalsozialistische Gruppierungen gaben vor, sich der Nachkriegsprobleme anzunehmen und hatten Erfolg mit dieser Art von populistischer Politik.¹¹⁹

In Europa waren zur Zeit der beiden Weltkriege radikale autoritäre Regierungssysteme neben dem austrofaschistischen Österreich (Dollfuß und Schuschnigg), dem faschistischen Italien (Mussolini) und dem nationalsozialistischen Deutschland (Hitler) in zahlreichen weiteren Ländern gesellschaftsfähig geworden. So etwa das Regime in Polen, die Königsdiktaturen in Rumänien, Bulgarien und Jugoslawien, das Horthy-Regime in Ungarn. In Portugal, Griechenland und Spanien etablierten sich ebenso Diktaturen.¹²⁰

Am stabilsten hingegen blieben jene Länder, die nach dem Ersten Weltkrieg keine revolutionären beziehungsweise territorialen Veränderungsprozesse erlebten, wie etwa Skandinavien, die Benelux-Länder, die Schweiz, Großbritannien und (bis 1940) Frankreich. Vergleichbar mit den Entwicklungen des 21. Jahrhunderts, fand diese Art von (rechts)radikaler Politik vor allem in den unteren Gesellschaftsschichten Anklang. Ihre ideologische Ausrichtung war meist gekennzeichnet von Nationalismus, Rassismus, Antiliberalismus und Antikommunismus.¹²¹

In den 1930er und 1940er Jahren feierte – wie wir es heute nennen würden – der Rechtspopulismus in ganz Europa große Erfolge, was mit der tragischen Verfolgung und Vernichtung von Millionen Menschen, darunter vorwiegend Jüdinnen und Juden, politische Gegner_innen, Roma und Sinti, Homosexuelle, Kriminelle und Behinderte, endete.¹²²

Die Zahlen, die hierbei in der Literatur angegeben sind, schwanken oftmals, weshalb genaue Zahlen der Kriegsoffer nur mit Vorsicht zu nennen sind, sie belaufen sich in jedem Fall in zweistelliger Millionenhöhe. Die Verantwortlichen für die Verbrechen und Verfolgungen, die bereits vor und dann während dem Zweiten Weltkrieg passiert sind, sind für Europa vor allem in Deutschland (Hitler), Italien (Mussolini) und der Sowjetunion (Stalin) zu finden.¹²³ Wesentlich für die vorliegende Diplomarbeit ist es

¹¹⁹ Vgl. Bernecker, Europa zwischen den Weltkriegen 1914 – 1945, 377-379.

¹²⁰ Vgl. Faulenbach, Demokratien und Diktaturen im „kurzen“ 20. Jahrhundert, 12f.

¹²¹ Vgl. Bernecker, Europa zwischen den Weltkriegen 1914 – 1945, 23f.

¹²² Vgl. Karl Vocelka, Geschichte Österreichs. Kultur – Gesellschaft – Politik. (Graz, Wien, Köln 2002), 309-314.

¹²³ Vgl. Bernecker, Europa zwischen den Weltkriegen 1914 – 1945, 27.

jedoch die Motive und Erfolge dieser rechtradikalen, rassistischen Entwicklungen zu erörtern, weshalb ich hiermit umrisshaft auf vorangegangene Entwicklungen eingehen werde.

Der Crash von 1929 an der New Yorker Börse führte zur bis dato größten Wirtschaftskrise der Geschichte, die die politische und ökonomische Landschaft verändern sollte. Die Krise betraf nicht nur die Vereinigten Staaten, sondern auch Europa, vor allem Deutschland, später auch Frankreich, Belgien, England, die Niederlande, Spanien, außerhalb Europas vor allem Japan. Eine der Folgen war Rekordarbeitslosigkeit, die sich in sozialem Elend und Armut manifestierte. Die liberale Wirtschaftspolitik wurde ebenso in Frage gestellt wie die Handlungsfähigkeit der Regierungen, die Krise ebnete den Weg für den Aufstieg der rechten, diktatorischen Systeme. Deutschland und der Nationalsozialismus waren hierbei keineswegs ein Einzelfall, in Österreich, Portugal, Spanien und in manchen südosteuropäischen Staaten etwa konnten sich ebenso antidemokratische Systeme verwirklichen. An der Spitze dieser Diktaturen standen jeweils Führer, die bereits damals mit populistischen Mitteln versuchten, die Menschen zu mobilisieren. In den meisten Ländern konnte sich die Wirtschaft in den beginnenden 1930er Jahren allmählich normalisieren, überwunden war die Krise jedoch bis zu Kriegsausbruch nicht gänzlich. Das Exempel Weltwirtschaftskrise 1929 zeigt somit, dass ökonomische Krisenherde sich sehr gut für den Aufstieg antiliberaler und antidemokratischer Systeme, aber auch Denkmuster, eignen.¹²⁴

Zusammengefasst bleibt für den Erfolg dieser populistischen Politik somit neben einem tief verwurzelten Antisemitismus und dem Hass gegenüber jeglichen Minderheiten ein verstärktes Nationalbewusstsein, das sich bald in radikalem Nationalismus manifestierte, verantwortlich, zudem wirtschaftliche und sozioökonomische Probleme, auf die die diktatorischen Systeme eine Antwort zu geben vermochten. Bernecker trifft dies sehr gut, wenn er sagt, dass diese totalitären Systeme „[...] eine Antwort auf die verwirrenden Konsequenzen der Krise Europas [waren].“¹²⁵

¹²⁴ Vgl. Jan-Otmar Hesse, Roman Köster, Werner Plumpe, Die Große Depression. Die Weltwirtschaftskrise 1929-1939. (Frankfurt am Main 2014), 11-14.

¹²⁵ Bernecker, Europa zwischen den Weltkriegen 1914 – 1945, 27.

Seymour M. Lipset geht in einer seiner Studien davon aus, dass entwickelte Länder (er nennt hierbei als Beispiele Belgien, Schweden, die Niederlande und Großbritannien), die industrialisiert, urbanisiert und reich sind und über ein hohes Bildungsniveau verfügen, weniger Gefahr laufen, diktatorischen Systemen zu folgen. Als Gegenbeispiele, somit weniger entwickelte Länder, nennt er Griechenland beziehungsweise osteuropäische Länder wie Ungarn und Polen, wie auch Spanien und Portugal, die sich im Umkehrschluss eher zu antidemokratischen Systemen hinwenden. Österreich und Deutschland bezeichnet er hierbei als Ausnahme. Weiters geht er neben sozioökonomischen Aspekten, also der Globalisierung und Modernisierung einer Gesellschaft, von weiteren Charakteristika aus, die den Zusammenbruch von Demokratien zur Zeit der beiden Weltkriege auslösten. Dabei nennt er als zweiten Faktor makroökonomische Aspekte, wie hohe Arbeitslosigkeit oder das sinkende Lohnniveau. Weiters führt Lipset sozialstrukturelle Bedingungen an und erklärt dies mit dem Zusammenhang zwischen Faschismus und Kapitalismus beziehungsweise nennt er innergesellschaftliche Beziehungen. Darüber hinaus gibt er *„Bedingungen politischer Kultur, [...], Intermediäre Strukturen, [...] Institutionelle und verfassungsrechtliche Aspekte [...] [und] Externe Faktoren[...“*¹²⁶ an. Lipset betont jedoch, dass es länderspezifische Unterschiede und Ausnahmen gab und er geht davon aus, dass es keine monokausalen Erklärungsmuster gibt. Er bewertet die Krise der Zwischenkriegszeit und das Ende vieler demokratischer Systeme vor allem als politische Krise, die zwar auch wirtschaftlich und sozial bedingt entstand, vordergründig jedoch aufgrund politischer Prozesse.¹²⁷

4.5 Nachkriegsentwicklungen

Nach 1945 sollte in Europa die Idee eines Zusammenschlusses besprochen werden, um Konflikte, wie sie sich in den beiden Weltkriegen ereigneten, in Zukunft zu vermeiden. Europa sollte dabei als „Dritte Macht“ neben den USA und der Sowjetunion als deren Vermittler fungieren. Politisch gesehen konnte man in den Nachkriegsjahren eine Wendung nach Links beobachten, was vor allem daran lag, dass man die Konservativen

¹²⁶ Bernecker, Europa zwischen den Weltkriegen 1914 – 1945, 32-36.

¹²⁷ Vgl. ebenda, 32-36.

aufgrund ihrer Nähe zu den faschistischen und nationalsozialistischen Bewegungen grundsätzlich ablehnte. Der radikale Nationalismus erfuhr eine kurzzeitige Krise.¹²⁸

4.6. Zu den Entwicklungen in Österreich

Folgend sollen die zentralsten Momente (rechts-)populistischer Politik in Österreich im historischen Kontext erörtert werden. Es handelt sich dabei jedoch nur um einen Einblick in die Vorgeschichte des österreichischen Rechtspopulismus, weshalb ich nicht auf alle Entwicklungen detailliert eingehen kann und nur die wichtigsten Aspekte nennen werde.

4.6.1 Antisemitismus im vormodernen Zeitalter

Die Ansiedlung von Jüdinnen und Juden in Österreich ist bereits auf die Römerzeit zurückzuführen. Für das Mittelalter gibt es bereits Belege für ihre Ansiedlung im Donauraum. Sie trieben Handel oder Geldgeschäfte, waren im Mittelalter bereits rechtlich benachteiligt. Das Judentum wurde zudem diskriminiert und verspottet sowie mit Hexen und dem Teufel gleichgestellt. Verfolgungen aufgrund wirtschaftlicher und religiöser Aspekte häuften sich. Auch zur Zeit des Barocks kam es immer wieder zu antisemitischen Handlungen (etwa die Predigten des Abraham a Sancta Clara). Zur Zeit des Absolutismus waren Angehörige der jüdischen Gemeinschaft in Wien vor allem mit der finanziellen Unterstützung des Hofes betraut.¹²⁹

In der ersten Hälfte des 15. Jahrhunderts kam es in Wien zu zahlreichen Verfolgungen und Ermordungen von Jüdinnen und Juden. Aufgrund der wirtschaftlichen Notwendigkeit wurden sie später jedoch wieder in Wien angesiedelt. Im ausgehenden 15. Jahrhundert kam es unter Maximilian I. erneut zu Verfolgungen. Ab dem 16. Jahrhundert wurden Jüdinnen und Juden dann erstmals gezwungen, eine gelbe Markierung am Körper zu tragen, um ihre ethnische Zugehörigkeit zu erkennen. Dieser Diskriminierung gegenüber stand die Ausbildung der sogenannten „Hofjuden“, die, wie

¹²⁸ Vgl. Wilfried Loth, Europa nach 1945. Die Formation der Blöcke. In: Hermann Graml, Wolfgang Benz (Hg.), Fischer Weltgeschichte. Europa nach dem Zweiten Weltkrieg 1945-1982. Das Zwanzigste Jahrhundert II. (Frankfurt am Main 1983), 23-30.

¹²⁹ Vgl. Vocolka, Geschichte Österreichs, 90-94.

bereits erwähnt, für diverse Geldgeschäfte an den Hof bestellt wurden. Im 18. Jahrhundert war es dann vor allem Maria Theresia, die antijüdische Gesetze erließ und ihre Abneigung gegenüber dieser Bevölkerungsgruppe mit zahlreichen Vertreibungen nicht verbarg. Mit ihrem Sohn Joseph II. verbesserte sich die rechtliche Situation der Jüdinnen und Juden in der Monarchie wieder einigermaßen.¹³⁰ Joseph II. war, was Religionsausübung betraf, etwas toleranter als seine Mutter. Trotzdem kann man während des österreichischen Absolutismus noch nicht von einer zufriedenstellenden Entwicklung bezüglich der Toleranz anderen Religionen oder Kulturen in der Monarchie sprechen. Die Toleranzpatente von Joseph II. bezogen sich vor allem auf Protestant_en_innen, Griechisch-Orthodoxe sowie Jüdinnen und Juden, wobei dazu zu sagen ist, dass dies auch ökonomische Gründe hatte. Vocolka meint hierbei, dass man das Kapital sowie die Unternehmerkenntnisse der Protestant_en_innen, das Handelsgeschick der Griechisch-Orthodoxen sowie das Kapital der Jüdinnen und Juden in Wien brauchte, um das Reich wirtschaftlich voranzutreiben, weshalb man diese Bevölkerungsgruppen mehr und mehr duldete. Neben dem ökonomischen Gedanken der Toleranzpatente stand, Vocolka zufolge, jedoch auch ein aufgeklärter.¹³¹ Durch die Patente von Joseph II. durften Jüdinnen und Juden beispielsweise fortan studieren, Handel und Handwerk betreiben, außerdem wurden Kleidervorschriften abgeschafft.¹³²

Dieser Entwicklung gegenüber stand jene der fortwährenden Diskriminierung. Eine unter dem Deckmantel der „Toleranz“ beschlossene Maßnahme war die Verwendung deutscher Familiennamen für Jüdinnen und Juden. 1787 beschloss Joseph II. dieses Vorhaben, woraufhin sich zahlreiche Beamte den Scherz erlaubten, den Jüdinnen und Juden herabsetzende Namen, wie etwa „Trinker“ oder „Bettelarm“ zu geben (im Falle, wenn diese sich die Gebühr für den Antrag des gewünschten Namens nicht leisten konnten).¹³³

In Wien zum Beispiel war es auch unter Joseph II immer noch nicht möglich, freistehende Synagogen zu bauen. Es befanden sich zwar mehrere Synagogen in der Stadt zur Zeit des Absolutismus, gemäß den damaligen Vorschriften waren diese jedoch

¹³⁰ Vgl. ebenda, 90-94.

¹³¹ Vgl. ebenda, 162-166.

¹³² Vgl. Gerhard Milchram, Die gesetzlichen Rahmenbedingungen zur Ansiedlung von Juden in Niederösterreich im 19. Jahrhundert, online unter: <http://www.david.juden.at/kulturzeitschrift/50-54/Main%20frame_Artikel52_Milchram.htm> (18.04.2017).

¹³³ Vgl. Anita Winkler, Gestatten Sie, mein Name ist ..., online unter: <<http://www.habsburger.net/de/kapitel/gestatten-sie-mein-name-ist?language=en>> (18.04.2017).

nicht freistehend, sondern meist versteckt hinter Häusern und Fassaden. Weiters durfte auch nach den von Joseph II. erlassenen Edikten in Wien kein öffentlicher jüdischer Gottesdienst stattfinden.¹³⁴

Auf Joseph II. folgte Leopold II. (1790 - 1792), der für das Judentum keine neuen Gesetze erließ. Die Regierung unter Franz I./II. war dann, was die Minderheitenpolitik betraf, gekennzeichnet von restriktiven Maßnahmen. Toleriert wurde nur, wer Besitz hatte, was an eine gewisse Höhe von Besitz gekoppelt war.¹³⁵ Die Entwicklungen in den Folgejahren waren gekennzeichnet von wenig Fortschritt. Das Jahr 1848 und die beginnende Revolution sollten dann wieder eine Wende bringen. Die „Pillersdorfsche Verfassung“ strebte unter anderem Glaubensfreiheit an. Durch das Scheitern der Revolution verschlechterte sich die Situation wieder allmählich, bis dann schließlich 1867 im „Staatsgrundgesetz“ die Gleichstellung aller Bürger_innen in der Monarchie beschlossen wurde.¹³⁶

4.6.2 Der Börsencrash, Karl Lueger und die Christlichsozialen

Bedeutend für die österreichische Geschichte des Rechtspopulismus ist der Zeitraum des ausgehenden 19. Jahrhunderts. Zu diesem Zeitpunkt erfuhr der politische Antisemitismus in Österreich einen neuen Höhepunkt. Begründet ist dies einerseits in einer sich steigernden kulturellen Abgrenzung zwischen den einzelnen Ethnien und andererseits in veränderten wirtschaftlichen Bedingungen. Infolge der Industrialisierung kam erstmals die These der Modernisierungsverlierer_innen zum Tragen. Dieser Zeitraum des 19. Jahrhunderts markierte mit seinen wirtschaftspolitischen Veränderungsprozessen (Industrialisierung und Kapitalismus) sicherlich einen Bruch, was sich zusehends auch auf den Umgang mit dem Fremden auswirkte und die Fremdenfeindlichkeit¹³⁷ sowie den Antisemitismus erstarken ließ.

¹³⁴ Gerhard Milchram, Die gesetzlichen Rahmenbedingungen zur Ansiedlung von Juden in Niederösterreich im 19. Jahrhundert (18.04.2017).

¹³⁵ Notiz: Die Diskriminierung betraf jedoch auch einflussreiche jüdische Familien – so etwa Familie Rothschild, darunter Salomon Mayer Rothschild, der vom Kaiser 1817 adelig gesprochen wurde, dem jedoch als Jude bis 1843 kein Hausbesitz in Wien erlaubt war und der deshalb lange in einem Hotel lebte. Vgl. Homepage Wien Geschichte Wiki, online unter: <[https://www.wien.gv.at/wiki/index.php/Rothschild_\(Familie\)](https://www.wien.gv.at/wiki/index.php/Rothschild_(Familie))> (18.04.2017).

¹³⁶ Vgl. ebenda (18.04.2017).

¹³⁷ Notiz: Für Österreich im 19. Jahrhundert ist hierbei sicherlich die Ausbeutung und Feindschaft gegenüber den tschechischen Arbeiter_n_innen – den sogenannten „Ziegelböhmern“ – zu nennen.

Der Christliche Sozialismus unter Karl Lueger war eine unter vielen neuen radikalen Politikbewegungen, die daran beteiligt war, die Liberalen zu verdrängen.¹³⁸

Wirtschaftspolitisch ist zudem der Wiener Börsencrash von 1873 und die daraus resultierende Wirtschaftskrise als Katalysator antikapitalistischer und antiliberaler Entwicklungen zu nennen. Dieser oft genannte „Gründerkrach“ wirkte sich wiederum vorwiegend auf den „kleinen Mann“ aus, daneben kursierten Korruptionsdebatten rund um Politiker der Liberalen. Die Auswirkung war wiederum ein verstärktes Misstrauen der Wirtschaft und den (noch) regierenden Liberalen gegenüber, was sich abermals in verstärktem Antisemitismus manifestierte, da viele Unternehmer zu jener Zeit jüdisch waren.¹³⁹

Zurück zu Karl Lueger, geboren 1844 in Wien. Er wird in der Literatur häufig als *der* Populist des ausgehenden 19. Jahrhunderts bezeichnet. 1880 gründete er die Christlichsoziale Partei, seine Karriere gipfelte in einer politischen Revolution, die die Politik in ganz Mitteleuropa verändern sollte.¹⁴⁰

Für die vorliegende Diplomarbeit gilt es jedoch vor allem auf das populistische Moment in Luegers Politik einzugehen und die Umstände zu erörtern, warum er damit so große Erfolge feiern konnte. Dabei sei auch darauf zu verweisen, dass Lueger anfangs keinesfalls eine Politik des radikalen Antisemitismus vertrat – ganz im Gegenteil – er verteidigte liberale und demokratische Ansätze, stand beispielsweise für ein allgemeines Wahlrecht und einen Arbeitnehmer_innenschutz. Er war anfangs auch nicht der Antisemit, zu dem er sich später entwickelte, immerhin gründete er in den ausgehenden 1870er Jahren gemeinsam mit dem jüdischen Arzt Ignaz Mandl die „*Wirtschaftspartei*“¹⁴¹. Seine politische Gesinnung war somit anfangs nicht jene, zu der sie sich später entwickeln sollte. Lueger studierte Rechtswissenschaften in Wien, erkannte schon früh seine Begabung für Führungspositionen, etwa im Rahmen seiner Tätigkeit als Vorstand des Deutschakademischen Lesevereins. Darüber hinaus soll er schon als Student ehrgeizig in die eigene Zukunft geblickt haben und sprach davon, einst

¹³⁸ Vgl. Boyer, Karl Lueger, 11-14.

¹³⁹ Vgl. Vocolka, Geschichte Österreichs, 220.

¹⁴⁰ Vgl. John W. Boyer, Karl Lueger (1844-1910). Christlichsoziale Politik als Beruf. (Wien, Köln, Weimar 2010), 11-14.

¹⁴¹ Ebenda, 81.

Wiener Bürgermeister werden zu wollen, er wurde außerdem stets als professionell, rhetorisch begabt und ehrenhaft beschrieben.¹⁴²

Die Vorgängerbewegung der Christlichsozialen war die Koalition der Vereinigten Christen, die sich aus vormaligen Demokraten, Antisemiten, Nationalisten und radikalen Katholiken auseinandersetzte. Zu Beginn war die Partei, die erst 1893 zu solch einer wurde, eher unbedeutend.¹⁴³ An Bedeutung gewann Lueger und dessen Politik dann ab den späteren 1890er Jahren. 1895 standen die Septemberwahlen an, in den Monaten zuvor hatte sich ein Kult um die Person Lueger in Wien entwickelt, der in solchem Ausmaß zuvor nicht zu beobachten war. Die Bevölkerung nahm ihn als das Symbol für die unterdrückten Christ_en_innen durch das Judentum und durch Liberale wahr. Im Oktober desselben Jahres fanden die Bürgermeisterwahlen statt, Lueger gewann überlegen, wurde jedoch vom Kaiser schlussendlich abgelehnt (unter anderem aufgrund seiner ethnischen Gesinnung). Der Kult um seine Person wurde daraufhin noch größer. In der Folge kam es zu weiteren Wahlgängen, Lueger wurde wiederum vom Kaiser abgelehnt, erst im April 1897 konnte er nach vier misslungenen Versuchen innerhalb von zwei Jahren als Bürgermeister Wiens angelobt werden.¹⁴⁴

Etablieren konnte sich diese Art von Politik aufgrund unterschiedlicher sozioökonomischer Bedingungen. Da wäre vorerst auf die Situation der Kleinbürger_innen einzugehen, die sich durch liberale Wirtschaftspraktiken bedroht fühlten, darüber hinaus wurden die Mieten (vor allem in der Großstadt) immer teurer, die Handwerker zogen daraufhin in die Vorstädte, verloren Kundschaft. Bedingt durch den Kapitalismus entwickelte sich ein Zwischenhandel zwischen Produzent und Kunde, viele Handwerker und Kleingewerbe wanderten zum Proletariat ab. Die Forderungen der Christlichsozialen waren jene, die solchen Entwicklungen entgegenstreben sollten, nämlich die Aufhebung der Gewerbefreiheit, die Wiedereinführung der Zünfte, außerdem waren sie gegen den Zwischenhandel. Die Christlichsozialen schienen auf die Probleme und Ängste der Kleinbürger_innen eine Antwort gefunden zu haben. Neben

¹⁴² Vgl. ebenda, 12-81.

¹⁴³ Vgl. ebenda, 104-115.

¹⁴⁴ Vgl. ebenda, 163-177.

dem Kleinbürgertum schlossen sich bald auch Bürgerliche der Bewegung an, vorwiegend Ärzte, Kaufleute, Beamte, Lehrer, Anwälte, etc.¹⁴⁵

Die Christlichsozialen unter Lueger war zudem die erste große Bewegung in Österreich, die einen radikalen Antisemitismus öffentlich vertrat. Damit in Zusammenhang stehen – ähnlich wie wir es heute beobachten können – wirtschaftliche und sozioökonomische Veränderungsprozesse, auf welche ich bereits eingegangen bin. Aus diesen Entwicklungen heraus bildete sich eine Protestbewegung, die sich vorwiegend aus dem Kleinbürgertum zusammensetzte. Durch den aufkeimenden Kapitalismus und die immer bedeutungsloser werdende Zunftordnung des Mittelalters entwickelte sich eine Feindschaft gegenüber dem Judentum, deren Kapital und Einfluss, vor allem gegen jene, die in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts aus dem Osten nach Wien emigrierten. Konservative und neu-feudale Bewegungen nützten diese Entwicklungen und versprachen „[...] durch die Beseitigung des «jüdischen» Wirtschaftssystems die Wiedererrichtung der mittelalterlichen Handwerkerordnung.“¹⁴⁶ Zur Umsetzung dieser Vorhaben stand man für eine antijüdische Gesetzgebung. Zurückgeführt werden jene antisemitischen Handlungen auf antike Verschwörungstheorien. Vergleichbar mit derzeitigen populistischen und ausgrenzenden Parolen, sprach man Jüdinnen und Juden die Absicht nach, die christliche Welt beherrschen zu wollen, was diese mithilfe ihres Kapitals und Handels auch schaffen würden. Parolen wie beispielsweise „[...] Wien heißt Neu-Jerusalem und das alte Österreich Palästina“¹⁴⁷, welche teilweise an die heutige FPÖ und ihre antimuslimischen Parolen erinnern, waren dabei keineswegs Ausnahmen. Dem Antisemitismus zufolge würden Jüdinnen und Juden den Weltmarkt beherrschen, dem galt es vehement entgegenzutreten.¹⁴⁸

Einer der Zeitgenossen Luegers war der Deutschnationale Georg Ritter von Schönerer. Der aus Österreich stammende Politiker vertrat einen radikalen Nationalismus und aggressiven Antisemitismus. Zuvor war er noch, gemeinsam mit Viktor Adler und anderen Persönlichkeiten, maßgeblich an der Arbeit am „Linzer Programm“ beteiligt gewesen. Nach seinem Austritt aus dem demokratischen Milieu begann Schönerer sich in Burschenschaften und Turnvereinen zu engagieren, welche antisemitische Werte

¹⁴⁵ Vgl. John Bunzl, Zur Geschichte des Antisemitismus in Österreich. In: Bernd Marin, John Bunzl (Hg.), Antisemitismus in Österreich. Sozialhistorische und soziologische Studien. (Innsbruck 1983), 19-22.

¹⁴⁶ Ebenda, 28.

¹⁴⁷ Ebenda, 29.

¹⁴⁸ Vgl. ebenda, 27-29.

vertraten und „Nichtariern“ den Beitritt verwehrten. Von Schönerer und Lueger wurde später auch Adolf Hitler beeinflusst und inspiriert.¹⁴⁹

4.6.3 Die beiden Weltkriege in Österreich

Die Jahre nach dem Ersten Weltkrieg verliefen nach anfänglichen Revolutionswirren durchwegs friedlich in Österreich. Die Konflikte und Gegensätze zwischen den zwei Großparteien (Christlichsoziale und Sozialdemokratie) spitzten sich jedoch immer mehr zu. Der damalige Parteiobmann Ignaz Seipel war von seinen Anhänger_n_innen als „[...] großer Intellektueller und Retter Österreichs aus wirtschaftlicher Not [...]“¹⁵⁰ gefeiert worden, von seinen Gegner_n_innen wurde er wiederum als Faschist und Antidemokrat gesehen. Er stand für eine antimarxistische Ausrichtung und bekannte sich zusehends zu einem „[...] Einparteienstaat unter katholischer Flagge [...]“¹⁵¹. Diese Werte konnten sich erfolgreich innerhalb der Partei verbreiten, aber auch außerhalb dieser, etwa im Kreise der Heimwehren, bewaffneter Verbände im Dunstkreis der Christlichsozialen.¹⁵²

Das Jahr 1927 markierte dann einen Zeitraum, in dem es in Österreich zu einer Serie von Vorfällen kam (Schüsse in Schattendorf, Justizpalastbrand, etc.), die den Weg in den Faschismus schlussendlich ermöglichten. Nach dem Tod Seipels und Schobers betraten zwei weitere „starke Männer“ die Bühne der Christlichsozialen – Engelbert Dollfuß und Kurt Schuschnigg. Durch einige sich aneinanderreihende Fehler bei einer Abstimmung am 4. März 1933 wurde das Parlament ausgeschaltet, die Sozialdemokratie und die Kommunisten wurden wenig später verboten, der Ständestaat wurde mit einer neuen Verfassung am 1. Mai 1934 ausgerufen. Die neue Einheitspartei nannte sich „Vaterländische Front“, war faschistischer Gesinnung und ständisch aufgebaut mit einem Führer an der Spitze. Ein häufig zu lesendes Argument, der Austrofaschismus unter Schuschnigg und Dollfuß sei milder gewesen als der darauffolgende Nationalsozialismus, ist Vocelka zufolge „[...] ein Argument des Biertisches, nicht der ernsthaften politischen Diskussion oder der kritischen historischen Beurteilung.“¹⁵³ Der

¹⁴⁹ Vgl. I. A. Hellwing, Der konfessionelle Antisemitismus im 19. Jahrhundert in Österreich. (Wien 1972), 58-63.

¹⁵⁰ Vocelka, Geschichte Österreichs, 286.

¹⁵¹ Ebenda, 286.

¹⁵² Vgl. ebenda, 286-296.

¹⁵³ Ebenda, 293.

Nationalsozialismus, der von den Austrofaschisten verboten wurde, sowie der Anschluss Österreichs an Deutschland gewannen allmählich an Bedeutung in Österreich, da man mit dem System des Austrofaschismus zusehends unzufrieden war und den wirtschaftlichen Boom im Nachbarland verfolgte. Im März 1938 übernahmen dann die Nationalsozialisten die Macht in Österreich. Die Zeit, als es Österreich nicht gab, war gekommen.¹⁵⁴

Neben Kurt Schuschnigg und Engelbert Dollfuß war Adolf Hitler der sicherlich größte Demagoge in der Geschichte Österreichs. Der rassistische Antisemitismus des 19. Jahrhunderts erreichte im Rahmen der Shoah seinen Höhepunkt. Im Austrofaschismus wurden Jüdinnen und Juden in Österreich ebenfalls verfolgt und gedemütigt, konnten aber dennoch ohne größere Bedrohung leben. Mit dem Anschluss kam es zu einer radikalen Wende, dem Judentum wurde jegliche rechtliche Legitimation oder Gleichstellung mit „Ariern“ abgesprochen. Es kam zu zahlreichen Pogromen, die „Endlösung der Judenfrage“ wurde 1942 im Rahmen der Wannsee-Konferenz beschlossen. Neben Millionen Jüdinnen und Juden wurden politische Gegner_innen, Behinderte, Homosexuelle sowie Roma und Sinti in den Konzentrationslagern des Deutschen Reiches inhaftiert und ermordet.¹⁵⁵

Neben dem Judentum waren es im 20. Jahrhundert vor allem Roma und Sinti, die in Österreich unter dem Genozid zu leiden hatten. Bereits nach dem Ersten Weltkrieg begann man in Österreich, Stimmung gegen diese ethnische Gruppe zu machen. 1928 etwa initiierte man eine Registrierung aller Roma und Sinti in einer Kartei, 1933 wurde eine „Zigeunerkonferenz“ abgehalten, im Rahmen derer man eine Abschiebung aller „Zigeuner_innen“ nach Afrika beziehungsweise deren Pflicht zur Zwangsarbeit besprochen hatte.¹⁵⁶

4.6.4 Nachkriegsentwicklungen

Die Tatsache, dass Österreich in der Moskauer Deklaration von den Alliierten als erstes Opfer von Hitlerdeutschland bezeichnet wurde, ermöglichte es, sich einer

¹⁵⁴ Vgl. ebenda, 286-296.

¹⁵⁵ Vgl. ebenda, 309-315.

¹⁵⁶ Vgl. Wolfgang Benz, Sinti und Roma: Die unerwünschte Minderheit. Über das Vorurteil des Antiziganismus. (Berlin 2014), 85.

Verantwortung an den Gräueltaten der Shoah zu entziehen. Bereits 1948 formierte sich der „Verband der Unabhängigen“ (VdU), bestehend aus ehemaligen Nationalsozialisten. Darüber hinaus kam es zu zahlreichen antisemitischen Handlungen, wie Schmieraktionen, zur Zerstörung jüdischer Friedhöfe und einer erhöhten Nachsicht bei Gerichtsverhandlungen gegen ebensolche Aktionen. Höhepunkt in den Nachkriegsjahren, neben der Borodajkewycz-Affäre¹⁵⁷ 1965, war vermutlich die Peter-Kreisky-Wiesenthal-Affäre. Friedrich Peter wurde von Simon Wiesenthal beschuldigt, Mitglied einer SS-Einheit gewesen zu sein, die im Zweiten Weltkrieg schwere Verbrechen begangen hatte. Schlussendlich wurde der Jude Wiesenthal zum „Opfer“ der Affäre. Rechte Politik riss, wie man nun sehen kann, nach dem Zweiten Weltkrieg in Österreich keineswegs ab. Grundsätzlich sei jedoch gesagt, dass der rechte Populismus in Österreich nach 1945 erst in den 1980er¹⁵⁸ Jahren mit Jörg Haider und der FPÖ erneute Höhen erreichte.¹⁵⁹

4.7 Zu den Entwicklungen in Ungarn

Ähnlich wie in Kapitel 4.6. werde ich folgend auf die Vorgeschichte rechtspopulistischer Politik in unserem östlichen Nachbarland Ungarn eingehen. Der ungarische Populismus weist im vormodernen Zeitalter Ähnlichkeiten mit den Entwicklungen in Österreich auf. Nicht zuletzt liegt dies an der Tatsache, dass Österreich und Ungarn lange Zeit als Doppelmonarchie vom Hause Habsburg geführt wurden und deshalb ähnliche politische Entwicklungen erfuhren. Ein Spezifikum – zumindest im Rahmen der Minderheitenpolitik – ist in Ungarn der Antiziganismus, der dort sicherlich in höherem Ausmaße praktiziert wurde beziehungsweise wird, als dies in Österreich der Fall ist.

¹⁵⁷ Notiz: Taras Borodajkewycz war Professor an der Universität Wien (1937-1943) und später an der Wirtschaftsuniversität Wien (1955-1966). Trotz seiner Vergangenheit in der NSDAP, praktizierte er den Antisemitismus während seiner Tätigkeit als Dozent offen. Ein sozialistischer Student (Ferdinand Lacina) zeichnete die Aussagen Borodajkewycz' während einer Vorlesung 1961 auf, welche der spätere Bundespräsident Heinz Fischer dann publizierte. 1965 verarbeitete Gerhard Bronner die Affäre im Rahmen eines Kabarets, womit das öffentliche Interesse an der Causa wuchs. Es kam daraufhin zu Auseinandersetzungen zwischen Anhänger_n_innen und Gegner_n_innen Borodajkewycz', im Zuge derer Ernst Kirchweger (KZ-Überlebender) von einem rechtsextremen Studierenden lebensgefährlich verletzt wurde. Es war dies das erste politische Todesopfer der Zweiten Republik. Vgl. Katharina Kniefacz, Die Borodajkewycz-Affäre 1965 (10.02.2017), online unter: <<http://geschichte.univie.ac.at/de/artikel/die-borodajkewycz-afaere-1965>> (30.05.2017).

¹⁵⁸ Notiz: Dabei sei auch auf die Waldheim-Affäre zu verweisen.

¹⁵⁹ Vgl. Gerald Lamprecht, Klaus Hödl, Zwischen Kontinuität und Transformation. Antisemitismus im gegenwärtigen medialen Diskurs Österreichs. In: Moshe Zuckermann (Hg.), Tel Aviver Jahrbuch für deutsche Geschichte XXXIII. Antisemitismus, Antizionismus, Israelkritik. (Göttingen 2005), 141-143.

4.7.1 Die Stellung des Judentums im Mittelalter

Jüdinnen und Juden waren im mittelalterlichen Ungarn eine zwar geduldete, jedoch vorwiegend rechtlose Ethnie. Im 11. Jahrhundert wurden unter Ladislaus dem Heiligen erstmals antijüdische Gesetze erlassen. Diese Gesetze bestanden vorwiegend aus Verboten, die das Christentum schützen sollten. So wurde unter anderem eine Heirat zwischen Jüdinnen und Juden und Christ_en_innen untersagt. Weiters durften diese keine Christ_en_innen als Sklav_en_innen halten und Geldgeschäfte durften nur mit Zeug_en_innen abgeschlossen werden. Durch die Goldene Bulle von 1222 kam es zu weiteren Verschärfungen, die es dem ungarischen König Andreas II. verboten, Jüdinnen und Juden am Hof mit finanziellen Aufgaben zu betrauen. Im 13. Jahrhundert kam es dann erstmals zur sozialen Segregation innerhalb Ungarns, wobei Jüdinnen und Juden in eigenen Vierteln – durch eine Mauer getrennt von der Stadt – untergebracht wurden. Auch damals schon mussten sie ein Erkennungsmerkmal an der Kleidung tragen.¹⁶⁰

4.7.2 Antisemitismus und Antiziganismus in der Neuzeit

1526 erlitt das ungarische Heer in der Schlacht bei Mohács eine bittere Niederlage gegen Süleyman I. und die Osmanen. Die Folge war eine weitläufige Besetzung der Osmanen in Ungarn und Kroatien. In den nicht-besetzten Gebieten verschlechterte sich die Lage der Jüdinnen und Juden, da der Landtag ihnen die Schuld an der verlustreichen Schlacht gab. Man verhängte daraufhin ihre Ausweisung, auch weil man ihnen eine Zusammenarbeit mit den gegnerischen Osmanen anhing. Die Folge war die Flucht vieler Jüdinnen und Juden in die von den Osmanen besetzten Gebiete. Dort hatten sie mehr Rechte und waren geschützt. Außerdem konnten sie Handel und Gewerbe treiben und ihre Religion wurde von den Osmanen toleriert. Vor allem in der ungarischen Stadt Ofen siedelten sich nach der verlorenen Schlacht Jüdinnen und Juden aus Ungarn, aber auch aus Deutschland, Polen, Österreich, Böhmen und Mähren an. Im Westen wiederum wurden diese mehr und mehr entrechtlicht. Unter Ferdinand I. mussten sie wiederum ein gelbes Erkennungszeichen tragen, außerdem wurden ihnen Steuern auferlegt. Leopold I. führte dann eine „Säuberungspolitik“ durch.

¹⁶⁰ Vgl. Andrea Enzenberger, Der Antisemitismus in Ungarn und der Prozeß von Tisza-Eszlá. (Diplomarbeit Universität Wien 1987), 3f.

In den Folgejahren verbesserte sich ihre rechtliche Stellung nicht maßgeblich, sie wurden aus zahlreichen Städten vertrieben, woraufhin sie aufs Land ziehen mussten. Der Antisemitismus verschärfte sich immer weiter. Teilweise wurde ihnen sogar der Durchzug durch die Städte verwehrt, Bewohner_innen, welche Jüdinnen und Juden beherbergten, wurden bestraft. Mit Joseph II. verbesserte sich die Situation allmählich. Er erlöste das Judentum von religiösen, wirtschaftlichen und sozialen Diskriminierungen, wenn auch – wie in Kapitel 4.6 dargestellt – nicht gänzlich.¹⁶¹

4.7.3 Das 19. Jahrhundert in Ungarn

Gegen Ende des 18. Jahrhunderts sollte ein Gesetz ausgehandelt werden, welches die rechtliche Lage der Jüdinnen und Juden im ungarischen Königtum regeln sollte. Es wurde jedoch nie verabschiedet. Zu Beginn des 19. Jahrhunderts war ihre Rechtslage jene, dass sie von vielen Freiheiten noch ausgeschlossen waren, es wurde ihnen beispielsweise die Tätigkeit im Bergbau versagt, sie durften keinen Grund besitzen, die Ausübung von Gewerbe war beschränkt, sie wurden einzig zum Medizinstudium zugelassen, bis 1846 mussten sie eine von Maria Theresia erlassene Toleranztaxe entrichten.¹⁶²

Im Laufe des 19. Jahrhunderts kam es jedoch auch vermehrt zu Emanzipationsbestrebungen seitens der ungarischen Jüdinnen und Juden. Das Gegenteil passierte schlussendlich und die Stellung des Judentums verschlechterte sich zusehends. Der Antisemitismus verstärkte sich, da viele Bürger_innen das Judentum als Konkurrenz in Handel und Gewerbe sahen. Wie im restlichen Europa ist auch in Ungarn die These des „wuchernden und unehrlichen Judens“, des „Betrügers“ zum Tragen gekommen. 1848 zeigten sich im Rahmen der Revolution erneute Emanzipationsbestrebungen und das allgemeine Wahlrecht sollte auch dem Judentum zugesichert werden. Daraufhin kam es in Preßburg zu blutigen Kämpfen – die Folge war eine Zurückdrängung der Jüdinnen und Juden in Ghettos. Die Bestrebungen der Jüdinnen und Juden nach mehr Freiheit und Rechten konnten erst nach der Revolution allmähliche Erfolge erzielen. So hob man etwa 1860 das Aufenthaltsverbot in den Bergorten auf. 1867 stellte man Jüdinnen und Juden

¹⁶¹ Vgl. ebenda, 6-12.

¹⁶² Vgl. ebenda, 15-17.

dann erstmals gesetzlich gleich mit Christ_en_innen. Ein interessant zu beobachtendes Phänomen war außerdem eine vermehrte Assimilation des Judentums an das Christentum. Unter anderem erhofften sich Jüdinnen und Juden davon eine wirtschaftlich und gesellschaftlich verbesserte Stellung. Zwei Bewegungen standen sich innerhalb des Judentums sodann gegenüber. Einerseits die Konservativen mit Zentrum in Preßburg – andererseits die Assimilierten in Budapest.¹⁶³

Der Antisemitismus, der mehreren Autor_en_innen zufolge in Ungarn eine Eigenart entwickelte, war gekennzeichnet von stark ökonomisch und weniger „rassisch“ bedingten Motiven. In der Ära Tisza im ausgehenden 19. Jahrhundert erfuhr dieser wirtschaftliche Hass und Neid Jüdinnen und Juden gegenüber einen Höhepunkt in der ungarischen Geschichte. Wie bereits erwähnt waren es vor allem die magyarischen Bürger_innen, die im Judentum eine Konkurrenz im Bereich Handel und Gewerbe sahen. Im Gegensatz zur österreichischen Reichshälfte waren in Ungarn die Antisemit_en_innen vor allem im Kreis der „Gentry“¹⁶⁴ – der Kleinadeligen – zu finden, die im Zuge der Bauernbefreiung ihre Privilegien und teilweise Besitz verloren. Kurz nach der Revolution wurde ihnen außerdem eine Grundsteuer auferlegt. Der Kleinadel wurde demnach finanziell geschwächt, ihre Einnahmen verringerten sich, vermehrt wurden Kleinadelige in die Beamtschaft aufgenommen. Ihre Besitze gingen daraufhin teilweise in jüdische Hand, woraufhin sich der Hass gegenüber dem Judentum verschärfte. Neben diesem Motiv war auch eine Fluchtwelle von jüdischen Immigrant_en_innen aus dem Osten im ausgehenden 19. Jahrhundert Grund für vermehrten Antijudaismus.¹⁶⁵

Einer der führenden Persönlichkeiten des ungarischen Antijudaismus im ausgehenden 19. Jahrhundert war Viktor Istóczy. Er war der erste ungarische Politiker, der den Antisemitismus offen im ungarischen Parlament vertrat. Er forderte vom Innenminister unter anderem die Immigration der „Ostjuden“ zu stoppen, da diese die Ungar_n_innen überfluten würden. Dies war der Anfang des politischen Antisemitismus in Ungarn. Istóczy trat immer wieder öffentlich auf, tat seine Einstellung kund und forderte vermehrt die Ausweisung von Jüdinnen und Juden aus Ungarn. Da seine Vorschläge nicht angenommen wurden, versuchte er sich außerhalb des Parlaments zu behaupten.

¹⁶³ Vgl. ebenda, 17-27.

¹⁶⁴ Ebenda, 31.

¹⁶⁵ Vgl. ebenda, 30-32.

Die Krise in den 1870er Jahren kam ihm dabei sehr zugute. Er gründete 1878 das Wochenblatt „*Jövönk*“¹⁶⁶, später eine Monatszeitschrift „*12 röpirat*“¹⁶⁷, welche antisemitische Hetze betrieb. Darüber hinaus konnte er einige seiner Kollegen im Parlament für seine Ideologie gewinnen (Iván Simonyi, Gézá Ónody, Gyula Verhovy). Ab der Mitte der 1880er Jahre wurde die Bewegung immer radikaler und stärker.¹⁶⁸

Neben Istóczy war auch Iván von Simonyi ein großer Antisemit im Ungarn des ausgehenden 19. Jahrhunderts. 1875 gründete er unter anderem die deutschsprachige Zeitung „*Westungarischer Grenzbote*“¹⁶⁹. 1878 wurde er dann bereits Abgeordneter im ungarischen Reichstag. Er war antiliberal und stand für eine Ständegesellschaft.¹⁷⁰

Durch den angeblichen Ritualmord eines jungen Mädchens am Tag vor dem jüdischen Osterfest erreichte der Hass gegen das Judentum erneute Höhen – vor allem weil Gerüchte sich häuften, das Mädchen sei von einem Juden getötet worden, was sich schlussendlich als unwahr herausstellte.¹⁷¹

Nach dem Prozess von Tisza-Eszlár¹⁷² häuften sich antijüdische Handlungen in Ungarn. In Budapest kam es kurz danach zu blutigen Kämpfen zwischen Jüdinnen und Juden und Antisemit_innen. Jüdische Wohnungen, Geschäfte und Synagogen wurden zerstört. Der Prozess kam Istóczy bei der Gründung der Partei dann zugute. Sie nannte sich „*Unabhängigkeitspartei*“¹⁷³ und war vor allem bei ungarischen Studierenden beliebt. Er gab im Oktober 1883 ein Parteiprogramm heraus, welches antisemitische Vorhaben beinhaltete und vor allem die Unterschichten ansprechen sollte, die von den „kapitalistischen Jüdinnen und Juden“ bedroht sein würden. Darüber hinaus konnte die Partei durch die Agrarkrise der 1870er Jahre Stimmen von Groß-, Mittel- und Kleingrundbesitzern sammeln. Antisemitische Parolen wie „*Schlag den Juden*“¹⁷⁴ wurden nicht selten propagiert, Jüdinnen und Juden wurden für jedwede Probleme

¹⁶⁶ Ebenda, 35.

¹⁶⁷ Ebenda, 35.

¹⁶⁸ Vgl. ebenda, 36-38.

¹⁶⁹ Ebenda, 37.

¹⁷⁰ Vgl. ebenda, 37.

¹⁷¹ Vgl. ebenda, 39-42.

¹⁷² Notiz: Der ungarische Historiker György Kövér hat zur Affäre von Tisza-Eszlár 2011 ein Werk (in ungarischer Sprache) mit dem Titel „A tiszaezlári dráma“ publiziert.

¹⁷³ Enzenberger, Der Antisemitismus in Ungarn, 80.

¹⁷⁴ Ebenda, 83.

verantwortlich gemacht. Die Wahl im Juni 1884 war dann wiederum ein Misserfolg für die Antisemitische Partei, die dabei nur 17 Mandate erreichte.¹⁷⁵

Danach erfuhr der Antisemitismus in Ungarn eine Krise, Kaiser Franz Joseph stand dafür, „[...] die Agitationen zwischen Konfessionen, Rassen und Gesellschaftsschichten [zu] beenden.“¹⁷⁶ Die 1880er Jahre beendeten den politischen Antisemitismus in Ungarn jedoch nur oberflächlich. Im Untergrund wurde die antijüdische Haltung weiterhin ausgetragen, bis zum Ersten Weltkrieg, im Rahmen dessen es zu neuen Höhepunkten kam.¹⁷⁷

Gegen Ende des 19. Jahrhunderts hatte Kálmán Tisza, ein Liberaler, die Regierungsgeschäfte in Ungarn über. In den 1890er Jahren kam es zu vermehrten nationalen und sozialen Konflikten und auch die Politik war von Veränderungsprozessen betroffen. Die Liberalen bekamen daraufhin Druck von politischen Gegnern und sozialen Gruppen, außerdem formierte sich allmählich der Nationalismus, wobei die Ungarn dabei immer wieder in Konflikt mit anderen Nationalitäten gerieten, da die Rumänen und Südslawen beispielsweise mehr Freiheit forderten. Außerdem formierte sich eine Arbeiter_innenschaft, welche sich für Belange der Industriearbeiter_innen, über Arbeitszeiten und Versicherungen der Arbeiter_innenschaft einsetzte. Neben sozialdemokratischen Bewegungen formierte sich auf der anderen Seite ein konservatives Lager, dessen Vertreter vor allem „[...] die Konservierung der traditionellen Hierarchie der ungarischen Gesellschaft auch im Zeitalter des Kapitalismus anstrebten.“¹⁷⁸ Kern dieser Bewegungen war die „Nemzeti Párt“¹⁷⁹. All die konservativen Gruppierungen waren antiliberal und antisemitisch angestellt.¹⁸⁰

Neben der Feindschaft Jüdinnen und Juden gegenüber, hat auch der Antiziganismus in Ungarn eine bereits lange Geschichte. Bereits seit dem 17. Jahrhundert, so Benz, werden Roma in Ungarn verfolgt und gebrandmarkt. Zudem wurden sie als rechtlos und kriminell stilisiert. „Die Modernisierung der neuzeitlichen Gesellschaft und die Ausbildung von Territorialstaaten machten sie zu Randständigen, die als Illegale, als Räuber definiert

¹⁷⁵ Vgl. ebenda, 79-84.

¹⁷⁶ Ebenda, 84.

¹⁷⁷ Vgl. ebenda, 84f.

¹⁷⁸ Rolf Fischer, Entwicklungsstufen des Antisemitismus in Ungarn 1867-1939. Die Zerstörung der magyarisches-jüdischen Symbiose. (München 1988), 94.

¹⁷⁹ Ebenda, 94.

¹⁸⁰ Vgl. ebenda, 93f.

wurden [...]“¹⁸¹ So rutschten sie zunehmend in die Armut ab, ihnen wurden Berufsverbote erteilt, sowie die Sprache verwehrt. Die Vorurteile und Ressentiments Roma gegenüber wurden salonfähig.¹⁸²

Neben der Feindschaft Minderheiten gegenüber etablierte sich in Ungarn in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts außerdem ein stark nationalistischer Gedanke – vor allem ab dem Ausgleich 1867. Die Ablehnung gegenüber dem Westen, den Liberalen und Kapitalisten wurde größer. Der völkische Gedanke hatte sich etabliert, die magyrische Nation sollte demnach geschützt werden, wobei man hierbei wieder auf ethnische Minderheiten zu sprechen kommt, welche diesen völkischen Gedanken verwerfen würden und die Entwicklung einer ethnisch-homogenen Gesellschaft stören würden.¹⁸³

Jerzy Kochanowski zitiert in diesem Zusammenhang in seinem Werk Carlo Sforza, wenn er sagt:

*„Es ist typisch für die alte Aristokratie Ungarns seit der Französischen Revolution, daß sie stets für ihre eigene Unabhängigkeit gekämpft hat, auf Kosten der Freiheit aller anderen. Ein rücksichtsloser, untransnationalistischer Egoismus [...] ist charakteristisch für die erblichen Beherrscher des Landes [...]“*¹⁸⁴

4.7.4 Die beiden Weltkriege in Ungarn

Nach dem Ersten Weltkrieg und dem Vertrag von Trianon verlor Ungarn circa zwei Drittel des ehemaligen Staatsgebietes. Dieses „Trauma von Trianon“ ist sicherlich prägend für diese Zeit und wird heute noch politisch instrumentalisiert. In den ersten Jahren des Großen Krieges war der Antijudaismus in Ungarn in den Hintergrund getreten. Erst mit zunehmenden wirtschaftlichen Missständen, wie Inflation und Versorgungsproblemen, wurden wiederum die Jüdinnen und Juden dafür verantwortlich gemacht. 1918 steigerte sich diese Antipathie erneut, wiederum durch einen Artikel

¹⁸¹ Benz, Sinti und Roma: Die unerwünschte Minderheit, 84.

¹⁸² Vgl. ebenda, 83-85.

¹⁸³ Vgl. Magdalena Marsovszky, Geschlossene Gesellschaft. Zu den ideologischen Hintergründen der völkischen Entwicklung in Ungarn. In: Andreas Koob, Holger Marcks, Magdalena Marsovszky (Hg.), Mit Pfeil, Kreuz und Krone. Nationalismus und autoritäre Krisenbewältigung in Ungarn. (Münster 2013), 14f.

¹⁸⁴ Jerzy Kochanowski, Horthy und Pilsudski. Vergleich der autoritären Regime in Ungarn und Polen. In: Erwin Oberländer (Hg.), Autoritäre Regime in Ostmittel- und Südosteuropa. 1919-1944. (Paderborn 2001), 30

eines bekannten Antisemiten (Prohászka), der gegen die jüdische Bevölkerung Hetze betrieb. Die antisemitische Stimmung machte sich in ganz Ungarn breit.¹⁸⁵

Nach dem Ersten Weltkrieg und der Niederlage der Habsburgermonarchie – und somit auch Ungarns – wurde das Land unabhängig. Eine Räterepublik wurde ausgerufen, die sich jedoch nur bis 1. August 1919 halten konnte. Die Landwirt_innen und Arbeiter_innen waren unzufrieden mit der politischen Situation und stürzten den Kommunismus. Konservative kamen daraufhin an die Macht, welche die Politik erneut nach Vorbild der soeben auseinanderbrechenden Monarchie ausrichten wollten. Im Unterschied zur Politik der ehemaligen Liberal-Konservativen war die Politik nach dem Krieg radikaler und mehr nach rechts gerichtet. Vorbild für die weiteren Entwicklungen in Ungarn war in den 1920er Jahren die Machtübernahme Mussolinis in Italien, mit dem man bald ein Freundschaftsbündnis schloss. Auch die Weltwirtschaftskrise war, wie in allen anderen europäischen Ländern, bestimmend für die politischen Entwicklungen des Landes. Der Unmut gegen die Regierung wuchs unter der Bevölkerung, eine Opposition formierte sich. 1932 übernahm dann nach zwei liberal-konservativen Regierungen Gyula Gömbös die Geschäfte, er vertrat die sogenannte Mittelschicht und war für seinen radikalen Nationalismus bekannt geworden. Durch ihn verstärkten sich die Kontakte zu Italien nochmals, 1933 traf er erstmals auf Adolf Hitler, woraufhin er die Politik des Landes immer mehr nach nationalsozialistischem Vorbild abstimmte. Vor allem erhoffte man sich in Ungarn die Revision des Friedens von Trianon, das mit deutscher Hilfe gelingen sollte.¹⁸⁶

Gömbös war in seiner Rhetorik stets den faschistischen und nationalsozialistischen Parolen nahe, verwirklichte aber von seinen groß angelegten Reformen in Wirtschaft und Gesellschaft nahezu nichts und starb 1936. Der „Anschluss“ von Österreich an das Deutsche Reich 1938 hatte auch Auswirkungen auf Ungarn. Extremistische und nationalistische Gruppierungen wurden gestärkt, vor allem die „Judenfrage“ wurde vermehrt in ihren Fokus gerückt. Im Juli desselben Jahres erschien erstmals ein Entwurf zu einem Judengesetz, welches die gesellschaftliche und ökonomische Diskriminierung

¹⁸⁵ Vgl. Fischer, Entwicklungsstufen des Antisemitismus in Ungarn, 116-123.

¹⁸⁶ Vgl. Gyula Borbándi, Der ungarische Populismus. (Mainz 1976), 11-28.

der ungarischen Jüdinnen und Juden vorsah. 1939 waren die letzten Wahlen vor dem Krieg, die „Partei des Ungarischen Lebens“ gewann.¹⁸⁷

In der Zwischenkriegszeit wurde der Antisemitismus in Ungarn somit nicht abgeschafft und die politischen Machthaber stützten sich vor allem auf antisemitische Parolen. Dabei sind vorwiegend Namen wie Friedrich, Huszár, Simonyi-Semadam, Teleki, Bethlen und Horthy zu nennen.¹⁸⁸

Daneben gab es in Ungarn während des Zweiten Weltkriegs zahlreiche nationalsozialistische Parteien (Pfeilkreuzlerpartei, Vereinigte Ungarische Nationalsozialistische Partei, etc.). Pál Teleki, der neue Regierungschef, hielt zwar das Bündnis zu Deutschland, verfolgte jedoch eine neutralere Politik im Rahmen des Krieges und unterstützte das Deutsche Reich bei Kriegsausbruch in Polen nicht. Er verbesserte die Beziehungen zur Sowjetunion und verhandelte außerdem mit Jugoslawien. Als die deutschen Truppen durch Ungarn Richtung Jugoslawien marschierten, wählte Teleki aufgrund von politischer Handlungsunfähigkeit den Freitod.¹⁸⁹

Im Verlauf des Zweiten Weltkriegs stand Ungarn dann an der Seite Hitlers, wobei dazu gesagt sei, dass Ungarn keineswegs ein faschistischer Staat war. Opposition war, anders als bei den anderen Verbündeten Deutschlands, erlaubt. Jüdinnen und Juden wurden zwar zunehmend diskriminiert und entrechtet, jedoch nicht in dem Ausmaß verfolgt, wie dies im Deutschen Reich zu beobachten war. Im März 1944 kam es jedoch zu einer Wende. Deutsche Truppen marschierten in Ungarn ein und besetzten das Land. Daraufhin wurde Minister Kállay abgesetzt, Reichsverweser Horthy blieb und formierte eine neue Regierung mit Vertretern aus rechten und rechtsextremen Parteien. Der radikale Antisemitismus und die Verfolgung der Jüdinnen und Juden, die zuvor in Ungarn noch einen Zufluchtsort sahen, etablierten sich dort. Auch Flüchtlinge aus Polen, Frankreich, England, Belgien und Holland, denen man zuvor Asyl und Schutz versicherte, bekamen mit der Besetzung keine weiteren Hilfeleistungen mehr. Die Opposition und Gegner_innen wurden verboten und aufgelöst, Zeitungen ebenso verboten, die Presse gleichgeschaltet. Horthy beschloss dann mit zunehmender Kriegsmüdigkeit und vergeblicher Hoffnung auf deutsche Hilfe, den Krieg beenden zu wollen. Er wandte sich

¹⁸⁷ Vgl. ebenda, 11-28.

¹⁸⁸ Vgl. Fischer, Entwicklungsstufen des Antisemitismus in Ungarn, 155.

¹⁸⁹ Vgl. Borbándi, Der ungarische Populismus, 11-28.

wieder an die Sowjets und trennte sich von Deutschland. Im Oktober 1944 wurde ein Waffenstillstand mit der Sowjetunion vereinbart.¹⁹⁰

Die Folge war eine erneute Besetzung durch Hitler und dessen Ernennung einer neuen Regierung der Pfeilkreuzlerpartei. Die Radikalisierung und Ausgrenzung gegen jegliche Andersdenkende verschärfte sich erneut, als die Macht in die Hand der ungarischen Nationalsozialisten kam. Die Rote Armee gelangte jedoch immer näher an die ungarischen Grenzen und am 13. Februar 1945 gelang es den Sowjets, Budapest einzunehmen. Daraufhin wurde erneut ein Waffenstillstand mit den Alliierten vereinbart. Die Pfeilkreuzler gingen daraufhin nach Österreich und arbeiteten dort unter Schutz der Nationalsozialisten weiter. Der Krieg war in Ungarn zu Ende und die Zeit des Antifaschismus und der Demokratie sollte einsetzen.¹⁹¹

Der völkische Gedanke konnte jedoch auch nach dem Krieg, trotz des einsetzenden Sozialismus, nicht aufgegeben werden. Auch die sozialistischen Regierungen der Nachkriegsjahre vertraten den nationalistischen Weg – wenn auch in einem anderem Kontext.¹⁹²

4.7.5 Das Horthy-Regime

Als Demagoge und Populist des 20. Jahrhunderts kann für Ungarn Miklós Horthy genannt werden. Er war von 1920-1944 Reichsverweser und führte ein autokratisches System ein. Er vertrat eine diskriminierende und radikale Ausrichtung des Antijudaismus, Assimilation wurde abgelehnt und Dissimilation praktiziert. Immer häufiger wurden antisemitische Maßnahmen getätigt, die die Stellung der Jüdinnen und Juden in Ungarn nochmals verschlechterten. Vielen wurde ihre Tätigkeit beispielsweise als Lehrer_innen oder Student_en_innen verboten, darüber hinaus wurden Anträge zur Erteilung einer Konzession – zum Beispiel zur Führung von Gaststätten, Theater oder Trafiken – abgelehnt.¹⁹³

¹⁹⁰ Vgl. ebenda, 11-28.

¹⁹¹ Vgl. ebenda, 28-30.

¹⁹² Vgl. Marsovszky, Geschlossene Gesellschaft. In: Koob, Marcks, Marsovszky (Hg.), Mit Pfeil, Kreuz und Krone, 15f.

¹⁹³ Vgl. Fischer, Entwicklungsstufen des Antisemitismus in Ungarn, 155-161.

Nach dem Ersten Weltkrieg, der verloren war, wurde nach kurzlebiger Räterepublik die Monarchie von Horthy wieder hergestellt – jedoch ohne König – dafür mit ihm als Reichsverweser. Horthy konnte auch aufgrund der, durch den Vertrag von Trianon, verlorenen Gebiete große Erfolge bei nationalistischen Bewegungen feiern und stand deshalb für eine Revision. Er stand dem Nazi-Regime positiv gegenüber, vor allem was den Antisemitismus und die Außenpolitik betraf. In den 1930er Jahren kam es zudem auch zu zahlreichen Besuchen bei Hitler und Göring, 1938 wurde Horthy dann vom deutschen Diktator mit Gebietsrückgaben belohnt. Ab 1941 hatte sich die grausame Verfolgung und Vernichtung der Jüdinnen und Juden auch in Ungarn etablieren können. Der Antisemitismus wurde salonfähig und sogar rechtlich geregelt, Rassegesetze, ähnlich den Nürnberger Gesetzen, wurden verabschiedet.¹⁹⁴

1944 wollte Horthy seinen Kurs allmählich ändern, die „Endlösung der Judenfrage“ war ihm zu radikal geworden. Kurzerhand entschloss er sich, einen Frieden mit den Sowjets zu schließen. Der Plan wurde jedoch von den Pfeilkreuzlern unter Ferenc Szálasi durchquert, welche die Macht im Oktober desselben Jahres übernahmen. Die Anlehnung an Hitler-Deutschland und an die NSDAP wurde noch stärker. Jüdinnen und Juden sowie Roma wurden aus Ungarn in die Massenvernichtungslager des Deutschen Reiches deportiert und ermordet. Die Rote Armee konnte Budapest zwar im ausgehenden Jahr 1944 erreichen, die Stadt wurde jedoch zum blutigen Kriegsschauplatz. Szálasi wurde nach dem Krieg hingerichtet, Horthy hingegen kam frei und starb 1957 in Portugal.¹⁹⁵

4.7.6 Nachkriegsentwicklungen

Nach dem für Ungarn verlustreichen Zweiten Weltkrieg etablierten sich in Ungarn linke beziehungsweise linksorientierte Parteien. Daneben bestand die Alliierte Kontrollkommission der Sowjets. Nach sowjetischem Vorbild sollte nunmehr die ungarische Politik ausgerichtet werden. Was die Nationalitätenpolitik betraf, so wurden alle Ungarndeutschen als Faschist_en_innen behandelt, viele in Arbeitslager gebracht, alle anderen Minderheiten (Serb_en_innen, Rumän_en_innen, Slowak_en_innen,

¹⁹⁴ Vgl. Sueddeutsche.de, Ungarn 1920 bis 1945. Wie sich eine Monarchie zum Nazi-Staat wandelte (17.07.2012), online unter: <<http://www.sueddeutsche.de/politik/ungarn-bis-wie-eine-monarchie-zum-nazi-staat-mutierte-1.1414357-2>> (28.03.2017).

¹⁹⁵ Vgl. ebenda (28.03.2017).

Kroat_en_innen, Slowen_en_innen), die nicht-deutscher Herkunft waren, wurden hingegen geduldet, indem sie eigene Volksgruppengesetze bekamen.¹⁹⁶

1949 wurde in Ungarn eine neue Verfassung nach Vorbild der Sowjetunion erlassen. Bis 1953 praktizierte Ungarn dann unter Rákosi einen stalinistischen Politikstil. Nach Stalins Tod lenkte der neue Ministerpräsident Imre Nagy das Land in eine etwas gemäßigtere und liberalere Richtung, zwei Jahre später wurde Nagy jedoch wieder abgesetzt. Im selben Jahr wurde Ungarn Gründungsmitglied des Warschauer Paktes. Nur ein Jahr später, 1956, kam es unter Nagy zu einem Volksaufstand, der jedoch von den Sowjets wiederum niedergeschlagen wurde, Nagy wurde daraufhin gehängt. In der Folge wurde János Kádár („Kádárismus“) als Vorsitzender der Ungarischen Sozialistischen Arbeiterpartei (USAP) zum neuen Staatschef erklärt. 1989 begann der Eiserne Vorhang zu fallen, die USAP zerbrach, Ungarn rief die Republik aus und proklamierte erneut eine Verfassung.¹⁹⁷

¹⁹⁶ Vgl. Loránt Tilkovszky, Minderheiten in der Innenpolitik Ungarns in den ersten Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg. In: Arnold Suppan, Elisabeth Vyslonzil, Othmar Kolar, Valeria Heuberger (Hg.), Nationen, Nationalitäten, Minderheiten. Probleme des Nationalismus in Jugoslawien, Ungarn, Rumänien, der Tschechoslowakei, Bulgarien, Polen, der Ukraine, Italien und Österreich 1945-1990. (Wien 1994), 115-121.

¹⁹⁷ Vgl. Homepage Demokratiezentrum Wien, Ungarn im 20. Jahrhundert, online unter: <<http://www.demokratiezentrum.org/wissen/timelines/ungarn-im-20-jahrhundert.html>> (04.04.2017).

5. Die FPÖ

Vorerst erfolgt in wenigen Worten ein historischer Längsschnitt über die Entwicklung der Freiheitlichen Partei Österreichs, da dies für den Kontext der Arbeit essenziell ist und aufzeigt, inwiefern sich die Parteilinie und insbesondere die Politik verändert haben, welche populistischen Merkmale die Politik der FPÖ seit den ausgehenden 1980er Jahren trägt und wie es zum Aufstieg ab den 1990er Jahren kam.

5.1 Historischer Längsschnitt der Parteientwicklung

Unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg gründete man in Österreich im Jahr 1949 den Verband der Unabhängigen (VdU). Personell besetzt war diese Partei hauptsächlich von vormaligen Nationalsozialisten, dies sieht man am Beispiel Anton Reinthaler, der erste Obmann des VdU, der ein bekennender Nationalsozialist des Dritten Reiches war. 1955 entstand aus dem VdU die FPÖ, daraus wiederum eine radikalere Abspaltung – die Nationaldemokratische Partei (NDP), die jedoch in den 1980er Jahren verboten wurde. Zudem spaltete sich 1993 der liberale Flügel der Partei ab und formierte sich im Liberalen Forum (LiF). Die Freiheitlichen waren in Österreich in den ersten Jahrzehnten ihres Bestehens eher unbedeutend und verzeichneten keine bedeutenden Wahlerfolge. 1986 übernahm dann Jörg Haider die Parteiobmannschaft. Vor Haider schloss sich die SPÖ 1983 mit der FPÖ in einer Minderheitsregierung zusammen. Zur Jahrtausendwende schlossen sich die Freiheitlichen dann mit der Volkspartei in einer Koalition, unter der Kanzlerschaft Wolfgang Schüssels, zusammen, die zwei Jahre später jedoch aufgrund interner Konflikte über den Politikkurs wieder aufgelöst wurde. Daraufhin kam es zur Bildung des Kabinetts Schüssel II, die FPÖ stellte dabei nur noch drei (zuvor sechs) Minister. Auf Landesebene hingegen verzeichnete die Partei bereits in den ausgehenden 1980er Jahren Erfolge und stellte (vor allem in Kärnten) mehrmals den Landeshauptmann.¹⁹⁸

Interessant zu beobachten ist hierbei der Aufstieg der Partei in den 1990er Jahren. Fritz Plasser und Peter A. Ulram publizierten seit den ausgehenden 1990er Jahren vermehrt über das Wahlverhalten der Österreicher_innen. Einer der ihnen zufolge markantesten

¹⁹⁸ Vgl. Oliver Geden, Diskursstrategien im Rechtspopulismus. Freiheitliche Partei Österreichs und Schweizerische Volkspartei zwischen Opposition und Regierungsbeteiligung. (Wiesbaden 2006), 64-66.

Trends diesbezüglich war der eben erwähnte Aufstieg der Freiheitlichen im ausgehenden 20. Jahrhundert, was sie auch mit „Blue Collar-Realignment“¹⁹⁹ (zu Deutsch „Umorientierung der Arbeiter_innenschaft“) bezeichnen. Die Zeit des klassengebundenen Wählens und die lange Vorherrschaft der Großen Koalition seit der Zweiten Republik (mit wenigen Ausnahmen) schienen vorbei zu sein. In Österreich war ein Trend in Richtung tripolares System mit nahezu drei gleichstarken Parteien zu beobachten. Zu begründen ist dies mit mehreren Faktoren: Einerseits sind hierbei sich verändernde Entwicklungen im Arbeiter_innensegment zu beobachten, wie beispielsweise Wettbewerbsdruck in Zusammenhang mit Internationalisierung, was sich sicherlich auf die Situation der Arbeiter_innen auswirkte. Die FPÖ konnte dies geschickt mittels einer Politik der Angstmache und des Schürens von Ressentiments für einen Zugewinn an Wähler_n_innen aus der Arbeiter_innenschicht nützen. Damit verbunden sind auch gewisse Wertehaltungen, wonach eben jene Arbeiter_innenschaft seit geraumer Zeit eher zur Wahl von rechtsstehenden und autoritären Parteien tendieren. Daneben ist ungefragt auch die These der Transformationsverlierer_innen infolge von fortschreitender Internationalisierung und Digitalisierung zu nennen. Von der FPÖ wurden in den 1990er Jahren auch diesbezüglich Abstiegsängste innerhalb des Arbeiter_innenmilieus aktiviert, was wiederum insbesondere mit dem Ausländer_innenthema (man bedenke die Krisenherde am Balkan zu dieser Zeit und die damit im Zusammenhang stehenden Flüchtlingsbewegungen) konnotiert wurde.

Plasser, Ulram und Seeber meinen weiters, dass sich in den 1990er Jahren viele junge Männer eher mit Jörg Haider und dessen Erscheinungsbild identifizieren konnten, als mit den Persönlichkeiten der SPÖ und ÖVP. Nach dem Jahr 2002 sollte sich dieser Trend kurzzeitig wieder umkehren, wobei dann viele FPÖ-Wähler_innen (vormalige SPÖ-Wähler_innen) zur ÖVP gewandert sind.²⁰⁰ Nach der Niederlage von 2002 konnte sich die Partei dann nur langsam wieder auf Augenhöhe mit den beiden Großparteien bringen. Mit den bereits genannten Themen konnte die FPÖ dann unter Strache ab 2008

¹⁹⁹ Fritz Plasser, Gilg Seeber, Peter A. Ulram, Erdbebenwahlen: Momentum, Motive und neue Muster im Wahlverhalten. In: Fritz Plasser, Peter A. Ulram (Hg.), Wahlverhalten in Bewegung. (Wien 2003), 123.

²⁰⁰ Vgl. ebenda, 125-129.

wieder kontinuierliche Erfolge feiern.²⁰¹ Mit welchen Mitteln und unter welchen Umständen dies geschah, wird im nachfolgenden Kapitel 6 noch genau erörtert.

Im Jahr 2008 verstarb der zu diesem Zeitpunkt bereits Vorsitzende des Bündnis Zukunft Österreich (BZÖ) Jörg Haider aufgrund eines Autounfalls. Das BZÖ war von ihm aufgrund parteiinterner Konflikte in der FPÖ 2005 gegründet worden und war den Freiheitlichen inhaltlich sehr ähnlich, im Gegensatz zu diesen jedoch bekannte sich das BZÖ zur Regierungsarbeit und war in seiner Wortwahl etwas gemäßiger. Politisch erfolgreich war das Bündnis jedoch nur mäßig. Das beste Wahlergebnis verzeichnete Haider mit seiner Partei bei der Nationalratswahl im Jahr 2008, bei der diese knapp 11% erreichte.²⁰²

Nachdem Haider die Freiheitlichen im Jahr 2005 verließ, folgte ihm Heinz Christian Strache als Parteiobmann, der diese bis dato leitet. In der Opposition sitzend bringt dieser die Partei, trotz der skandalträchtigen Regierungsbeteiligung von 2000 – 2005, kontinuierlich auf gute Ergebnisse. Der größere Populist der beiden war sicherlich Jörg Haider, Tóth meint auch, dass Strache das Charisma Haiders fehle, trotzdem gelingt es ihm, immer mehr Wähler_innenstimmen zu akquirieren. Im Jahr 2008 erreichte die FPÖ unter Strache bei der Nationalratswahl bereits nahezu 18%, fünf Jahre später bereits knapp über 20%, für die anstehenden Wahlen im Herbst 2017 erwartet man ein neuerliches Spitzenergebnis.²⁰³ Derzeit (Stand 05/2017) scheint der Parteichef zwar etwas in die Krise geraten zu sein, was insbesondere an der Tatsache liegen könnte, dass ihm die Persönlichkeiten der Großen Koalition, jetzt insbesondere Sebastian Kurz, die Strahlkraft und auch die Themen wegnehmen. Erweisen wird sich dies jedoch erst bei den anstehenden Nationalratswahlen.

Die beiden wohl größten Demagogen der Freiheitlichen waren beziehungsweise sind die eben bereits genannten Persönlichkeiten Jörg Haider und sein Nachfolger Heinz-Christian Strache. Folglich möchte ich für eine verständliche Kontextualisierung auf deren vorpolitische Erfahrungen umrisshaft eingehen.

²⁰¹ Notiz: mehr zu den Wähler_innenströmen und Wahlanalysen auf der Homepage von SORA, Vgl. Homepage SORA, Wahlanalysen, online unter: <http://www.sora.at/themen/wahlverhalten/wahlanalysen.html> (21.05.2017).

²⁰² Vgl. Barbara Tóth, Am mächtigsten in der Opposition: Die FPÖ in Österreich. In: Ernst Hillebrand (Hg.), Rechtspopulismus in Europa. Gefahr für die Demokratie? (Bonn 2015), 59f.

²⁰³ Vgl. Ebenda, 60f.

5.1.1 Jörg Haider

Der gebürtige Oberösterreicher Jörg Haider studierte nach der Schulzeit Rechtswissenschaften an der Universität Wien. Seine Nähe zur rechten Szene manifestierte sich unter anderem, als er 1970 Obmann des Ring Freiheitlicher Jugend (RFJ) wurde. In den weiteren Jahren kam er dann bereits mit der FPÖ in Kontakt, in der er auch bald Nationalratsabgeordneter und später Landeshauptmann Kärntens wurde.²⁰⁴

Seine durchwegs deutschnationale Gesinnung erfuhr der junge Haider, Haserer zufolge, durch sein Elternhaus. Sein Vater kämpfte im Zweiten Weltkrieg an der West- und Ostfront für das Deutsche Reich, einige Jahre nach dem Krieg wurde er Parteisekretär in der FPÖ. Jörg Haider war neben der Obmannschaft im RFJ als Kind und Jugendlicher bereits Mitglied in Turnvereinen (die zu damaliger Zeit teilweise deutschnationaler Gesinnung waren) sowie in der Burschenschaft „Albia“. Mit 16 gewann er seinen ersten Redewettbewerb, was wiederum sein rhetorisches Geschick für später erkennen ließ. Als 22-Jähriger übernahm Haider dann bereits einen Posten im Bundesvorstand, 1976 wurde er Kärntner Landesparteisekretär und schließlich Landeshauptmann (bis zu seinem Tod). Geführt hat er die FPÖ als Obmann von 1986 bis zur Jahrtausendwende.²⁰⁵ Haider machte sich als Demagoge und Populist auch außerhalb Österreichs einen Namen, die Zeit des zunehmenden Rechtspopulismus wird in der Literatur oftmals auch als „*Verhaiderung*“²⁰⁶ bezeichnet. Warum es Haider ausgerechnet nach Kärnten verschlagen hatte, muss Haserer zufolge unbeantwortet bleiben, er stellt jedoch die Hypothese auf, dass im südlichsten Bundesland der Alpenrepublik die deutschnationale Gesinnung am weitesten ausgeprägt war und begründet dies wiederum mit den Nachwirkungen des Kärntner Abwehrkampfes nach dem Ersten Weltkrieg.²⁰⁷

Aufgrund zahlreicher interner Konflikte spaltete sich die FPÖ im Jahr 2005 und Jörg Haider gründete mit anderen Aussteiger_innen das BZÖ. Im Oktober ist Jörg Haider dann im Zuge eines Autounfalles verunglückt.

²⁰⁴ Vgl. Homepage Österreichisches Parlament, Dr. Jörg Haider (13.10.2008), online unter: <https://www.parlament.gv.at/WWER/PAD_00490/> (19.04.2017).

²⁰⁵ Vgl. Wolfgang Haserer, Der Rechtspopulist Jörg Haider. Eine Analyse seines politischen Erfolges in Österreich. (Diplomarbeit Universität München 2001), 7-10.

²⁰⁶ Werner A. Perger, Hoffnungsträger vor! Die Krise der liberalen Demokratie und die Suche der Linken nach starken Ideen und neuen Hoffnungsträgern wie Martin Schulz, Christian Kern und Emmanuel Macron. In: Falter 7 (2017), 10.

²⁰⁷ Vgl. Haserer, Der Rechtspopulist Jörg Haider, 10.

5.1.2 Heinz-Christian Strache

Heinz Christian Strache, der gebürtige Wiener mit böhmischen Wurzeln, besuchte ab dem Volksschulalter ein streng katholisches Internat in Wien, was Mittnik zufolge seine autoritäre Färbung erklären könnte. Als Jugendlicher absolvierte er eine Lehre als Zahntechniker, im Rahmen derer er durch seinen damaligen Arbeitgeber, Herbert Günter, mit Waffenstudentenverbindungen in Kontakt kam. Bald trat er der bekannten Burschenschaft „Vandalia“ bei. Zahlreiche Fotos der Vergangenheit, die von österreichischen Tageszeitungen veröffentlicht wurden, bezeugen seine Mitgliedschaft im rechten Milieu. So ist der jugendliche Strache beispielsweise bei Wehrsportübungen oder auf Veranstaltungen rechtsextremer Jugendverbindungen, wie etwa der „Wiking-Jugend“, zu sehen. Diese und weitere Skandale, wie etwa ein Foto, auf dem Strache scheinbar mit dem „Kühnen-Gruß“ zu sehen ist (im neonazistischen Milieu auch als Hitlergruß bekannt), attestierten dem jungen Strache in der Vergangenheit immer wieder eine Nähe zur rechtsextremen Szene. Er selbst bestritt diese Anschuldigungen immer wieder, wurde jedoch oftmals durch ehemalige Parteimitglieder beziehungsweise ehemalige Neonazis belastet.²⁰⁸

Strache ist nunmehr seit dem Jahr 2008 Parteiohmann der Freiheitlichen. Dabei ist es ihm gelungen, die Partei noch stärker zu positionieren als zu Zeiten Haiders. Die Politik unter Strache dreht sich vorwiegend um die Themen Asyl, Islam, Integration und Migration – wobei dies vorwiegend negativ konnotiert wird. Darüber hinaus ist sein politischer Kurs nationalistisch und patriotisch ausgelegt.²⁰⁹ Mehr zu den Aspekten rechtspopulistischer Politik der Haider- und Strache-FPÖ im folgenden Kapitel.

²⁰⁸ Vgl. Philipp Mittnik, Die FPÖ – eine rechtsextreme Partei? Zur Radikalisierung der Freiheitlichen unter HC-Strache. (Wien 2010), 49-53.

²⁰⁹ Vgl. ebenda, 54-59.

6. Rechtspopulismus in Österreich seit dem ausgehenden 20. Jahrhundert

Anhand der im Kriterienkatalog festgelegten Aspekte und Motive des Rechtspopulismus folgt im folgenden Kapitel eine Analyse bezüglich der Entwicklungen in Österreich seit den 1980er Jahren. Gemeinsam mit Kapitel 8 bildet dieses den Hauptteil der vorliegenden Diplomarbeit, weshalb nun detailliert auf rechtspopulistische Politik in Österreich eingegangen werden soll. Dabei ist vor allem das Spannungsfeld zwischen Populismus in der Opposition beziehungsweise Regierung für das Exempel Österreich herauszustreichen.

6.1 Diskreditierung der politischen Gegner_innen und Antiestablishment-Politik

Die Freiheitliche Partei Österreich ist seit ihrer Gründung (mit kurzzeitigen Ausnahmen) eine traditionelle Oppositionspartei, die vorgibt, den „kleinen Mann“ zu vertreten, und demnach gegen „die Oberen“, gegen „das Establishment“ und die Große Koalition hetzt, womit sie auch durchaus wahlpolitische Erfolge verzeichnet. Inwiefern sich die FPÖ der Strategie bedient, ihre politischen Gegner_innen zu diffamieren und sich dadurch in der Gesellschaft vermehrt eine Antiestablishment-Stimmung breit macht, soll im vorliegenden Kapitel beantwortet werden.

Interessant zu beobachten war in diesem Zusammenhang der Bruch Haiders von seiner Position als Oppositionspolitiker in die Regierungsbank. Laut Reisigl ist der Populismus in den Oppositionsreihen gekennzeichnet durch:

„[...] (1) ein starkes Misstrauen gegen «die da oben» [...], (2) ein undifferenziertes, vereinfachtes Gesellschaftsbild mit strikten Freund-Feind-Unterscheidungen [...], (3) eine starke Tendenz zu Personalismus und Personalisierung zum einen, zu Kollektivismus und assimilatorischer Identitätspolitik [...] zum anderen, (4) Agitation, Irrationalismus und Antiintellektualismus und (5) eine vordergründig

radikaldemokratische oder basisdemokratische Haltung zum einen, eine antidemokratische, autoritäre [...] Haltung zum anderen.“²¹⁰

Im Rahmen einer Regierungsbeteiligung, führt Reisigl weiters aus, müssen Rechtspopulist_en_innen die einen oder anderen Charakteristika ihres Politstils aufgeben beziehungsweise umgestalten. Vor allem betrifft dies die genannten Aspekte 1, 4 und 5. Bei der FPÖ war im Jahr 1999 genau dies der Fall. Die Freiheitlichen unter Haider machten sich in Österreich den Namen als „*Anti-Establishment-Partei*“²¹¹, die Große Koalition wurde von Haider als „*Konkordanzdemokratie*“²¹² bezeichnet. Als man dann jedoch eine Koalition mit der ÖVP einging und der ehemalige politische Gegner somit zum Partner wurde, suchte man andere Mittel und Wege, um Wähler_innenstimmen zu akquirieren. Das war unter anderem der Beginn des nationalpopulistischen Kurses der österreichischen Innenpolitik.²¹³

Durch den Verlust des „Feindes Nummer 1“ – das Establishment – musste sich die FPÖ andere Sündenböcke für ihre politischen Zwecke suchen. Das war einerseits die politische Opposition, andererseits aber auch die Europäische Union und der Westen – also die Vereinigten Staaten von Amerika sowie der Terrorismus – und damit fälschlicherweise in Verbindung gebracht – der Islam an sich, wie auch andere Religionen und Kulturen, die nicht der eigenen „christlich-abendländischen“ entsprechen. Dabei sei gesagt, dass Betonung der christlichen Werte in diesem Zusammenhang ein neues Phänomen der Freiheitlichen unter Haider und war.²¹⁴

Die Verunglimpfung der Eliten, der „Schickeria“, die Haider schon praktizierte, führte auch sein Nachfolger fort. Ein aktuelles Beispiel kommt aus dem Präsidentschaftswahlkampf zwischen Norbert Hofer und Alexander Van der Bellen, bei dem der Freiheitliche Hofer seinen Kontrahenten als Repräsentanten der „Schickeria“ und „Hautevolee“ bezeichnete. Generell verstanden die Freiheitlichen darunter die Eliten aus Politik, Wirtschaft und Kultur, die sich hinter Alexander Van der Bellen versammelt hatten. Da Norbert Hofer kaum prominente Persönlichkeiten hinter sich

²¹⁰ Martin Reisigl, *Oppositioneller und regierender Rechtspopulismus: Rhetorische Strategien und diskursive Dynamiken in der Demokratie*. In: Lars Rensmann, Susanne Frölich-Steffen (Hg.), *Populisten an der Macht. Populistische Regierungsparteien in West- und Osteuropa*. (Wien 2005), 58f.

²¹¹ Ebenda, 59.

²¹² Wirsching, *Demokratie und Globalisierung*, 130.

²¹³ Vgl. ebenda, 58f.

²¹⁴ Reisigl, *Oppositioneller und regierender Rechtspopulismus*. In: Rensmann, Frölich-Steffen (Hg.), *Populisten an der Macht*, 63.

hatte, instrumentalisierte die FPÖ diesen Umstand sogar für den Wahlkampf und positionierte Hofer als den Kandidaten des „kleinen Mannes“.²¹⁵

Strache selbst (und vieler seiner europäischen Kolleg_en_innen) praktiziert diese Art von Politik ganz offen. Im März diesen Jahres hetzte der Parteichef bei der traditionellen Aschermittwochsrede in Ried (zuvor zu Gast bei der AfD in Bayern) gegen die Regierungsparteien, womit Strache zufolge das Establishment gemeint ist. Die Vorwürfe lauteten unter anderem „Asylmissbrauch“ und „Rechtswidrigkeit“, darüber hinaus bezichtigte man die Regierung der Genehmigung „islamistischer Kindergärten“. Sebastian Kurz, der den Freiheitlichen zufolge sich selbst als „Ankündigungsriese“ vermarktet, sei hingegen ein „Umsetzungszwerg“. Weiters kritisiert wurde die derzeitige Nachahmung der FPÖ-Politik durch die beiden regierenden Parteien. Gegen Ende der Veranstaltung erfolgte dann noch der Appell Straches: *„Tauschen wir bitte diese Politiker aus.“*²¹⁶ Der Parteichef schreckt darüber hinaus auch nicht davor zurück, die Kolleg_en_innen anderer Parteien ins Lächerliche zu ziehen, indem er beispielsweise über den derzeitigen Kanzler Kern meinte: *„Das einzige, was noch dünner ist als seine Slim-Fit-Anzüge, das ist seine Politik. Dafür stellt er schöne Fotos ins Internet, wie er zum Beispiel in New York die Straße überquert.“*²¹⁷ Neben den Regierungsparteien stehen die Linken sowie die „Lügenpresse“ der „etablierten Medien“ (bevorzugt der ORF) in dessen Kritik.²¹⁸

6.2 Minderheitenpolitik

Insbesondere dem Thema Ausländer_innen, Minderheiten und Flüchtlinge widmet das Programm der FPÖ bereits seit Haider große Aufmerksamkeit. Als langjährige Oppositionspartei dominiert sie nunmehr seit geraumer Zeit die Migrations- und Integrationsdebatte der österreichischen Politik. Lange Zeit wurde diese Debatte von den Großparteien nicht wirklich aufgegriffen und wenn, dann vorwiegend unter dem Deckmantel der Sicherheit und weniger im Sinne einer ernsthaften Auseinandersetzung

²¹⁵ Vgl. Tóth, Auf zum rechten Gefecht. In: Falter 40/16, 10.

²¹⁶ Manfred Fesl, Strache in Ried: "Was ist dünner als Kerns Slim-Fit-Anzüge?" (02.03.2017), online unter: < http://diepresse.com/home/innenpolitik/5177201/Strache-in-Ried_Was-ist-duenner-als-Kerns-SlimFitAnzuege > (25.04.2017).

²¹⁷ Ebenda.

²¹⁸ Vgl. ebenda.

mit bildungs- und sozialpolitischen Fragen der Integration. Das Ergebnis davon war Tóth zufolge unter anderem die Tatsache, dass viele Menschen mit ausländischen Wurzeln, die bereits als dritte Generation in Österreich leben, vor allem was Bildung betrifft, nicht zufriedenstellend integriert werden konnten.²¹⁹ Die Diskussion rund um Flüchtlinge, Migrant_en_innen und Integration steht exemplarisch für die Politik der FPÖ, was im vorliegenden Kapitel etwas näher betrachtet werden soll.

Dabei spricht Rosenberger Österreich eine lange Tradition des gemeinsamen Miteinanders mit anderen Kulturkreisen, Sprachen und Religionen zu. Bereits im 19. Jahrhundert war die Stadt Wien „ein Schmelztiegel“ verschiedener Nationen. Seit den 1980er Jahren wird in Österreich jedoch eine Migrationspolitik betrieben, die polarisierend und ausgrenzend wirkt. Anfänglich waren es vor allem arbeitsmarktpolitische Debatten, da es sich bei den Migrant_en_innen der 1990er Jahre beziehungsweise zuvor vorwiegend um Gastarbeiter_innen handelte beziehungsweise Flüchtende aus Europa, wobei viele der Gastarbeiter_innen aus der Türkei einwanderten. Heute geht es neben dem Motiv der Arbeitslosigkeit und ökonomischen Konkurrenz aber auch vorrangig um religiöse Integrationsdebatten, da Migrations- und Fluchtbewegungen aus vorwiegend muslimischen Ländern stattfinden.²²⁰

Was die Minderheitenpolitik der FPÖ betrifft, so unterscheiden sich die beiden Persönlichkeiten Haider und Strache insofern, als es Haider mitunter auf die Gastarbeiter_innen und Flüchtlinge des ausgehenden 20. Jahrhunderts, aber eben auch auf Jüdinnen und Juden abgesehen hatte, was sicherlich auch an seiner deutschnationalen Gesinnung lag. In der Vergangenheit war er immer wieder durch seine antisemitischen Äußerungen aufgefallen. Dabei kam es nicht selten vor, dass er sich dabei auf den Nationalsozialismus bezog, indem er beispielsweise von „*ordentlicher Beschäftigungspolitik im Dritten Reich*“²²¹ sprach oder Konzentrationslager schlichtweg als Straflager etikettierte und somit verharmloste.²²²

Daneben verfolgte Haider, wie bereits erwähnt, eine harte Ausländer_innenpolitik, was sich unter anderem an dem von ihm vorgeschlagenen Volksbegehren mit dem Titel

²¹⁹ Vgl. Tóth, Am mächtigsten in der Opposition. In: Hillebrand (Hg.), Rechtspopulismus in Europa, 66f.

²²⁰ Vgl. Sieglinde Rosenberger, Migration als Spielball der Politik. In: Alumni Magazin der Universität Wien 2/2010. online unter: <file:///C:/Users/Sarah/Downloads/univie_012010.pdf> (24.04.2017), 11-17.

²²¹ Vgl. Tóth, Am mächtigsten in der Opposition. In: Hillebrand (Hg.), Rechtspopulismus in Europa, 62.

²²² Vgl. ebenda, 62f.

„Österreich zuerst“ aus dem Jahr 1993 zeigte, welches von mehr als 400.000 Österreicher_innen unterzeichnet wurde.²²³

Der Bruch von der Oppositionspartei hin zur Koalitionspartei manifestierte sich in Österreich besonders an Diskursen rund um die Minderheitenpolitik. Vor dem Regierungsantritt der FPÖ hatte das Schüren von Ängsten gegenüber Minderheiten und Zuwander_ern_innen noch höchste Priorität. In der Koalition mit der Volkspartei unter Schüssel war diese Art der Politik nicht mehr derart einfach zu praktizieren, da man sich oftmals mit dem Koalitionspartner einigen musste beziehungsweise den eigenen Willen nicht durchsetzen konnte und somit auch die Wähler_innen enttäuschen musste. Das Ergebnis dieser Misere war das Wahlergebnis der vorgezogenen Wahlen von 2002, bei dem die Freiheitlichen nur noch 10% der Stimmen erreichten.²²⁴

6.2.1 Antisemitismus

Für das Österreich des ausgehenden 20. Jahrhunderts kann wohl ohne Zweifel Jörg Haider als *der* Demagoge gegen Jüdinnen und Juden beziehungsweise das Judentum generell betrachtet werden. Schiedel und Neugebauer gehen davon aus, dass Haiders Antisemitismus auf drei Grundlagen basiert:

„[...] den Traditionen des völkischen oder deutschen Nationalismus [...], der Abwehr von Schuld und Erinnerung [...] und der Inszenierung Haiders als autoritärer Rebell, der auserwählt wurde, um die Menschen zu befreien [...].“²²⁵

Ihnen zufolge entstammt Haiders nationalistischer Gedanke aus dem Kreise der Burschenschaften, welche diesen wiederum im 19. Jahrhundert infolge der Napoleonischen Kriege ergründeten (bereits im beginnenden 19. Jahrhundert formierten sich Burschenschaften). Diese Bewegungen distanzieren sich bereits damals von anderen „Völkern“, insbesondere vom Judentum. Als sekundären Antisemitismus bezeichnen Schiedel und Neugebauer die Verharmlosung der NS-Zeit, die seitens der

²²³ Vgl. ebenda, 63f.

²²⁴ Vgl. Oliver Geden, Identitätskurs und politische Macht: Die rechtspopulistische Mobilisierung von Ethnozentrismus im Spannungsfeld von Oppositionspolitik und Regierung am Beispiel von FPÖ und SVP. In: Lars Rensmann, Susanne Frölich-Steffen (Hg.), Populisten an der Macht. Populistische Regierungsparteien in West- und Osteuropa. (Wien 2005), 76f.

²²⁵ Heribert Schiedel, Wolfgang Neugebauer, Jörg Haider, die FPÖ und der Antisemitismus. In: Anton Pelinka, Ruth Wodak (Hg.), „Dreck am Stecken“. Politik der Ausgrenzung. (Wien 2002), 11f.

Freiheitlichen nicht selten öffentlich kundgetan wird, wie etwa die Infragestellung der Gaskammern durch John Gudenus.²²⁶

Jörg Haider praktizierte seine Feindseligkeit Jüdinnen und Juden gegenüber eher indirekt und wohl überlegt. Hier ein Auszug antisemitischer Ressentiments von Jörg Haider:

23.02.2001 – Wahlkampf in Oberlaa:

„Der Häupl hat einen Wahlkampfstrategen, der heißt Greenberg. Den hat er sich von der Ostküste einfliegen lassen! Liebe Freunde, ihr habt die Wahl, zwischen Spinddoctor Greenberg von der Ostküste oder dem Wienerherz zu entscheiden!“²²⁷

Hierbei handelte es sich indirekt um eine antisemitische Äußerung Haiders. Dies ist erkennbar an der Begriffswahl „Ostküste“, womit man seit der Waldheim-Affäre das Judentum und ihre vermeintliche Machtstellung in ebendieser Gegend bezeichnete.²²⁸ Daneben steht der Begriff „Wienerherz“, womit der patriotische Gedanke Haiders zum Vorschein kommt.

28.02.2001 – Aschermittwochsrede in Ried/Innkreis:

„Der Herr Ariel Muzicant: I versteh überhaupt net, wie wann aner Ariel haßt, soviel Dreck am Stecken haben kann, des versteh i überhaupt net ober i man (Gelächter des Publikums) des is a andere Sache.“²²⁹

Mit dem ehemaligen Präsidenten der israelitischen Kultusgemeinde Wien, Ariel Muzicant, trat Jörg Haider mehrmals in Konflikt. Bering spricht im Zusammenhang mit der Aschermittwochsrede 2001 von einer namenpolemischen Aussage Haiders, also einer negativen Äußerung anhand des Namen eines Menschen.²³⁰

Die FPÖ unter Strache setzte den Kurs des Haider-Antisemitismus nicht in dem Ausmaß fort. Das mag wohl unter anderem daran liegen, dass das neue „Feindbild Nummer 1“

²²⁶ Vgl. Schiedel, Neugebauer, Jörg Haider, die FPÖ und der Antisemitismus. In: Pelinka, Wodak (Hg.), „Dreck am Stecken“, 11-19.

²²⁷ Ebenda, 84.

²²⁸ Vgl. Hans Rauscher, Haider spielt jetzt mit dem Antisemitismus. (01.03.2001), online unter: <<http://derstandard.at/496047/Haider-spielt-jetzt-mit-dem-Antisemitismus>> (11.04.2017).

²²⁹ Dietz Bering, Gutachten über den antisemitischen Charakter einer namenpolemischen Passage aus der Rede Jörg Haiders vom 28. Februar 2001. In: Anton Pelinka, Ruth Wodak (Hg.), „Dreck am Stecken“. Politik der Ausgrenzung. (Wien 2002), 173.

²³⁰ Vgl. ebenda, 173.

der Islam und somit Muslim_e_innen wurden. Tóth geht hierbei sogar von einer entgegengesetzten Entwicklung aus und sagt:

„Sogar historisch latent antisemitische Rechtsparteien wie die FPÖ haben ihre Vorurteile gegen Juden (zumindest offiziell) zurückgestellt – und treten jetzt als glühende Kämpfer für den Staat Israel auf, nach dem Motto: Der Feind meines Feindes ist mein Freund.“²³¹

6.2.2 Islamophobie

Wie oben schon erwähnt, bezog sich Haider und bezieht sich vor allem Straches Ausländer_innenpolitik vorwiegend auf den Islam und Menschen aus diesem Kulturkreis. Folgend werde ich die zentralsten Momente islamophober Politik seitens der FPÖ darstellen.

Der österreichische Politikwissenschaftler Farid Hafez hat sich in der Vergangenheit einschlägig mit dem Thema „islamophober Populismus“ beschäftigt und darüber schon reichlich publiziert. Vermehrt fanden sich ihm zufolge islamkritische Ressentiments in der Politik des beginnenden 21. Jahrhunderts wieder, wobei auch bereits in den 1990er Jahren, bedingt durch die Migrationsbewegungen, islamophobe Äußerungen Eingang in politische Diskurse der Haider-FPÖ fanden. In seiner im Jahr 1993 erschienenen Monographie unter dem Titel „Die Freiheit, die ich meine“ schrieb Haider unter anderem darüber, dass *„[...] die Gesellschaftsordnung des Islam [...] unseren westlichen Werten entgegengesetzt sei“*.²³² Weiters ging Haider davon aus, dass die Menschenrechte sowie demokratische Werte und die Gleichstellung von Frauen, wie sie in unseren Gesellschaften vorherrschend sein sollten, mit der muslimischen Religion nicht in Einklang stehen.²³³ 1993 gab die FPÖ darüber hinaus den Anstoß zum sogenannten Ausländer_innenvolksbegehren „Österreich zuerst“.²³⁴

Laut Hafez häuften sich islamkritische Äußerungen seitens der Politik mit dem beginnenden 21. Jahrhundert und vor allem ab der Wiener Gemeinderats- und

²³¹ Tóth, Auf zum rechten Gefecht. In: Falter 40/16, 11.

²³² Farid Hafez, Islamophober Populismus. Moschee- und Minarettbauverbote österreichischer Parlamentsparteien. (Wiesbaden 2010), 18.

²³³ Vgl. ebenda, 17-19.

²³⁴ Vgl. Vocolka, Geschichte Österreichs, 351.

Landtagswahl 2005. Dies gründete vor allem in der eher wenig geschätzten Koalition mit der ÖVP. Nach dem Debakel musste sich die FPÖ ein neues Thema suchen, um erneut als Oppositionspartei Fuß fassen zu können. Das Ausländer_innenthema bewirkte politischen Erfolg und die FPÖ unter Strache sowie das nun schon abgespaltene BZÖ unter Haider instrumentalisieren diesen Diskurs für ihren Wahlkampf. Hierbei wurde vor allem die Abschiebung sämtlicher Ausländer_innen propagiert und dann später speziell gegen Moschee- und Minarettbauten in Österreich und somit gegen den Islam an sich Stimmung gemacht.²³⁵

Im Parteiprogramm der FPÖ findet sich zum Thema Islam keine explizite Aussage, was den Religionsdiskurs betrifft, verweist die FPÖ dabei auf das Bekenntnis zum Christentum, wobei an einigen Stellen eine indirekte Kritik beziehungsweise Abwehrhaltung gegenüber dem Islam durchwegs erkennbar ist:

„Europa wurde in entscheidender Weise vom Christentum geprägt, durch das Judentum und andere nichtchristliche Religionsgemeinschaften beeinflusst und erfuhr seine grundlegende Weiterentwicklung durch Humanismus und Aufklärung. Wir bekennen uns zu den daraus resultierenden Grundwerten und zu einem europäischen Weltbild, das wir in einem umfassenden Sinn als Kultur-Christentum bezeichnen und das auf der Trennung von Kirche und Staat beruht.“²³⁶

Im selben Grundsatz (2) des Parteiprogramms mit der Überschrift „Heimat, Identität und Umwelt“ befindet sich auch ungewöhnlich oft der Begriff der Kultur, womit gängig auch Religion verbunden wird. Dabei wird häufig auf die Wichtigkeit der deutschen Sprach- und Kulturgemeinschaft verwiesen sowie betont, dass Österreich kein Einwanderungsland sei.²³⁷

Der islamophobe Populismus findet sich auch vermehrt im öffentlichen Diskurs, vor allem bei Wahlveranstaltungen, in Wahlwerbungen und sonstigen Medien (unter anderem) der FPÖ wieder. Folglich eine Auswahl von Wahlparolen, die sich vor allem gegen Minderheiten und den Islam richteten:

²³⁵ Vgl. Hafez, Islamophober Populismus, 17-19.

²³⁶ Homepage FPÖ, Parteiprogramm der Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ) (18.06.2011), online unter:

<https://www.fpoe.at/fileadmin/user_upload/www.fpoe.at/dokumente/2015/2011_graz_parteiprogramm_web.pdf> (11.04.2017).

²³⁷ Vgl. ebenda (11.04.2017).

Abbildung 1²³⁸



Abbildung 2²³⁹



Abbildung 3²⁴⁰

Abbildung 4²⁴¹



Abbildung 5²⁴²



Abbildung 6²⁴³



Das Programm des BZÖ war dem der FPÖ sehr ähnlich. Was den christlichen Glauben betrifft, so fehlte dieser jedoch in Haiders Konzept. Dies war eine strategische Überlegung Haiders. Anders als die Freiheitlichen wollte er mit dem Bündnis seine Türen für „alle“ Menschen öffnen, ob streng christlich oder nicht. Der Islam hingegen war stets Diskurs des Haider-BZÖ. In einem Wahlwerbeprospekt des Jahres 2006 fand sich unter anderem das Versprechen „BZÖ – und keine Moscheen und keine Islamisierung“²⁴⁴ wieder. Daneben forderte die Partei im Jahr 2008 ein Verbot der

²³⁸ Abbildung 1: <<https://www.welt.de/politik/ausland/article106148765/FPÖe-wirbt-mit-Heimatliebe-statt-Marokkaner-Diebe.html>> (21.05.2017).

²³⁹ Abbildung 2: <http://diepresse.com/home/innenpolitik/wienwahl/588143/Umstrittene-Slogans_Wahlplakate-die-fuer-Aufregung-sorgten> (21.05.2017).

²⁴⁰ Abbildung 3: <<https://jheitzer.wordpress.com/2013/06/03/die-fpo-und-der-auslanderwahlkampf/>> (21.05.2017).

²⁴¹ Abbildung 4: <<http://www.dasbiber.at/content/wien-darf-nicht-istanbul-werden-warum-nicht-herr-strache>> (21.05.2017).

²⁴² Abbildung 5: <<https://bawekoll.wordpress.com/2012/09/20/grundlagen-der-propaganda/>> (21.05.2017).

²⁴³ Abbildung 6: <http://diepresse.com/home/ausland/eu/wahl/478070/Konjunkturlilfe-EUWahl_Parteien-investieren-elf-Millionen> (21.05.2017).

²⁴⁴ Hafez, Islamophober Populismus, 98.

Vollverschleierung und ein verstärktes Auftreten des Bundesheeres, aufgrund des drohenden islamistischen Terrors.²⁴⁵

Seine Einstellung gegenüber dem Islam tut Haider's Nachfolger, Heinz Christian Strache, nicht erst seit den massiven Flüchtlingsbewegungen der letzten Jahre kund. Die bekanntesten islamophoben „Aktionen“ der Strache-FPÖ waren sicherlich der „Minarettstreit von Telfs“ im Jahr 2006 und die Bürgerinitiative „Moschee Ade“, die sich 2007 aufgrund der geplanten Errichtung einer Moschee in Wien/Dammstraße formierte. Eine ähnliche Gruppierung formierte sich später in Linz. Auch im Ausland zeigt die FPÖ, was das Thema „Islamisierung“ betrifft, stets Präsenz. So haben Strache und einige seiner Parteikolleg_innen schon mehrmals an einer Veranstaltung der rechtsextremen „Pro-Köln“ in Deutschland teilgenommen. Diese Gruppierung hetzt neben dem Islam auch gegen Roma und Sinti, Kriminelle, Prostituierte, Homosexuelle, und das Establishment. Zurück zur Islamophobie sei auch auf die vehemente Abneigung eines Türkei-Beitritts seitens der FPÖ zu erinnern. Mit Parolen wie *„Rettet Europa – Stoppt den Türkei Beitritt“*²⁴⁶ warnte man damit vor einer drohenden „Islamisierung“ Europas.²⁴⁷

Neben Strache selbst hat in der Vergangenheit vor allem die ehemalige Nationalratsabgeordnete Susanne Winter mit islamfeindlichen Parolen für Aufsehen gesorgt. Sie sprach unter anderem von einer *„schleichenden Islamisierung, dem muslimischen Einwanderungs-Tsunami, dem Kinderschänder Mohammed“*²⁴⁸ und bezeichnet den Islam allgemein als *„totalitäres Herrschaftssystem [...], daß dorthin zurückgeworfen gehöre, wo es hergekommen ist – hinter das Mittelmeer“*²⁴⁹. Mitnik spricht hierbei von „Kulturalisierung“, die seitens der Freiheitlichen betrieben wird, das heißt, das Konstruieren von Kontrasten unterschiedlicher Ethnien, welche kulturell bedingt begründet werden und als allgemein gültig angesehen werden. Die Folge davon sind Pauschalierungen und Stereotypenbildungen.²⁵⁰

Über die „Ausländer_innendebatte“ der FPÖ könnte noch weitaus mehr erörtert werden, daneben könnten noch weit mehr Namen als Haider und Strache erwähnt werden. Da

²⁴⁵ Vgl. ebenda, 98.

²⁴⁶ Mitnik, Die FPÖ, 36.

²⁴⁷ Vgl. ebenda, 32-36.

²⁴⁸ Ebenda, 31.

²⁴⁹ Ebenda, 31.

²⁵⁰ Vgl. ebenda, 31.

sich die vorliegende Diplomarbeit jedoch nicht ausschließlich und im Detail mit der Minderheitenpolitik der Freiheitlichen beschäftigt, sondern generell mit deren populistischer Politik, werde ich darauf auch nicht mehr detaillierter eingehen.

6.3 Die Antwort der etablierten Parteien

Was das Thema Islamophobie angeht, so steigt diese in Österreich (und in ganz Europa) seit den Flüchtlingsbewegungen aus den Kriegsgebieten des Nahen Ostens stetig an. Die Ausländer_innenpolitik der FPÖ scheint hierbei für viele Wähler_innen eine Antwort auf die globalen Probleme des 21. Jahrhunderts zu sein. In den Medien und laut Umfragen ist die Oppositionspartei unter Strache deshalb vermehrt zur ernsthaften Alternative zu den beiden Großparteien mutiert. Lange Zeit wurde dies von der Großen Koalition nicht oder zu wenig ernst genommen, die Flüchtlingskrise und die damit verbundenen Ängste der Österreicher_innen wurden von der Politik anfänglich verharmlost und „schön geredet“. Durch einen befürchteten Erdrutschsieg der „Blauen“ bei der bevorstehenden Nationalratswahl (Herbst 2017) instrumentalisieren die (noch) regierenden Parteien das Thema Flüchtlinge, Migration und Integration nun auch vermehrt, um einen Sieg der FPÖ doch noch verhindern zu können. Folglich ein kurzer Abschnitt zur Reaktion des aufsteigenden Rechtspopulismus in Österreich seitens der beiden Großparteien.

Abbildung 7²⁵¹



Vor allem ist hierbei die Politik rund um Sebastian Kurz, Johanna Mikl-Leitner beziehungsweise Wolfgang Sobotka und die ÖVP zu nennen. Die Partei entwickelte sich als „Nachfolgerin“ der Christlichsozialen, wobei sie sich von deren politischen Katholizismus abgrenzt. Der Diskurs rund um den Islam spielt in der Politik der Volkspartei schon längere Zeit eine gewisse Rolle, wurde jedoch meist nur am Rande thematisiert. Um der Politik der FPÖ die Stirn bieten zu können, versuchte die ÖVP jedoch ab den Nationalratswahlen 2008 das Thema beim Namen zu nennen. Vor allem Diskurse rund um die Integration von Menschen aus dem Ausland sowie der radikal-

²⁵¹ Abbildung 7: <<http://derstandard.at/1216918562700/Die-OeVP-startet-mit-dem-Es-reicht-in-den-Plakatwahlkampf>> (21.05.2017).

islamistische Terrorismus wurden dabei angesprochen. (Ein Beispiel hierfür wäre der Wahlslogan der ÖVP vom Jahr 2008 – Abbildung 7) Was die Integrationsfrage betrifft, so hat man seitens der ÖVP hierbei nicht nur von „den Muslim_en_innen“ oder „dem Islam“ gesprochen, sondern generell von Zuwander_ern_innen. Andererseits wurde vermehrt die Ablehnung von Zwangsverheiratung und anderen typisch-muslimischen Ritualen betont, womit man Hafez zufolge durchaus von islamophobem Populismus seitens der Volkspartei sprechen kann.²⁵²

Derzeit wird der populistische Kurs, was das Thema Muslim_e_innen betrifft, in der ÖVP vorwiegend von Außenminister Sebastian Kurz und dem seit 2016 amtierenden Innenminister Wolfgang Sobotka aufgegriffen. Kurz forderte in den letzten Jahren bereits mehrmals ein Burkaverbot in Österreich. Im Jänner diesen Jahres wurde die Vollverschleierung im öffentlichen Raum tatsächlich durchgesetzt, jedoch nicht in der Form, wie dies Kurz eigentlich forcierte (Kopftuchverbot im gesamten öffentlichen Raum).²⁵³ Für Aufsehen gesorgt hatte Kurz im Sommer 2016 mit dem Vorschlag, Flüchtlinge (nach Vorbild Australiens) bei der Flucht im Mittelmeer abzusperren und direkt zurückzuschicken beziehungsweise auf Inseln festzusetzen, um Europa nicht mehr attraktiv als Migrationsziel zu machen. Für die sehr unpassende Wortwahl erntete der österreichische Außenminister vom Koalitionspartner sowie von der Opposition Kritik.²⁵⁴ Ebenso kürzlich vorgestellt hat Kurz die Idee, die Familienbeihilfe für im Ausland lebende Kinder in Österreich zu kürzen. Die Höhe sollte sich nach den Lebensstandards im jeweiligen Herkunftsland richten. Der Vorschlag, der in der Vergangenheit bereits von den Freiheitlichen eingebracht wurde, wurde damals abgelehnt.²⁵⁵

Daneben fällt Innenminister Wolfgang Sobotka vermehrt durch eine „Anti-Asyl-Politik“ auf. Dieser pocht vor allem auf die Frage der Sicherheit, mittels verstärktem Polizeieinsatz sowie einer verstärkten „law and order“ Politik. Bereits im Vorjahr konnte

²⁵² Vgl. Hafez, Islamophober Populismus, 99-104.

²⁵³ Vgl. Katharina Mittelstaedt, Regierung einigt sich auf Burkaverbot im "neutral auftretenden" Staat (30.01.2017), online unter: < <http://derstandard.at/2000051810497/Regierung-einigt-sich-auf-Burkaverbot-im-neutral-auftretenden-Staat>> (11.04.2017).

²⁵⁴ Vgl. derStandard.at, Kurz will Flüchtlinge auf Mittelmeerinseln sammeln und internieren (05.06.2016), online unter: < <http://derstandard.at/2000038263249/Kurz-will-Migranten-zurueckschicken-oder-internieren>> (11.04.2017).

²⁵⁵ Vgl. Armin Thurnher, Benedikt Nardoslwasky, Benjamin Breitegger, Claus Heinrich, Josef Redl, Nina Brnada, Nina Horaczek, Österreich zuerst. Inländerbonus und Kindergeld – das frivole Spiel der Regierung mit Protektionismus und antieuropäischen Gefühlen. In: Falter 9 (2017), 9f.

er die von ihm vorgeschlagene Obergrenze für (vorwiegend muslimische) Flüchtlinge durchsetzen. Nunmehr will er ebendiese Obergrenze erneut heruntersetzen auf 17.500.²⁵⁶

Auch die Sozialdemokratie rund um Christian Kern rutscht von ihrer Mitte-Links Position immer mehr nach rechts und freundet sich allmählich mit Worten wie „Österreich zuerst“ an. In seiner Rede zur Zukunft Österreichs (Jänner 2017) präsentierte er den „Plan A“ der SPÖ, in welchem sich Beispiele hierfür finden, wie etwa der Beschäftigungsbonus oder die Senkung der Lohnnebenkosten, womit besonders österreichische Staatsbürger_innen gefördert werden sollen.²⁵⁷ Zudem stilisiert sich der Kanzler immer mehr als „Mann des Volkes“ und somit als sehr nahbar (im April 2017 als Pizzabote in Wien), wobei er dafür derzeit (Stand: Mai 2017) immer mehr Kritik, hinsichtlich einer für viele eher peinlichen Inszenierung, einstecken muss.²⁵⁸

In wenigen Worten sollte die Reaktion der Koalitionsparteien SPÖ und ÖVP auf den erstarkenden Rechtspopulismus in Österreich dargestellt werden. Zurück zu den Freiheitlichen erfolgt nunmehr eine Erläuterung zu deren patriotischem Kurs.

6.4 Vom Deutschnationalismus zum Österreichpatriotismus

Neben der Ablehnung beziehungsweise Diskreditierung des Fremden steht der nationalistische Kurs der Freiheitlichen Partei. Begriffe wie „Patriotismus“, „Ethnozentrismus“ und „Nationalismus“ sind hierbei in der wissenschaftlichen Literatur über Rechtspopulist_en_innen immer wieder zu lesen. Folglich soll erörtert werden, ob und inwiefern die FPÖ unter Haider beziehungsweise Strache einen nationalistischen Kurs für Österreich beziehungsweise einen Kurs der „Festung Europas“ anstrebt.

Bereits in den ausgehenden 1980er Jahren manifestierte sich ein nationalistischer Gedanke innerhalb der freiheitlichen Reihen. Vergleichbar ist dies mit der Politik Straches insofern nicht, als dass die Alpenrepublik zum damaligen Zeitpunkt noch kein

²⁵⁶ Vgl. Gerald John, Sobotka will "Religionsdiskussion" über den Islam anstoßen (02.03.2017), online unter: < <http://derstandard.at/2000053480178/Sobotka-will-Religionsdiskussion-ueber-den-Islam-anstossen> > (11.04.2017).

²⁵⁷ Vgl. Thurnher et. al, Österreich zuerst. In: Falter 9/17, 9f.

²⁵⁸ Vgl. Maria Kern, "Kern muss achtgeben, dass er nicht zu stark auf Inszenierung setzt". (20.04.2017), online unter: < <https://kurier.at/politik/inland/kanzler-als-pizza-bote-kern-muss-achtgeben-dass-er-nicht-zu-stark-auf-inszenierung-setzt/259.512.714> > (24.04.2017).

Mitglied der EU war. Norbert Steger, der Vorgänger Haider, sprach öffentlich sein „Bekanntnis zur Volks- und Kulturgemeinschaft“²⁵⁹ aus. Daneben versuchte die Partei sich anfänglich als liberal zu verkaufen, was jedoch nach einigen Skandalen, wie dem Volksbegehren des Kärntner Heimatdienstes oder der Affäre Reder-Frischenschlager nicht mehr so wahrgenommen werden konnte.²⁶⁰ Der liberale Flügel fiel außerdem ab dem Zeitpunkt der Übernahme durch Haider weg und die Partei positionierte sich weiter nach rechts. Das von Haider selbst vertretene Konzept der „Dritten Republik“ und der „Deutschtümelei“ wurde allmählich aufgebrochen und der Parteichef plädierte für ein verstärktes Österreichbewusstsein²⁶¹:

„Eine stärkere österreich-patriotische Profilierung der FPÖ wird in der Zukunft notwendig sein. [...] Ich will der Partei überhaupt keinen Zwang antun, aber ich glaube, daß jedes Element der Deutschtümelei in der FPÖ der Vergangenheit angehören muß, weil es in der veränderten europäischen Sicht die wichtigste Aufgabe ist, eine starke österreichische Identität zu gewährleisten.“²⁶²

Für Haider wurde somit im Laufe der 1990er Jahre der Deutschnationalismus durch mehr Bezug zum Österreichbewusstsein allmählich aufgegeben. Dadurch wurde Frölich-Steffen zufolge die Partei auch für breitere Bevölkerungsschichten wählbar. Das modifizierte Programm zeigte sich besonders im Nationalratswahlkampf des Jahres 1999 mit dem Wahlslogan „Zwei echte Österreicher“, womit Haider selbst und sein Kollege Thomas Prinzhorn gemeint waren. Aufgrund des EU-Beitritts 1995 hatten sich außerdem die beiden Regierungsparteien verstärkt als EU-Parteien erklärt, womit der FPÖ in die Hände gespielt wurde. Im Zusammenhang mit der Globalisierung vermittelten die von der FPÖ vertretenen Werte, die nationalistischer und patriotischer Gesinnung waren, ein Gefühl von Sicherheit in Zeiten der verstärkten Internationalisierung und globaler Veränderungen. Der Österreich-Patriotismus manifestierte sich Frölich-Steffen zufolge auch in einer Abwehrhaltung der EU gegenüber.²⁶³ Im Zusammenhang mit Nationalismus und Patriotismus sei auch auf die

²⁵⁹ Joachim Neurieser, Zwischen Liberalismus und Nationalismus. Programmatische Transformationsprozesse in der Geschichte des dritten Lagers in Österreich nach 1945. (Diplomarbeit Universität Wien), 90.

²⁶⁰ Vgl. ebenda, 96.

²⁶¹ Vgl. ebenda, 27f.

²⁶² Ebenda, 128.

²⁶³ Susanne Frölich-Steffen, Die Identitätspolitik der FPÖ: Vom Deutschnationalismus zum Österreich-Patriotismus. In: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft 33 (2004), 281-288.

auffällige Kleiderauswahl eines Haider oder Strache zu verweisen. Nahezu bei jeder Wahlveranstaltung oder ähnlichen Events wurde auf die „traditionell-österreichische“ Lederhose zurückgegriffen. Schorn zufolge könnte die starke Betonung der Heimatliebe durch Strache auch seine sehr junge Wähler_innenschaft erklären. Kulturelle Identität lässt sich nämlich durchwegs auch durch Kleidung und das Äußere generieren, meint Schorn weiter. Wobei dazugesagt sei, dass sich das Tragen von Dirndl und Lederhose nicht unbedingt auf eine negative Art von Nationalstolz beziehen muss, schlussendlich ist es auch nur ein Modestil.²⁶⁴

Wie dem vorausgegangenen Kapitel 6.3 unschwer zu entnehmen ist, konzentrierte sich die FPÖ unter Strache stark auf die Probleme betreffend der muslimischen Religion beziehungsweise Kultur für Österreich, was auch immer unter „muslimischer Kultur“ zu verstehen ist, denn Mittnik meint in diesem Kontext: *„Kein anerkannter Wissenschaftler dieser Erde würde es sich zutrauen, eine Definition dafür zu finden, denn sie ist schlichtweg nicht möglich.“*²⁶⁵ Weiters meint er *„Die Kultur ist – in diesem Zusammenhang ein Deckmantel des Rassismus!“*²⁶⁶. Im Zusammenhang mit der nationalistischen Prägung der FPÖ steht auch die von Strache häufig instrumentalisierte christliche Natur unseres Landes beziehungsweise Europas, wenn er beispielsweise sagt:

*„In Europa existiert für mich eine christlich-abendländische Wertegemeinschaft, die auch als Bollwerk insofern zu sehen ist, dass in meiner Definition Rußland auch nach Europa gehört. Und wir sollten als Europäer auch den Mut haben [...] uns von den amerikanischen Einflüssen stärker zu lösen.“*²⁶⁷

Hierbei ist klar zu erkennen, welche ethnische Gesinnung Strache vertritt – nämlich einerseits die Verteidigung des Christentums gegenüber dem Islam – und andererseits gegenüber Amerika. Der Begriff „Abendland“ wird von ihm generell sehr häufig für politische Zwecke instrumentalisiert (Abbildung 6).²⁶⁸ Folglich einige ausgewählte Wahlwerbungen, welche den patriotischen und nationalistischen Kurs der FPÖ verdeutlichen:

²⁶⁴ Vgl. Josef Schorn, Die Rückkehr der Lederhose. (05.07.2014), online unter: <<https://www.uibk.ac.at/geschichte-ethnologie/ee/trachten/sn-05.06.2014.pdf>> (25.04.2017).

²⁶⁵ Mittnik, Die FPÖ, 57.

²⁶⁶ Ebenda, 57.

²⁶⁷ Ebenda, 58.

²⁶⁸ Vgl. ebenda, 54-59.

Abbildung 8²⁶⁹Abbildung 9²⁷⁰Abbildung 10²⁷¹

6.5 Sozioökonomische Aspekte und das Schüren von Globalisierungsängsten

Wirtschaftspolitisch sollte sich in der Ära Haider in Österreich einiges ändern. Die Partei strebte eine Leistungsgesellschaft an, die Wirtschaft sollte in eine stark liberale Richtung gelenkt werden. Um diese Vorhaben umzusetzen, verfassten Haider und sein Kollegium einen Katalog an Aspekten, welcher ein Sammelsurium an Punkten war, wie die Deregulierung des Wettbewerbs, die verfassungsrechtliche Steuerhöchstquote, die Abschaffung der Sozialpartner_innen und vieles mehr. Der anfängliche Wirtschaftskurs Haiders war jedoch nicht der, zu dem er sich später entwickelte. Vertrat er, wie bereits erwähnt, am Beginn seiner politischen Karriere noch eher die Interessen der Oberschicht, so änderte sich das spätestens in den 1990er Jahren. Dabei entwickelte sich Haider als Anwalt des „kleinen Mannes“, den es vor der Globalisierung und dem wirtschaftlichen Wandel zu schützen gilt. Er propagierte gegen Lohndumping und die Vermögensverteilung zugunsten von den Reichen. Aufgrund dieser Tatsache veränderte sich auch das Wähler_innenklientel der Haider-FPÖ in den ersten zehn Jahren ihres Bestehens. Betz zufolge wuchs der Arbeiter_innenanteil der FPÖ in knapp zehn Jahren

²⁶⁹ Abbildung 8: <<http://www.fpoe-ooe.at/>> (21.05.2017).

²⁷⁰ Abbildung 9: <<https://i.ytimg.com/vi/abNu2VfhKso/maxresdefault.jpg>> (21.05.2017).

²⁷¹ Abbildung 10:

<<https://lindwurm.wordpress.com/tag/fpo/page/10/?iframe=true&preview=true%2Ffeed%2F>> (21.05.2017).

von 10 auf 34%. Bei den Europawahlen 1996, führt Betz weiter aus, soll bereits die Hälfte der FPÖ-Wähler_innen aus der Arbeiter_innenschicht gekommen sein.²⁷²

Flecker und Kirschenhofer gehen in ihrem Werk genau auf jene sozioökonomischen Bedingungen für die Entstehung und den Aufstieg von Rechtspopulist_en_innen ein und sprechen von einem Zusammenhang zwischen Umbrüchen in der Arbeitswelt und dem Aufstieg des Rechtspopulismus. Damit im Zusammenhang stehen ungefragt ausländische Arbeitskräfte, die für die „fleißigen Österreicher_innen“ eine Konkurrenz am Arbeitsmarkt darstellen. In Zeiten immer höher werdender Arbeitslosenraten propagieren Rechtspopulist_en_innen dieses Thema für sich, indem sie den Arbeiter_n_innen eine verbesserte Stellung gegenüber Ausländer_n_innen versprechen, wodurch wiederum auch gesellschaftliche Spaltungen zwischen jenen entstehen, die offen und tolerant sind, und jenen, die sich durch ebendiese Entwicklungen bedroht fühlen. Hierbei kommt wiederum die These der Globalisierungs- und Modernisierungsgewinner_innen zum Tragen.²⁷³

Für Flecker und Kirschenhofer ist Österreich dafür ein ideales Beispiel, da ihnen zufolge der sozioökonomische Wandel von den ausgehenden 1970er und 1980er Jahren bis ins 21. Jahrhundert selten so extrem zu beobachten war wie in Österreich. Dabei sprechen sie vor allem von den Entwicklungen, die sich in Österreich nach und auch schon während der Ära Kreisky entfalteten. Zuvor Vollbeschäftigung, danach Wirtschaftskrise (auch bedingt durch die Ölschocks von 1973 und 1979) und die in den 1980er Jahren immer steigende Arbeitslosigkeit, die Privatisierung der zuvor verstaatlichten Industrie, der Beitritt zur EU, die zunehmende Immigration in den 1990er Jahren, die EU-Osterweiterung vom Jahr 2004. All diese Entwicklungen brachten für die österreichische Wirtschaft, Politik und vor allem für die Gesellschaft erhebliche Veränderungsprozesse, wodurch sich generell ein Gefühl der Unsicherheit breitmachte.²⁷⁴

Bock-Schappelwein spricht den 1990er Jahren außerdem einen Strukturwandel in der Arbeitswelt zu. Damit meint sie vorwiegend die Globalisierung, den technologischen

²⁷² Vgl. Hans-Georg Betz, Radikaler Rechtspopulismus im Spannungsfeld zwischen neoliberalistischen Wirtschaftskonzepten und antiliberaler autoritärer Ideologie. In: Dietmar Loch, Wilhelm Heitmeyer (Hg.), Schattenseiten der Globalisierung. Rechtsradikalismus, Rechtspopulismus und separatistischer Regionalismus in westlichen Demokratien. (Frankfurt am Main 2001), 173f.

²⁷³ Vgl. Jörg Flecker, Sabine Kirschenhofer, Die populistische Lücke. Umbrüche in der Arbeitswelt und Aufstieg des Rechtspopulismus am Beispiel Österreich. (Berlin 2007), 27-29.

²⁷⁴ Vgl. ebenda, 35-42.

Fortschritt sowie das Wachstum des Dienstleistungssektors. Die Folge war erhöhte Arbeitslosigkeit im sekundären Sektor. Zudem entwickelten sich in Österreich immer häufiger alternative Beschäftigungsstrukturen, wie etwa die Teilzeitarbeit oder befristete Dienstverhältnisse. Auch diese Entwicklungen hatten Einfluss auf die Arbeitslosenrate, was wiederum die soziale Sicherheit und das Ungleichgewicht förderte.²⁷⁵

Die politische Reaktion auf diese Veränderungen blieb klarerweise nicht aus. Die Freiheitlichen in Österreich machen für diese sozioökonomischen Prozesse der letzten Jahre vor allem Migrant_en_innen verantwortlich. Das neoliberale Wirtschaftskonzept der FPÖ pocht deshalb einerseits auf der Selbstentfaltung jede_s_r Einzelnen und einer Einschränkung des Wohlfahrtsstaats. Andererseits will sie „den kleinen Mann“ vertreten. Diese Ambivalenz zwischen Neoliberalismus und dem Einsatz für „die kleinen Leute“ gab es bereits zu Zeiten Haiders und endete schlussendlich 2002 im Zerfall der ÖVP-FPÖ Regierung.²⁷⁶

Damit im Zusammenhang steht auch der Begriff des Wohlfahrtschauvinismus, den ich weiter oben bereits definiert habe. Auch die FPÖ unter Strache bedient sich diesem Konzept, indem sie die Ängste der „kleinen Leute“ mit dem Thema Einwanderung begründet, womit sich Neid und Ängste nochmals verstärken. Mit der beginnenden Flüchtlingswelle des Jahres 2015 konnte er damit besonders punkten. Ein Beispiel ist die Forderung, die Mindestsicherung für Flüchtende zu kürzen, was mittlerweile in einigen Bundesländern auch schon tatsächlich umgesetzt wurde.²⁷⁷

6.6 EU-Skepsis

Als sich im Jahr 2008 eine Wirtschaftskrise infolge der amerikanischen Immobilien- und Bankenkrise in Europa manifestierte, wirkte sich dies (wie auch die Krisen in der Vergangenheit) auch auf den Aufstieg des Rechtspopulismus in Österreich aus. Das Misstrauen gegenüber der Wirtschaft und den Banken wurde durch die Politik der FPÖ

²⁷⁵ Vgl. Julia Bock-Schappelwein, Entwicklung und Formen der Arbeitslosigkeit in Österreich seit 1990. In: WIFO Monatsberichte 7/2005. online unter:

<http://www.wifo.ac.at/jart/prj3/wifo/resources/person_dokument/person_dokument.jart?publikation_sid=25653&mime_type=application/pdf> (24.04.2017), 499-502.

²⁷⁶ Vgl. ebenda, 47-49.

²⁷⁷ Vgl. Tóth, Auf zum rechten Gefecht. In: Falter 40/16, 10.

intensiviert. Dies hatte sicher auch Auswirkungen auf die EU-Skepsis. Später kamen die Europawahlen (2014), im Vorfeld derer mehrere europaskeptische Parteien Negativstimmung verbreiteten und vor allem Hetze gegen das „zentralistische Brüssel“ und eine ihnen zufolge verfehlte Demokratieentwicklung betrieben, obwohl im Vorfeld der Vertrag von Lissabon unterzeichnet worden war, der dem europäischen Parlament – und somit auch den Wähler_innen – mehr Mitsprache verschaffte. Neben Großbritannien, Frankreich, Dänemark und den Niederlanden konnten auch die Rechtspopulist_innen in Österreich bei dieser Wahl punkten (FPÖ: knapp 20%). Für Aufsehen gesorgt hatte in den Reihen der Freiheitlichen im Wahlkampf unter anderem Andreas Mölzer, der die EU als „Negerkonglomerat“²⁷⁸ bezeichnete, die Folge war sein Ausschluss aus der Partei.²⁷⁹

Eine Anti-EU Haltung wird von den österreichischen Rechtspopulist_innen seither immer wieder gefördert. Ein weiteres Beispiel wäre das von den Freiheitlichen eingebrachte Volksbegehren aus dem Jahr 2006. Unter dem Titel „Österreich bleib frei“ wollte die FPÖ ein Statement gegen den Türkei-Beitritt, für die österreichische Neutralität und gegen die Abtretung von nationalen Kompetenzen an die EU (im Sinne der EU-Verfassung) setzen. Knapp 260.000 Unterschriften wurden erreicht. 2015 wurde dann von einer überparteilichen Gruppe ein Austrittsbegehren gestartet, welche sich im Bundespräsidentenwahlkampf desselben Jahres für Nobert Hofer aussprachen. Das Volksbegehren ist mit über 261.000 Stimmen letztendlich gescheitert.²⁸⁰

Offen ausgesprochen wird eine Anti-EU Haltung beziehungsweise ein Austrittsgedanke von den Repräsentant_innen der Strache-FPÖ bisweilen nicht. Aus Angst des Verlustes von Wähler_innen wird dies meist unter dem Deckmantel der erwünschten „Veränderung der EU“ praktiziert. In ihrem aktuellen Parteiprogramm bezeichnen sich die Freiheitlichen als EU-kritisch, jedoch europafreundlich. Darüber hinaus warnen sie darin vor einer Entwicklung hin zu „Vereinigten Staaten Europas“ und geben dem Euro als gemeinsame Währung, der EU-Regierung und der, wie sie es nennen, „*Entrechtung der Völker und Parlamente*“²⁸¹ die Schuld an der Finanzkrise des 21. Jahrhunderts. Was

²⁷⁸ Wirsching, Demokratie und Globalisierung, 202.

²⁷⁹ Vgl. ebenda, 183-203.

²⁸⁰ Vgl. Homepage Wien-konkret, Volksbegehren in Österreich, online unter: <<http://www.wien-konkret.at/politik/direkte-demokratie/volksbegehren/>> (24.04.2017).

²⁸¹ Vgl. Homepage FPÖ, Leitantrag: Für ein freies Europa. Zuerst Österreicher, dann Europäer. online unter: <<https://www.fpoe.at/themen/leitantrag/einleitung/>> (25.04.2017).

die Außen- und Sicherheitspolitik betrifft, so steht die FPÖ unter Strache für eine europäische Verteidigung (unabhängig von der NATO und den USA), die die Außengrenzen sichern soll. Eine Beendigung der Türkei-Beitrittsverhandlungen wird außerdem gefordert.²⁸²

Seit den Kriegen im Nahen Osten und den daraus resultierenden Flüchtlingsbewegungen tritt die FPÖ neben einem Zuwanderungsstopp auch für eine Volksentscheidung hinsichtlich des Schengener Abkommens bezüglich Grenzpolitik ein und fordert die Wiedereinführung der Grenzkontrollen. Mit Verweis auf wirtschaftliche Probleme (Eurokrise) spricht sich die Partei außerdem für eine Beschränkung der Binnenmigration aus. Weiters kritisiert man die „Verschwendungssucht“ der EU sowie die Gesetzgebung auf europäischer Ebene.²⁸³

Der Populismus in Österreich wirkt sich auch immer mehr auf eine EU-Skepsis innerhalb der Gesellschaft aus. Die Ergebnisse des vorliegenden Eurobarometers²⁸⁴ zeigen dies eindrucksvoll. Demnach denken sehr viele Menschen, dass das „System EU“ einen falschen Weg geht, was sich besonders auf die Migrationspolitik der EU bezieht sowie auf die Angst vor dem Terrorismus. Was die Freizügigkeit am europäischen Markt betrifft, so sind die Österreicher_innen am skeptischsten: Knapp 30% sind gegen diesen freien Verkehr. Auch etwas erschütternd ist die Tatsache, dass dem Bericht zufolge nur etwa jeder dritte Mensch in Österreich Vertrauen in die EU hat.²⁸⁵

6.7 Social Media und die Lügenpresse

In den letzten Jahren sind Medien und vor allem Social Media immer wichtiger für die Vermittlung politischer Inhalte beziehungsweise zur Selbstinszenierung geworden. Aber schon Jörg Haider verkörperte eine sehr medienwirksame Persönlichkeit, wenn auch nicht in dem Sinne, wie dies heute zu beobachten ist. Immer wieder ist in der Literatur zu lesen, dass es vor allem die Medien waren, die Haider zu dem machten, was er schlussendlich war. Vor allem bediente er sich der Medien, um politische Gegner_innen

²⁸² Vgl. ebenda.

²⁸³ Vgl. ebenda.

²⁸⁴ Notiz: Genaue Ergebnisse des Eurobarometers auf der Homepage der Europäischen Kommission.

²⁸⁵ Vgl. Nataša Nikolić: Eurobarometer zeigt Skepsis der Österreicher. (17.02.2017), online unter: <http://www.cash.at/archiv/eurobarometer-zeigt-skepsis-der-oesterreicher/> (19.04.2017).

zu diskreditieren und somit Politikverdrossenheit herbeizuführen. Zu sehen war dies besonders bei einer TV-Konfrontation mit Vranitzky, bei der Haider mit einem „Taferl“ versuchte, Bundeskanzler Vranitzky in einen Skandal zu verwickeln. Plasser sprach der Haider-FPÖ in diesem Zusammenhang den Namen einer „TV-/Medienpartei“ nach, die es durch die Medien und deren Instrumentalisierung mittels eines charismatischen Jörg Haiders schaffte, erfolgreich zu sein. Neben dem bekannten TV-Duell mit Altkanzler Vranitzky hob Haider sich immer wieder im Fernsehen aufgrund seiner rhetorischen Fähigkeiten von anderen Politiker_n_innen der Zeit ab.²⁸⁶

Strache bedient sich vor allem digitaler Medien und ist in Österreich derzeit der Politiker mit den meisten Followern auf Facebook (Stand April 2017: ~585.000). Auch Internationalisierung wird hierbei immer wichtiger, Tóth zufolge stammen 15% seiner Follower aus Deutschland.²⁸⁷ Neben der Selbstinszenierung Straches in den Sozialen Medien übt dieser im Umkehrschritt Kritik an den Medien. Immer wieder wird hier der von Donald Trump häufig verwendete Begriff der „Fake News“ / „Lügenpresse“ und der „etablierten Medien“ gebraucht.²⁸⁸

6.8 Persönlichkeitskult und Selbstinszenierung

Für die österreichische Politikgeschichte gilt Jörg Haider als *der* Populist schlechthin. Während seiner politischen Laufbahn und auch nach seinem Tod im Jahr 2008 entwickelte sich in Österreich ein Personenkult um den gebürtigen Oberösterreicher. Er war stets präsent in der österreichischen Innenpolitik, wurde von seinen Anhänger_n_innen umschwärmt, von den Gegner_n_innen hingegen gering geschätzt und er schaffte es stets, die Gesellschaft zu polarisieren. Von seinen Fans wurden ihm vor allem Charisma, Sozialkompetenz und rhetorisches Geschick nachgesagt. Seine

²⁸⁶ Vgl. Fritz Plasser, TV-Confrontations und Strategien populistischer Politikvermittlung in Österreich. In: Hartmut Weßler, Heribert Schatz, Otfried Jarren (Hg.), Medien und politischer Prozeß. Politische Öffentlichkeit und massenmediale Politikvermittlung im Wandel. (Wiesbaden 1996), 94-101.

²⁸⁷ Vgl. Tóth, Auf zum rechten Gefecht. In: Falter 40/16, 10.

²⁸⁸ Vgl. Walter Hämmerle, Die Medien, Trump, Strache und Hofer. (18.10.2016), online unter: <http://www.wienerzeitung.at/meinungen/kommentare/851339_Die-Medien-Trump-Strache-und-Hofer.html> (25.04.2017).

Kontrahent_en_innen und Gegner_innen bezeichneten ihn dagegen als narzisstisch und als einen Mann ohne Skrupel.²⁸⁹

Anhand der in Kapitel 3.8.1. genannten „Prototypen“ charismatischer Politführung attribuiert Steyrer Jörg Haider heroisches, paternalistisches und missionarisches Charisma bei und nennt ihn „[...] 1. juveniler Held, 2. visionärer Heilsbringer [und] 3. wohlwollender Landesvater.“²⁹⁰ In der Gesellschaft – vor allem unter seinen Sympathisant_en_innen – nahm Haider Star-Allüren an. Er wurde gefeiert als Revolutionärer gegen die Etablierten, daneben wurde ihm aber auch ein „weicher Kern“ attestiert.²⁹¹

Jörg Haider war ohne Zweifel ein rhetorisches Genie und für seine sprachlichen Fähigkeiten (wenn auch vordergründig im negativen Sinne) auch außerhalb Österreichs stets bekannt. Eine sprachwissenschaftliche Analyse seiner Aussagen und Reden würde den Rahmen dieser Diplomarbeit übertreffen, weshalb ich darauf auch nicht im Detail eingehen werde.

In Kapitel 6.1 bin ich kurz auf den Bruch in Haiders Stil von der Opposition zur Regierungsbeteiligung eingegangen. Dieses Phänomen betraf auch die Rhetorik. Einer Regierungsbeteiligung angehörend, musste auch der Populist Jörg Haider von Angriffen auf politische Gegner_innen absehen und eine dem Amt entsprechende Sprache gebrauchen. Diese Einschränkung populistischer Sprachmittel wirkte sich auch auf die Erfolge der Partei aus. Da die FPÖ ab dem Jahr 2000 selbst in Regierungsverantwortung genommen wurde, gelang es nicht mehr glaubwürdig, die Froschperspektive der „kleinen Leute“ einzunehmen, die von den beschlossenen Programmen ebendieser Regierung betroffen waren. Somit funktionierte die These, ein Sprachrohr des „kleinen Mannes“ zu sein, nicht mehr. In Österreich war dies ab der skandalträchtigen Regierungsbeteiligung zur Jahrtausendwende an den Wahlergebnissen sehr deutlich zu erkennen, die von der FPÖ immer verloren wurden (bis auf die Landtagswahl in Kärnten 2004). In diesem Zusammenhang sind vor allem die von der FPÖ (vor der Regierungsbeteiligung) angekündigten Versprechen an die Wähler_innen zu nennen, die

²⁸⁹ Vgl. Steyrer, Jörg Haider. In: Berit Bliesemann de Guevara, Tatjana Reiber (Hg.), Charisma und Herrschaft, 77f.

²⁹⁰ Ebenda, 86.

²⁹¹ Vgl. ebenda, 86f.

schlussendlich nicht eingehalten werden konnten und einen politischen Misserfolg nach sich zogen.²⁹²

Zentral in Haiders Politikstil war auch die enge Beziehung zu den Wähler_n_innen. Ein Beispiel für seine nahbare Haltung war etwa das Hochwasser in Vorderberg im Jahr 2003. Jörg Haider besuchte am darauffolgenden Tag alle Haushalte und verteilte persönlich die finanzielle Landeshilfe in Höhe von 1.000€. Mit dieser und einigen weiteren Aktionen gelang es Haider auf emotionaler Ebene, die Wähler_innenherzen zu erobern.²⁹³

Laut Kohler schafft es das BZÖ nach Haider nicht, die Erfolge zu feiern, die es unter Haider feierte, da Nachfolger Josef Bucher das gewisse Charisma und die Ausstrahlung eines Haider schlichtweg fehlten.²⁹⁴

Obwohl Strache zahlreichen Autor_en_innen zufolge das Charisma eines Haider bis dato ebenso nicht erreicht hat, verschafft ihm die Inszenierung in der Öffentlichkeit einen gewissen Kult um seine Person. Seinen politischen Stil beschreibt Mittnik als jugendlich und rhetorisch begabt, darüber hinaus präsentiert er sich stets volksnah. Dabei schreckt er auch nicht davor zurück, seine Wahlveranstaltungen in die österreichischen Diskotheken zu verlagern, um vor allem dem jungen Publikum zu imponieren. Für eine optimale Vermarktung seiner Person brachte Strache in der Vergangenheit sogar mehrmals Songs und Comics heraus.²⁹⁵

Innerhalb der „rechten Community“, also der Anhänger_innen von Rechtspopulist_en_innen, gehen aufgrund sozialer Probleme und der gesellschaftlichen Kluft laut Vocelka immer mehr rechtsextreme und faschistische Entwicklungen einher. Damit verbunden ist auch der Schrei nach einer starken Führungskraft wobei dies, wie Vocelka 2013 meinte, ein damals zwar unüberhörbarer, jedoch ein leiser Schrei war.²⁹⁶ Heute – vier Jahr später – zeigt eine Studie von SORA, dem Zukunftsfonds der Republik

²⁹² Vgl. ebenda, 61f.

²⁹³ Vgl. Steyrer, Jörg Haider. In: Berit Bliesemann de Guevara, Tatjana Reiber (Hg.), Charisma und Herrschaft, 87f.

²⁹⁴ Vgl. Manfred Kohler, Rechtspopulismus in Österreich. Systemsturz oder einfach nur Populismus? In: Philipp Strobl (Hg.), Österreich in der Zweiten Republik. Ein Land im Wandel. (Hamburg 2014), 107

²⁹⁵ Vgl. Mittnik, Die FPÖ, 26-29.

²⁹⁶ Vgl. Vocelka, Geschichte Österreichs, 358.

Österreich und dem Institut für Zeitgeschichte²⁹⁷, dass 43% der Österreicher_innen sich für einen „starken Mann“ an der Spitze der österreichischen Politik aussprechen (2007 waren es 41%). Die Sympathie für Autoritarismus steigt demnach, wobei paradoxerweise gleichzeitig 78% meinen, dass die Demokratie die beste Form der Regierung sei (2007 waren es 86%), wobei diese dringend einer Veränderung unterzogen werden sollte, vor allem, was die Mitsprache des „Volks“ und somit mehr direkte Demokratie betrifft.²⁹⁸

6.9 Gesellschaftspolitische Aspekte

In der Vergangenheit und auch in der Gegenwart hat die Freiheitliche Partei Österreich immer wieder mit sehr veralteten gesellschaftspolitischen Ansichten für Aufregung gesorgt. Vor allem war beziehungsweise ist dies im Kontext von Familienpolitik zu beobachten. Darüber hinaus vertreten Rechtspopulist_innen in ganz Europa eine verschärfte Sicherheitspolitik à la „law and order“. Neben Ausländer_innen und dem „Establishment“ sind somit Frauen (wenn auch nur indirekt), Feminist_innen, Homosexuelle (besonders männliche) und Kriminelle aller Art in die Kritik der FPÖ geraten, was folglich etwas genauer erläutert werden soll.

6.9.1 Homosexualität

Was das Thema Homosexualität und FPÖ betrifft, so ist diese Betrachtung etwas ambivalent. Nach dem Tod Jörg Haiders spekulierte man lange Zeit über seine angebliche homosexuelle Vergangenheit. Um auf Stimmenfang zu gehen, hat ein Gemeinderat der FPÖ bei einer Diskussion im Jahr 2010 zur anstehenden Wahl gemeint: *„Wir sind die einzige Partei, die 17 Jahre von einem Schwulen geleitet wurde.“*²⁹⁹ Bis heute gibt es dazu nur Hypothesen. Obwohl es bereits in den 1970er Jahren in Österreich zu

²⁹⁷ Notiz: Detaillierte Ergebnisse der Studie auf der Homepage von SORA, online unter: <<http://www.sora.at/nc/news-presse/news/news-einzelansicht/news/schon-43-fuer-starken-mann-776.html>>.

²⁹⁸ Vgl. Austria Presse Agentur, Österreicher sind unzufriedener mit ihrer Demokratie. (20.04.2017), online unter: <<https://www.apa.at/News/6435606080/oesterreicher-sind-unzufriedener-mit-ihrer-demokratie.html>> (24.04.2017).

²⁹⁹ Benjamin Sklar, "FPÖ einzige Partei, die 17 Jahre Schwuler leitete". (16.09.2010), online unter: <<http://diepresse.com/home/innenpolitik/home/politik/wienwahl/594916/FPoe-einzige-Partei-die-17-Jahre-Schwuler-leitete>> (24.04.2017).

einer Aufbruchsstimmung in Richtung einer allmählichen Gleichstellung beziehungsweise Akzeptanz von Homosexualität kam (Aufhebung der Strafbarkeit), sprach man sich im Kreise der FPÖ auch im beginnenden 21. Jahrhundert noch immer für eine Benachteiligung dieser Gesellschaftsgruppe aus. Zwar warben diese für eine Gleichstellung in Steuer- und Mietrechtsdebatten, nicht aber was die Eheschließung oder Adoption von Kindern betrifft.³⁰⁰ Im Jahr 2008 hat Karlheinz Klement, der damalige stellvertretende Bundesparteiobmann der FPÖ, mit seiner Aussage, wonach Homosexualität unnatürlich sei, einen weiteren Skandal entfacht.³⁰¹

Dem aktuellen Parteiprogramm der Freiheitlichen ist zu entnehmen, dass diese immer noch ein konservatives, ein ihnen zufolge „traditionelles“ Familienbild vertreten. Im vierten Punkt ihres Programmes zum Thema Familie und Generationen findet sich folgende Aussage³⁰²:

„Die Familie als Gemeinschaft von Mann und Frau mit gemeinsamen Kindern ist die natürliche Keimzelle und Klammer für eine funktionierende Gesellschaft und garantiert gemeinsam mit der Solidarität der Generationen unsere Zukunftsfähigkeit“³⁰³

Das Thema Homosexualität wird im Parteiprogramm jedoch gänzlich ausgelassen und es scheint, als würden diese die Meinung vertreten, dass Kinder in einer heterosexuellen Familie aufwachsen sollten. Und obwohl sich in den letzten Jahren auf der ganzen Welt Menschen mobilisieren, um Gesetze für Homosexuelle zu durchbrechen, sträuben sich Rechtspopulist_innen dagegen. In Österreich wird derzeit die Abneigung gegenüber Homosexuellen von der FPÖ jedoch nur indirekt praktiziert. In jedem Fall wehrte sich die Partei in der Vergangenheit immer wieder, Homosexuelle mit Heterosexuellen gleichzustellen. Dies bezeugen unter anderem folgende Aussagen:

H. C. Strache beim Wahlkampf am Viktor-Adler-Markt in Favoriten (2005):

³⁰⁰ Vgl. ebenda.

³⁰¹ Vgl. Gert Eggenberger, FPÖ: "Homosexualität ist eine Kultur des Todes". (14.06.2008). online unter: <http://diepresse.com/home/innenpolitik/390964/FPoe_Homosexualitaet-ist-eine-Kultur-des-Todes-> (25.04.2017).

³⁰² Vgl. Homepage FPÖ, Parteiprogramm der Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ). online unter: <https://www.fpoe.at/fileadmin/user_upload/www.fpoe.at/dokumente/2015/2011_graz_parteiprogramm_web.pdf> (24.02.2017).

³⁰³ ebenda.

*"Sozialismus ist heute asoziale Politik. Die Ärmsten der Armen werden im Stich gelassen, [...] man macht lieber Politik für die Wärmsten der Warmen."*³⁰⁴

Karlheinz Klement (FPÖ) über den angeblichen Zusammenhang zwischen Homosexualität und Pädophilie (2007), er berief sich auf eine Studie, wonach:

*„[...] Homosexuelle dreimal häufiger zur Pädophilie neigen als Heterosexuelle und damit naturgemäß orientierte Menschen.“*³⁰⁵

Eduard Schock (FPÖ) forderte ein Gesetz, welches die Thematisierung von Homosexualität in Kinderbüchern verbietet (2009):

*„Die verherrlichende Darstellung von Homosexualität in Kinderbüchern und die dadurch vorangetriebene Zerstörung der Familie müsse verboten werden.“*³⁰⁶

Die Politik der FPÖ kann nun im historischen Kontext sicherlich als teils homophob eingestuft werden. In den letzten Jahren wird eine Kritik an der Homosexualität jedoch vermehrt indirekt getätigt, indem man etwa gegen die Lockerung von Gesetzen (Eheschließung, Adoption von Kindern) für diese Gesellschaftsgruppe stimmt.

6.9.2 Frauen

Was Geschlechterpolitik betrifft, attestieren Amesberger und Halbmayr den europäischen Rechten ähnliche Charakteristika. Die konservative Rollenverteilung von traditionellen Männer- und Frauenaufgaben wird stets verteidigt, als natürlich angesehen und der Aufbruch dieser Stereotype eher als kritisch empfunden. Die FPÖ ist unter den europäischen Rechtspopulist_en_innen in dieser Hinsicht jedoch etwas gemäßiger als beispielsweise Rechtspopulist_en_innen in Frankreich oder der Slowakei. Was das Thema Berufstätigkeit betrifft, wird diese nicht grundsätzlich missbilligt, trotzdem sollten Frauen ihren traditionellen Aufgaben im Haushalt und in der Familie

³⁰⁴ News.at, FPÖ-Wahlkampfauftakt in Wien: Strache entschuldigt sich für "politische Vorgänger". (22.09.2005), online unter: <<https://www.news.at/a/fpoe-wahlkampfauftakt-wien-strache-politische-vorgaenger-122037>> (25.04.2017).

³⁰⁵ derStandard.at, FPÖ sieht Neigung zur Pädophilie bei Homosexuellen. (06.12.2007), online unter: <<http://derstandard.at/3140046/FPoe-sieht-Neigung-zur-Paedophilie-bei-Homosexuellen>> (25.04.2017).

³⁰⁶ Vgl. derStandard.at, FP-Schock will Kinder vor Homosexualität schützen. (04.06.2009), online unter: <<http://derstandard.at/1242317438006/FPoe-FP-Schock-will-Kinder-vor-Homosexualitaet-schuetzen>> (25.04.2017).

nachkommen. Indirekt forcierte man im Kreise der FPÖ in der Vergangenheit unter Haider jedoch vermehrt eine Zurückdrängung der Frau in ihre konventionelle Hausfrauenrolle mittels unterschiedlichster Vorschläge, wie beispielsweise jener eines Kinderbetreuungschecks, einer Sozialversicherung für erwerbslose Frauen sowie einer Steuerentlastung für Familien und einer Karenzausweitung. Was das Thema Abtreibung betrifft, stehen die Freiheitlichen, ähnlich wie ihre europäischen Nachbarn, dem sehr kritisch gegenüber, sie sind jedoch keine radikalen Gegner_innen der Fristenregelung. Der aufstrebende Feminismus der letzten Jahrzehnte wurde bereits von der Haider-FPÖ als kritische Errungenschaft gesehen.³⁰⁷

Die Frauenpolitik der Freiheitlichen hat sich auch schon zu Zeiten Haiders auf die Wahlergebnisse ausgewirkt und bis heute zählen Frauen nicht unbedingt zum typischen FPÖ-Klientel. Plasser und Ulram zufolge waren von 1986 bis zum Jahr 2002 Männer immer in der Überzahl, in Zahlen genannt: 1986 13:7, 1990: 20:12, 1994: 29:18, 1995: 27:16, 1999: 32:21, 2002: 12:8.³⁰⁸ Dieser „Gender-gap“, wie er in der Literatur meist bezeichnet wird, begleitet die Geschichte der FPÖ somit schon seit Haider. Geden begründet diese Tatsache damit, dass die Freiheitlichen ein sehr männliches Gesellschaftsbild und Politikverständnis vertreten.³⁰⁹ Geden führt weiter aus, dass Frauenpolitik in der FPÖ vorwiegend im Kontext von Familienpolitik aufgegriffen wird. Die Partei kritisierte in der Vergangenheit, wie auch gegenwärtig, die zu geringen Geburtenzahlen in Österreich, was ihnen zufolge mit der Erwerbstätigkeit der Frau, mit Kürzungen von Sozialleistungen für Familien sowie mit der Abtreibungsregelung, die den Freiheitlichen zufolge in Österreich sehr liberal gestaltet ist, zusammenhängt. Die Schuld an dieser ihnen zufolge negativen Entwicklung trägt laut den Freiheitlichen insbesondere das „Establishment“, „Rot und Schwarz“. Vor allem hat es die FPÖ dabei auf die Sozialdemokratie abgesehen, wonach diese:

³⁰⁷ Vgl. Brigitte Halbmayr, Helga Amesberger, Frauen und rechtsextreme Parteien. In: Wolfgang Eismann (Hg.), Rechtspopulismus. Österreichische Krankheit oder europäische Normalität? (Wien 2002), 223-232.

³⁰⁸ Notiz: Angaben in Prozent der Gesamtwähler_innenschaft - Beispiel 1: 13% der Männer und 7% der Frauen wählten 1986 die FPÖ, Vgl. Fritz Plasser, Gilg Seeber, Peter A. Ulram, Erdbeerschwahlen: Momentum, Motive und neue Muster im Wahlverhalten. In: Fritz Plasser, Peter A. Ulram, Wahlverhalten in Bewegung. (Wien 2003), 134.

³⁰⁹ Vgl. Pelinka, Die FPÖ. In: Rensmann, Frölich-Steffen (Hg.), Populisten an der Macht, 93-95.

„[...] als die treibende Kraft hinter dem Ausbau von Kinderbetreuungseinrichtungen [gilt], sie sei es, die Frauen aus ideologischen Gründen zur Erwerbsarbeit «zwingt» und damit ihre «familienfeindliche Fratze» zeige.“³¹⁰

Geden meint weiter, dass im Zusammenhang mit Familienpolitik der FPÖ der Mann keine Erwähnung findet und dies vordergründig mit dem weiblichen Geschlecht verbunden ist.³¹¹

Für Aufregung gesorgt hat in Vergangenheit das von dem Präsidentschaftskandidaten des Jahres 2016, Norbert Hofer, herausgegebene Buch mit dem Titel „Für ein freies Österreich. Souveränität als Zukunftsmodell“. Darin schrieb ein Parteikollege Hofers zum Thema Familie folgende Zeilen:

„Der vom Thron des Familienoberhaupts gestoßene Mann sehnt sich unverändert nach einer Partnerin, die, trotz hipper den-Mädels-gehört-die-Welt-Journale, in häuslichen Kategorien zu denken imstande ist, deren Brutpflegetrieb auferlegte Selbstverwirklichungsambitionen überragt. Die von feministischem Dekonstruktionsehrgeiz zu selbstverwirklichungsverpflichteten Geburtsscheinmutter undefinierte Frau sehnt sich unverändert nach einem ganzen Kerl, der ihr alle die emotionalen und ökonomischen Sicherheiten gibt, die eine junge Mutter braucht, um sich mit weitgehend sorgloser Hingabe dem Nachwuchs zuwenden zu können.“³¹²

Das DÖW stuft dem Standard zufolge das Buch als rechtsextrem ein, Hofer selbst hat sich dazu eher unaufgeregt geäußert, bezeichnet nur einige wenige Stellen im Buch als unpassend und sträubt sich in jedem Fall gegen den Vorwurf des rechtsextremen Inhalts.³¹³

6.9.3 Kriminalität

Die sogenannte „law and order“-Politik der Freiheitlichen ist eine bereits unter der Obmanschaft Haiders praktizierte Form der Hetze und Sündenbocksuche

³¹⁰ Geden, Diskursstrategien im Rechtspopulismus, 81.

³¹¹ Vgl. ebenda, 81f.

³¹² diePresse.com, Herausgeber Norbert Hofer und die Brutpflege. (21.09.2016), online unter: <<http://diepresse.com/home/innenpolitik/bpwahl/5088717/Herausgeber-Norbert-Hofer-und-die-Brutpflege>> (24.04.2017).

³¹³ Vgl. derStandard.at, Hofer verteidigt umstrittenes Buch „Für ein freies Österreich“. (17.10.2016), online unter: <<http://derstandard.at/2000046019642/Hofer-verteidigt-umstrittenes-Souveraenitaets-Buch>> (24.04.2017).

(Kriminalpopulismus). Kriminelle sollen der FPÖ zufolge härter bestraft werden, auch hierbei kommt die Ausländer_innendebatte wieder zum Tragen, wonach besonders ausländische Kriminelle härter bestraft oder abgeschoben werden sollen. Ein Beispiel wäre der steirische Landtagswahlkampf aus dem Jahr 2000, bei dem die Spitzenkandidatin sich vehement für eine härtere Strafverfolgung von Drogendealer_n_innen, Schlepper_n_innen, alkoholisierten Autolenker_n_innen und Sexualstraftäter_n_innen unter dem Deckmantel der Sicherheit einsetzte, vor allem betonte sie dies im Zusammenhang mit Menschen mit Migrationshintergrund.³¹⁴ Wobei dies generell ein Merkmal der Freiheitlichen ist, die Ausländer_innenpolitik mit jener der Sicherheit zu vermischen beziehungsweise zu konnotieren. Vermehrt finden sich solche Diskurse in den Medien ungefragt seit den Vorkommnissen in Köln zu Silvester im Jahr 2015/2016, im Rahmen derer zahlreiche Frauen von arabisch und afrikanisch stämmigen Männern sexuell belästigt wurden, sowie der Silvesternacht in Innsbruck ein Jahr später. Vor allem im Tiroler Landtag kam es dabei zu hitzigen Diskussionen. Die FPÖ forderte Verschärfungen im Strafrecht, die ÖVP die Erklärung Marokkos als sicheres Herkunftsland. Darüber hinaus propagiert man seither für mehr Polizeieinsatz in Österreich.³¹⁵ Der Ruf nach mehr Sicherheit wurde somit nicht nur in und rund um Köln lauter. Darüber hinaus bedeutete die Silvesternacht in Köln neben einem verstärkten Ruf nach Sicherheit auch eine Kehrtwende in der Asylpolitik, was sich in zahlreichen europäischen Ländern in einer rechtlichen Verschärfung des Asylrechts auswirkte.³¹⁶

In diesem Zusammenhang ist es vermeintlich nicht uninteressant, sich Zahlen der Kriminalitätsraten anzusehen. Tatsächlich belegt jene des Jahres 2015 eine Kehrtwendung. Statistik Austria zeigt in der Kriminalitätsstatistik³¹⁷ aus 2015, dass die Zahlen rückläufig sind. Im analysierten Jahr gab es die historisch geringsten Zahlen an Verurteilungen in Österreich (Statistik Austria führt diese Analysen seit 1947 durch).

³¹⁴ Walter Müller, "Law and Order"-Wahlkampf der FPÖ (24.08.2000), online unter: <<http://derstandard.at/315498/Law-and-Order-Wahlkampf-der-FPOe>> (20.04.2017).

³¹⁵ Vgl. diePresse.com, ÖVP und FPÖ liefern sich Sicherheits-„Match“ im Tiroler Landtag. (01.02.2017), online unter: <<http://diepresse.com/home/innenpolitik/5163338/OeVP-und-FPOe-liefern-sich-SicherheitsMatch-im-Tiroler-Landtag>> (20.04.2017).

³¹⁶ Vgl. Christian Werthschulte, "Nach" Köln ist wie "vor" Köln. Die Silvesternacht und ihre Folgen. (06.02.2017), online unter: <<http://www.bpb.de/apuz/239696/die-silvesternacht-und-ihre-folgen?p=0>> (24.04.2017).

³¹⁷ Notiz: Detaillierte Zahlen dazu auf der Homepage des Bundeskriminalamtes sowie auf der Homepage von Statistik Austria.

Was die Staatsangehörigkeit der verurteilten Menschen betrifft, so waren diese in einem Ausmaß von 60% Österreicher_innen, 16% EU-Ausländer_innen und 24% Angehörige aus Drittstaaten.³¹⁸ Trotzdem bezeugen etwa die Zahlen der aktuell herausgegebenen Studie von SORA zum Demokratiebewusstsein der Österreicher_innen, dass diese mit der derzeitigen Form der Demokratie eher unzufrieden sind, was auch mit dem Thema Sicherheit in Verbindung steht. Der Wunsch nach einer an „law and order“ orientierten Politik ist demnach gestiegen (2007: 53%, 2017: 61%).³¹⁹

6.10 Zum Wähler_innenklientel der FPÖ

Das Wähler_innenklientel des rechten Populismus in Österreich wird in der Literatur häufig in eine Schublade geschoben, wobei dabei Vorsicht geboten sei, da es sich dabei um Verallgemeinerungen handelt und diese Wähler_innengruppe nicht als ein homogenes Kollektiv gesehen werden kann. Trotzdem sind sich die meisten Autor_en_innen in ihren Ausführungen ähnlich. Ab der Machtübernahme Haiders hat sich die Partei, wie Pelinka ausführt, von einer „[...] kleinen «bürgerlich»-bäuerlichen Honoratiorenpartei zu einer Arbeiterpartei [entwickelt].“³²⁰ Wobei sich hierbei natürlich die Frage stellt, ob diese Bezeichnung wirklich zutreffend ist, wenn man bedenkt, inwiefern sich die Partei tatsächlich für die Anliegen der Arbeiterschaft einsetzt.

Tóth typisiert die typischen FPÖ-Wähler_innen als vorwiegend jung und männlich mit einem eher bescheidenen Bildungsniveau, meist ohne Hochschulabschluss. Außerdem geht sie dabei von sogenannten „Modernisierungsverlierer_n_innen“ aus. Darüber hinaus meint sie, der Großteil der Wähler_innen stammt aus dem Arbeiter_innenmilieu.³²¹

Amesberger und Halbmayr sind ähnlicher Meinung und beschreiben die Wähler_innen der Haider-FPÖ ebenso als vorwiegend jung und männlich, die in Berufs- oder

³¹⁸ Vgl. Nina Horaczek, „Müssen wir heute mehr Angst vor Kriminalität haben als früher?“. In: Falter 6 (2017), 18.

³¹⁹ Vgl. Austria Presse Agentur, Österreicher sind unzufriedener mit ihrer Demokratie. (20.04.2017), online unter: <<https://www.apa.at/News/6435606080/oesterreicher-sind-unzufriedener-mit-ihrer-demokratie.html>> (24.04.2017).

³²⁰ Anton Pelinka, Die FPÖ: eine rechtspopulistische Regierungspartei zwischen Adaption und Opposition. In: Lars Rensmann, Susanne Frölich-Steffen (Hg.), Populisten an der Macht. Populistische Regierungsparteien in West- und Osteuropa. (Wien 2005), 93.

³²¹ Vgl. Tóth, Am mächtigsten in der Opposition. In: Hillebrand (Hg.), Rechtspopulismus in Europa, 64.

Schulbildung sind. Sie erweitern die These von Tóth und gehen davon aus, dass gebildete Frauen zu einem sehr geringen Teil die Freiheitlichen wählen würden. Bei den Pensionist_en_innen sollen es hingegen damals vorwiegend Frauen gewesen sein, welche die FPÖ wählten. Auch die These der Modernisierungsverlierer_innen unterstützen Amesberger und Halbmayr, wobei sie hinzufügen, dass dies wiederum vorwiegend Männer sein, woraus sie schließen, dass diese „[...] auf Statusverlust stärker mit politischem Protestverhalten reagieren“³²² als Frauen.³²³

Die Motive für ebenjene Wähler_innen der FPÖ unter Haider waren Ulram zufolge ungefragt die von der Partei instrumentalisierten Themen (Aufdeckung von Skandalen oder Korruption der Großparteien und die Ausländer_innendebatte). Daneben hatte auch die Person Haider auf die Stimmenabgabe einen hohen Einfluss.³²⁴

Zu ähnlichen Erkenntnissen bezüglich des Wähler_innenklientels der Freiheitlichen kam auch das Sozialforschungsinstitut SORA nach der vergangenen Nationalratswahl 2013. Das Phänomen des geschlechtsspezifischen Wähler_innenverhaltens, der „Gender-gap“, war bei der Wahl 2013 ein signifikantes Merkmal. Die Freiheitlichen sollen demnach überwiegend von Männern gewählt werden, der „Gender-gap“ war bei der FPÖ mit 13% am größten. Weiters unterstreicht die Studie auch die weit verbreitete Annahme, die FPÖ würde vorwiegend von Arbeiter_n_innen gewählt werden (34%).³²⁵

Die Wahlmotive der Wähler_innen sollen sich zudem seit den Erfolgen Haiders nur geringfügig verändert haben. Halbmayr und Amesberger sprechen den Wähler_innen der Haider-FPÖ folgende Merkmale zu: Zukunftsängste, Fremdenfeindlichkeit und damit einhergehend eine Abwehrhaltung gegenüber Immigration. Außerdem waren Haider selbst und dessen Charisma ausschlaggebend für eine Wahl der FPÖ sowie die Abwahl des Establishments.³²⁶ SORA hat für das 21. Jahrhundert ähnliche Motive für die Wahl der Freiheitlichen festgestellt. Demnach sollen 64 Prozent angegeben haben, die Partei aufgrund des Programms und wegen der Person Strache gewählt zu haben. Darüber hinaus wurde die FPÖ aufgrund der von ihr instrumentalisierten Themen wie Sicherheit,

³²² Halbmayr, Amesberger, Frauen und rechtsextreme Parteien. In: Eismann (Hg.), Rechtspopulismus, 238.

³²³ Vgl. ebenda, 235-238.

³²⁴ Vgl. Betz, Radikaler Rechtspopulismus. In: Loch, Heitmeyer (Hg.), Schattenseiten der Globalisierung, 209-211.

³²⁵ Vgl. Homepage SORA, Nationalratswahl 2013, online unter:

<<http://www.sora.at/themen/wahlverhalten/wahlanalysen/nrw13.html>> (06.04.2017).

³²⁶ Vgl. Halbmayr, Amesberger, Frauen und rechtsextreme Parteien. In: Eismann (Hg.), Rechtspopulismus, 239f.

Kriminalität und Zuwanderung gewählt. Ein großer Teil der FPÖ-Sympathisant_en_innen ist außerdem, wie die Oppositionspartei selbst auch, EU-kritisch und vertritt eine den etablierten Parteien gegenüber negative Ansicht.³²⁷

³²⁷ Vgl. Homepage SORA, Nationalratswahl 2013, online unter:
<<http://www.sora.at/themen/wahlverhalten/wahlanalysen/nrw13.html>> (06.04.2017).

7. Die Fidesz

Ganz anders als in Österreich kann der politische Rechtspopulismus in Ungarn als ein sehr junges Phänomen verstanden werden. Die Partei wurde zwar schon in den 1980er Jahren gegründet, verfolgte jedoch anfänglich gänzlich andere Ziele und Interessen, als etwa zehn Jahre später. Gegründet als jugendliche Protestbewegung, ist die Partei heute als rechtspopulistisch, konservativ und nationalistisch einzuschätzen. Inwiefern und warum sich dieser Wertewechsel manifestierte und wann der Aufstieg gelang, soll anhand dieses Kapitels zur Parteigeschichte und auch zur Vergangenheit und Jugend Viktor Orbáns erläutert werden.

7.1 Historischer Längsschnitt der Parteientwicklung

Seit dem Volksaufstand von 1956 regierte in Ungarn der Sozialist János Kádár, die Zeit wird in der Literatur häufig als „Kádárismus“ beziehungsweise „Gulaschkommunismus“ bezeichnet. 1988 war das Ende des Sozialismus in Ungarn gekommen, ein Jahr später wurde die Republik ausgerufen und wiederum ein Jahr später gab es die ersten freien Wahlen, im Rahmen derer das Ungarische Demokratische Forum (MDF) gewann. Dieses bildete mit der Partei der Kleinen Landwirte (FGKP) und der Christlich-Demokratischen Volkspartei (KDNP) eine Koalition. Damit war das Ende des Kommunismus auch in Ungarn angekommen.³²⁸

Im Gegensatz zur österreichischen FPÖ ist die Fidesz in Ungarn eine vergleichsweise junge Partei. Sie wurde 1988 von Viktor Orbán und anderen jungen Intellektuellen als liberale Partei gegründet. Der ungarische Politologe József Bayer geht davon aus, dass die Partei in ihren ersten Jahren des Bestehens den westlichen Linksparteien Europas näher war als den konservativen. Da allgemein bekannt ist, dass die Fidesz heute konservative, nationalistische und autoritäre Werte vertritt, muss man sich die Frage

³²⁸ Vgl. Máté Szabó, Kompromiss als Erde des Kádárismus: Ungarn 1989-1990. In: Jerzy Macków (Hg.), Autoritarismus in Mittel- und Osteuropa. (Wiesbaden 2009), 199.

stellen, wann es zum innerparteilichen Bruch kam. Bayer nennt hierbei das Jahr 1993 als entscheidenden Zeitpunkt der ideologischen Wende.³²⁹

Die politische Landschaft Ungarns war zu diesem Zeitpunkt links sowohl stark vertreten vom Bund Freier Demokraten (SZDSZ) als auch von der Ungarischen Sozialistischen Partei (MSZP), der rechte Flügel hingegen war in eine Krise geraten, wodurch sich die Fidesz neu positionierte und zwar nach rechts. Von nun an strebte man einen verstärkt konservativen und nationalliberalen Kurs an. Darüber hinaus versuchte man die Fidesz als Partei zwischen den zwei Lagern der sogenannten „Urbanisten“ und „Populisten“ zu verorten. Bayer versteht unter den „Urbanisten“ die westlich-orientierten, bürgerlichen Gruppierungen, wie beispielsweise den Bund der Freien Demokraten (SZDSZ) sowie die Sozialisten. Demgegenüber standen die konservativen, antikapitalistischen und antisemitischen „Populisten“, wie etwa das Ungarische Demokratische Forum (MDF). Diese beiden Lager führten einen regelrechten Kulturkampf, den die Fidesz den Wähler_innen versprochen hatte, aufheben zu können.³³⁰

Im Jahr 1994 hatte die Partei bei den Parlamentswahlen³³¹ die 5%-Hürde nur knapp erreicht und ein somit wenig zufriedenstellendes Ergebnis erzielt. Danach versuchte die Partei, Schritt für Schritt in eine noch konservativere Richtung zu lenken, der Sozialismus und auch der Liberalismus wurden zum Gegner erklärt. Die Partei forcierte einen Kurswechsel nach rechts und sollte fortan als Sammelbecken für rechtsgerichtete kleinere Parteien fungieren und bis zur folgenden Wahl 1998 hatte sich ein Mitte-Rechts Bündnis gebildet. Mit der Kleinlandwirtepartei bildete man dann eine bürgerliche Allianz. Im Wahlkampf der Parlamentswahlen 1998 kamen erstmals populistische Töne der Fidesz zum Vorschein. Die potentiellen Wähler_innen wurden dabei mit Zukunftsängsten bezüglich der schwierigen Aufstiegsmöglichkeiten für Mittelunternehmer_innen konfrontiert. Darüber hinaus warnte man vor der Niederlassung transnationaler Unternehmen in Ungarn, die durch die Privatisierungswellen der Sozialliberalen Erfolg gehabt hatten. Weiters kritisierte man die misslungene Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik der Regierung, wodurch vor allem Jugendliche und der Mittelstand geschwächt wurden. Der Vorwurf der extremen

³²⁹ Vgl. József Bayer, Die Fidesz im Wechsel zwischen Oppositions- und Regierungspartei: Populistische Politik in der ungarischen Demokratie. In: Lars Rensmann, Susanne Frölich-Steffen (Hg.), Populisten an der Macht. Populistische Regierungsparteien in West- und Osteuropa. (Wien 2005), 177.

³³⁰ Vgl. ebenda, 177f.

³³¹ Notiz: Wahlsieger war die MSZP – sie bildete mit der SZDSZ die Regierung.

Sparpolitik der Regierung wurde ebenso politisch instrumentalisiert. Durch diese Art populistischer Politik, jedoch auch durch den zuvor erwähnten Zwist zwischen den „Agrarpopulisten“ und den „Urbanen“ hatte die sehr junge Partei Fidesz tatsächlich die Chance, ein gutes Ergebnis zu erreichen. Bayer meint, dass sie dadurch vor allem Ausgegrenzte/Gegner_innen der Modernisierung und Globalisierung sowie die Verlierer_innen des Systemsturzes ansprechen konnten. Die Sozialliberalen konnten trotz wirtschaftlichem Wachstum und sinkender Arbeitslosigkeit sowie internationaler Erfolge, wie beispielsweise dem Beschluss zur NATO-Mitgliedschaft und den beginnenden EU-Beitrittsverhandlungen in den 1990er Jahren das Wähler_innnenvertrauen nicht zurückgewinnen. Außerdem sagte man ihnen Korruptionsskandale nach sowie einen schlechten Wahlkampf, womit das Ende der Sozialliberalen Regierung in Ungarn gekommen war. Die Fidesz gewann 1998 unter Orbán tatsächlich die Parlamentswahlen in Ungarn. Der populistische Kurs der Partei begann somit erst in den späten 1990er Jahren.³³² Neben den soeben genannten Aspekten verhalfen, Lendvai zufolge, Orbáns Persönlichkeit und Auftreten, die Instrumentalisierung des Trianon-Schicksals und des von den Sozialliberalen (MSZP) im Jahr 1995 präsentierte „Bokros-Paket“ zum Aufstieg. Es war dies ein Reformpaket, welches den drohenden finanziellen Bankrott Ungarns verhindern sollte, sich im Umkehrschluss jedoch auf den Lebensstandard vieler Ungar_n_innen (vor allem jener der Mittelschicht) auswirken sollte (Abschaffung von Sozialhilfen, Minderung von Löhnen und Pensionen, Einführung von Studiengebühren, etc.). Lendvai bezeichnet das Paket wirtschaftlich als Durchbruch – politisch hingegen als „Selbstmord“.³³³

Seither (mit einer Pause von 2002-2010) übernimmt die Partei Viktor Orbáns bereits zum dritten Mal die Regierungsgeschäfte. Die Partei wird in den letzten Jahren (und vor allem seit der zweiten Machtübernahme Orbáns) vermehrt als rechtspopulistisch und nationalkonservativ bezeichnet.

„Wer hätte damals gedacht, dass der junge, bärtige Revoluzzer nur neun Jahre später (inzwischen ohne Bart), 35-jährig als der jüngste Ministerpräsident in der ungarischen Geschichte nach dem sensationellen Sieg der von ihm geführten einstigen

³³² Vgl. Bayer, Die Fidesz. In: Rensmann, Frölich-Steffen (Hg.), Populisten an der Macht, 177-179.

³³³ Vgl. Lendvai, Orbáns Ungarn, 42-52.

Jugendbewegung Fidesz wie ein «Meteor am politischen Himmel der ungarischen Politik» (so sein Biograf) erscheinen würde?“³³⁴

– fragt sich Paul Lendvai in Anlehnung an dessen erste Rede bei einer Gedenkveranstaltung in Budapest im Jahr 1989. Anders als im Kabinett Orbán I errang dieser bei den Wahlen 2010 und 2014 eine Zweidrittelmehrheit, was ihm wiederum mehr Machtbefugnisse erteilte. Ähnlich wie in den 1990er Jahren gelang es der Fidesz 2010 unter anderem aufgrund der korruptions- und skandalträchtigen Politik der zuvor regierenden Sozialliberalen, die Macht zu ergreifen.³³⁵ Der Machtanspruch Orbáns ist jedoch kein Produkt seiner Regierung aus dem Jahr 2010, sondern ein weitaus älteres. Den Handlungsspielraum, den er seit 2010 besitzt, schuf er sich schon zuvor, indem er Ämter mit Pfründen in den Bereichen Verwaltung, Polizei, Militär und Geheimdienst vergab.³³⁶

7.1.1 Viktor Orbán

Der derzeitige Premier Ungarns, Viktor Orbán, geboren im Jahr 1963, wuchs zunächst in sehr ärmlichen familiären Verhältnissen in einem ungarischen Dorf auf. In den 1970er und 1980er Jahren erreichte die Familie (auch aufgrund der wirtschaftlichen und politischen Stabilität Ungarns während der Ära Kádár) allmählich eine verbesserte soziale Stellung. Dadurch erlangte der jugendliche Viktor die Möglichkeit, das Gymnasium zu besuchen, anschließend studierte er Rechtswissenschaften. Für Politik soll er sich in seiner Jugend nicht besonders interessiert haben, ebenso wenig wie seine Familie. Seine größte Leidenschaft war schon seit Kindheit der Fußballsport. Im Rahmen seines Hobbys, während seiner Zeit im Gymnasium, sowie später im Militärdienst und danach an der Rechtsfakultät lernte er seine späteren Freunde und Parteikollegen, Lajos Simicska, Gábor Fodor und László Kövér kennen. Während des Grundwehrdienstes soll Orbán selbst eine Wende in seinem Leben erfahren haben, vor allem aufgrund der harten Bedingungen im ungarischen Militär. Während seines Studiums begann der junge Orbán sich dann, unter anderem wegen seiner negativen Erfahrungen mit dem kommunistischen Regime im Militärdienst, allmählich politisch zu engagieren.

³³⁴ Ebenda, 18.

³³⁵ Vgl. ebenda, 93f.

³³⁶ Vgl. ebenda, 19f.

Gemeinsam mit seinen zuvor genannten Freunden und Schulkollegen setzte er sich anfangs politisch für die Studierendenvertretung an der Fakultät ein, später im sogenannten „Bibó-Kollegium“³³⁷ für Jusstudierende, welches in dieser Zeit von ihnen gegründet wurde. Innerhalb dieses Kollegiums entstand allmählich ein politisches Netzwerk, das letztendlich mitausschlaggebend für den späteren politischen Aufstieg Orbáns und seiner Kollegen war. Das Kollegium diente vorwiegend zum Austausch und zur Begegnung für die Liberalen und Intellektuellen Ungarns. Bald nach dessen Gründung wurde Orbán bereits zum Vorsitzenden gewählt. Seither soll dieser den Willen zu Ruhm, Erfolg und Macht verspüren. Sein damaliger Kollege, Freund und späterer Rivale, Gábor Fodor, meint zu Orbáns Machtansprüchen folgendes:

*„Er hatte schon in den Achtzigerjahren jene herrschsüchtige, intolerante Denk- und Verhaltensweise, die man heute bei ihm sieht. Auch die prinzipienlose Berechnung steckte in ihm. Aber nicht nur das. Er war daneben auch offen, aufrichtig und sympathisch.“*³³⁸

Im Jahr 1988 gründete Viktor Orbán, gemeinsam mit zahlreichen weiteren Studierenden im Bibó-Kollegium den „Bund Junger Demokraten“³³⁹, die Fidesz. Von 1998 bis 2002³⁴⁰ und seit 2010 war beziehungsweise ist er Ministerpräsident von Ungarn. Daneben hat er in der Europäischen Union seit 2002 die Position des Vizepräsidenten der Volksparteien inne. In den Medien und in der Literatur wird Orbán seit seiner Machtübernahme als rechtspopulistisch und autoritär eingestuft.³⁴¹

³³⁷ Notiz: Das Bibó-Kollegium ist benannt nach István Bibó (1911-1979), er nahm in den 1940er Jahren an der Widerstandsbewegung teil und wurde im Rahmen des Ungarischen Aufstands 1956 als Staatsminister in der Revolutionsregierung ernannt. Vgl. Paul Lendvai, Orbáns Ungarn. (Wien 2016), 229.

³³⁸ Lendvai, Orbáns Ungarn, 29.

³³⁹ Notiz: Nicht zu verwechseln mit dem Bund Freier Demokraten (SZDSZ).

³⁴⁰ Notiz: Dieses Kabinett Orbán I war eine Koalitionsregierung der Fidesz mit der Unabhängigen Kleinlandwirtepartei (FKGP) und dem Ungarischen Demokratischen Forum (MDF).

³⁴¹ Vgl. Lendvai, Orbáns Ungarn, 18-31.

8. Rechtspopulismus in Ungarn seit dem ausgehenden 20. Jahrhundert

Folglich sollen, ähnlich wie in Kapitel 7, die zentralen Merkmale und Momente rechtspopulistischer Politik unseres östlichen Nachbarlandes, Ungarn, erörtert werden. Im Fokus meiner Analyse steht dabei zweifellos die Politik von Viktor Orbán und seiner selbst gegründeten Partei Fidesz. Ungarn ist ein postkommunistischer Staat und die politischen Entwicklungen können allein aufgrund dieser Tatsache als gänzlich konträr zum österreichischen Modell betrachtet werden. Darüber hinaus positioniert sich die Fidesz, anders als die FPÖ, im politischen Spektrum Ungarns bis heute als regierende Volkspartei und ist auch in der EU Mitglied der Europäischen Volksparteien. Die Analyse bezieht sich auf den in Kapitel 3 erstellten Kriterienkatalog an Motiven und Aspekten rechtspopulistischer Politik, wobei es aufgrund unterschiedlicher Entwicklungen gegenüber dem österreichischen Modell dabei durchwegs zu Abweichungen kommen kann, da man die Politik der FPÖ und jene der Fidesz hinsichtlich ihres populistischen Gehalts nicht als ident bezeichnen kann.

8.1 Gefahr für die Demokratie?

Der Name Fidesz leitet sich von „Fiatal Demokraták Szövetsége“ ab, was auf Deutsch mit „Bund Junger Demokraten“ übersetzt werden kann. Die Politik des Premiers Viktor Orbán, die sich im Laufe ihres Bestehens immer autoritärer positionierte, ist in ihren Anfangsjahren von der Gesellschaft jedoch nicht unbedingt als Bedrohung empfunden worden – ganz im Gegenteil – aufgrund der Beifügung von „demokratisch“ befürchtete man in Ungarn keine antidemokratischen Entwicklungen der Partei. Dies bezeugen unter anderem Erhebungen nach der Wahl von 1998, bei der die Zustimmung zur Fidesz um 15-20% höher als zu den beiden vormaligen Großparteien (MDF und MSZP) war.³⁴²

Diesen Ansichten gegenüber steht die Tatsache, dass Orbán bereits in dieser ersten Regierungsperiode den in Ungarn vorherrschenden Parlamentarismus modifizieren wollte, was jedoch verfassungswidrig gewesen wäre. Um seine Vorhaben trotzdem umzusetzen, nützte Orbán rechtliche Lücken in der Verfassung aus. Im Zuge dieser

³⁴² Vgl. Bayer, Die Fidesz. In: Rensmann, Frölich-Steffen (Hg.), Populisten an der Macht, 181.

Umstrukturierung wurden beispielsweise Kompetenzen der Opposition geschwächt. Das System des Tripartismus³⁴³ wurde nahezu abgeschafft.³⁴⁴

Im Jahr 2002 kam es dann unterwartet zum Niedergang der Regierungskonsolidierung. Bayer meint, dass die Wahlbeteiligung 1998 sehr gering gewesen sei, was dem Fidesz den Sieg ermöglichte. Vier Jahre später hingegen gelang es den Sozialliberalen wiederum, ihre Wähler_innen zu mobilisieren, woraufhin die Fidesz eine Niederlage einstecken musste. Diese hohe Wahlbeteiligung war wiederum Ergebnis der von Orbán vertretenen autoritären Konfrontationspolitik, die den Wähler_n_innen nach und nach Ängste und Sorgen bereitete. Darüber hinaus soll sich die Partei nicht von der als rechtsextrem zu bezeichnenden MIÉP („Ungarische Wahrheits- und Lebenspartei“) distanziert haben, wodurch man eine Koalition mit dieser befürchtete. Die Entwicklungen hin zu einer antidemokratischen Positionierung der Fidesz und die Angst, dadurch die europäische Integration zu verabsäumen, führten schließlich zur Abwahl der Partei im Jahr 2002.³⁴⁵

Unmittelbar nach der Wahlniederlage konnte man im Kreise der Partei eine Radikalisierung hinsichtlich populistischer Politik erkennen. Das war unter anderem daran zu erkennen, dass man die Wahlniederlage mit äußeren Bedingungen begründete. Zahlreiche Demonstrationen wurden organisiert, im Rahmen derer die politischen Gegner_innen wiederum diskreditiert wurden. Darüber hinaus stellte man die Richtigkeit der Wahlauszählung in Frage.³⁴⁶

Ein Jahr nach der Abwahl, 2003, konnte man dann eine allmähliche Umpositionierung der Partei konstatieren. Unter einer „Bürgerlichen Allianz“ sollte die Partei neue Mitglieder anwerben, um wieder an Stärke zu gewinnen. Zentralisiert blieb diese Allianz trotz allem unter Orbán. Der antidemokratische Kurs wurde jedoch fortgeführt, so räumte sich Orbán im Rahmen des Gründungskongresses das Recht ein, allein über die personelle Besetzung der Allianz zu entscheiden.³⁴⁷

³⁴³ Notiz: Man versteht darunter die wirtschaftliche und politische Kollaboration von drei verschiedenen Akteuren mit unterschiedlichen Interessen.

³⁴⁴ Vgl. Bayer, Die Fidesz. In: Rensmann, Frölich-Steffen (Hg.), Populisten an der Macht, 182f.

³⁴⁵ Vgl. ebenda, 184f.

³⁴⁶ Vgl. ebenda, 185.

³⁴⁷ Vgl. ebenda, 186.

In den Folgejahren wurde mit allen populistischen Mitteln versucht, die regierende sozialistische Partei zu verdrängen. Bei den Parlamentswahlen 2010 erreichte Orbán mit seiner Partei dann einen historischen Sieg mit über 52% und somit nahezu zwei Drittel der Parlamentssitze, womit nunmehr auch Verfassungsänderungen möglich wurden. Ermöglicht wurde dieser „Erdrutschsieg“ wiederum durch zahlreiche Fehler der zuvor regierenden sozialistischen Partei, die unter anderem wegen Korruptionsskandalen und enormen Haushaltsdefiziten abgewählt wurde. Orbán strebte daraufhin ein System der „illiberalen Demokratie“ an, wonach eine Partei nach wie vor von den Wahlberechtigten gewählt werden sollte, deren Grundrechte und Freiheiten jedoch von den autoritären Repräsentant_en_innen bestimmt werden können. Bei der Wahl des Jahres 2014 erreichte die Partei Orbáns nur noch 44,9%, durch eine Wahlgesetzänderung erreichte man aber wiederum eine qualifizierte Mehrheit im Parlament.³⁴⁸

Viktor Orbán sieht seine Person als „*Vollstrecker einer historischen Mission*“³⁴⁹, der nach krisenhaften Jahren eine radikale Erneuerung Ungarns vorsieht. Dabei steht ein nationalistischer Kurs im Fokus seiner Politik und ein damit verbundener Kurswechsel von Staat und Politik. Die Demokratie und den Rechtsstaat in Ungarn sehen dabei zahlreiche Autor_en_innen zum vorliegenden Thema als sehr gefährdet. Unter dem Deckmantel des Begriffes „Reformen“ hat sich in Ungarn in den letzten Jahren diesbezüglich viel verändert. Das manifestierte sich vor allem in der Machtkonzentration. Bedeutsame Institutionen, wie die Nationalbank³⁵⁰, der Verfassungsgerichtshof³⁵¹ und die Gerichtsbarkeit, wurden in ihrer Selbstbestimmung eingeschränkt und behindert. Darüber hinaus beobachtet man vermehrt eine dominierende Stellung der vollziehenden Gewalt gegenüber der Gerichtsbarkeit und der Gesetzgebung. 2011 wurde in diesem Kontext eine neue Verfassung beschlossen, welche als sehr ambivalent betrachtet wird, da sich diese zwar einerseits zu den Menschenrechten, zum Rechtsstaat und zur Gewaltentrennung bekennt, andererseits darin aber einige sehr veraltete und teils antike Wertvorstellungen enthalten sind. In

³⁴⁸ Vgl. Reinhold Vetter, Nationalismus im Osten Europas. Was Kaczynski und Orbán mit Le Pen und Wilders verbindet. (Berlin 2017), 70f.

³⁴⁹ Ebenda, 72.

³⁵⁰ Notiz: Seit März 2013 ist die Nationalbank in Händen des Orbán-Vertrauten György Matolcsy und somit im Dienste der Regierung. Vgl. Vetter, Nationalismus im Osten Europas, 75.

³⁵¹ Notiz: Der Verfassungsgerichtshof in Ungarn kann die Beschlüsse des Parlaments sowie der Regierung auf Verfassungsbruch zu den Themen Staatsfinanzen, Steuern, Abgaben und Zölle nicht mehr überprüfen. Vgl. Vetter, Nationalismus im Osten Europas, 74.

jedem Fall haben nationalistische Werte einen sehr hohen Stellenwert darin gefunden und die neue Verfassung gibt der ungarischen Justiz sogar die Kompetenz, neue Gesetzesentwürfe gemäß den nationalen Werten zu kontrollieren.³⁵² Die Demokratie ist Vetter zufolge in Ungarn zwar nicht abgeschafft worden, trotzdem kann man von einer „Gefahr für die ungarische Demokratie“ sprechen, da die Regierung Orbáns teils sehr autoritäre Züge annimmt.³⁵³

Lendvai zitiert in seiner 2016 erschienenen Orbán-Biografie in diesem Zusammenhang verschiedene Forscher_innen, um die Frage, ob Ungarn noch eine Demokratie oder bereits ein autoritärer Staat sei, zu beantworten. Dabei ist die Rede von „Halbdiktatur“, „Mafiastaat“ und „autoritärer und zentralisierter Macht“, andere wiederum sprechen dem System sehr wohl einen demokratischen Charakter zu, da es nach wie vor möglich sei, die Regierung abzuwählen. Einig sind sich in einem Punkt, Lendvai zufolge, jedoch alle, und zwar, dass die ungarische Demokratie keine liberale mehr ist.³⁵⁴

In naher Zukunft wird die Debatte um die gefährdete Demokratie in Ungarn sicherlich eine aktuelle bleiben. Viele Expert_en_innen zum vorliegenden Thema denken zwar nicht, dass eine Abwahl der Fidesz unmittelbar bevorsteht, Lendvai geht jedoch davon aus, dass sich allmählich eine Unmutsstimmung innerhalb der Zivilgesellschaft breitmacht. Begründet ist dies teilweise in Korruptionsskandalen sowie einer misslungenen Steuer- und Innenpolitik (höchster Mehrwertsteuersatz in Europa) der Partei. Die Menschen gehen vermehrt auf die Straße und protestieren gegen diese Art von Politik und auch die Meinungsforschungsinstitute bezeugen diese Entwicklungen. Bereits kurz nach der Wahl 2014 soll die Beliebtheit des Regierungschefs aufgrund einiger politischer Affären stark gesunken sein. Vor allem der autoritäre Stil nach russischem Vorbild und auch die Annäherung an Putin verunsichern die Bürger_innen Ungarns immer mehr.³⁵⁵ Wobei dies nicht heißen soll, dass Orbán seine Machtbefugnisse in naher Zukunft aufgeben wird müssen, da er vor allem seit der Flüchtlingskrise sicherlich wieder einen günstigen Nährboden gefunden hat.

³⁵² Vgl. Vetter, Nationalismus im Osten Europas, 70-75.

³⁵³ Vgl. ebenda, 96.

³⁵⁴ Lendvai, Orbáns Ungarn, 102f.

³⁵⁵ Vgl. ebenda, 148-153.

8.2 Minderheitenpolitik

Was die Minderheitenpolitik Ungarns betrifft, ist die Gruppe der Roma historisch betrachtet sicherlich eine sehr gefährdete Gruppe, die von Ausgrenzung und Rassismus betroffen war beziehungsweise ist. Ähnlich wie in Österreich, bedient sich der Rechtspopulismus jedoch vor allem seit den Flüchtlingsbewegungen aus den Kriegsgebieten des Nahen Osten und Afrikas eines islamophoben Populismus. Daneben wird nach wie vor noch gegen das Judentum gehetzt. Inwiefern sich der Populismus der Rechten in Ungarn manifestiert, der, anders als in Österreich, von der Regierung selbst praktiziert wird, soll folglich dargestellt werden.

8.2.1 Antiziganismus

Die Geschichte des ungarischen Antiziganismus geht historisch betrachtet auf einen bereits langen Zeitraum zurück. In Kapitel 4.7 wurde dies bereits ausführlich dargestellt. Wenn man sich die Situation diesbezüglich seit den ausgehenden 1980er Jahren beziehungsweise seit Orbán vor Augen führt, so konstatiert Hartleb (vor den Flüchtlingsbewegungen) in Ungarn (und anderen osteuropäischen Ländern) eine Hetze gegenüber den „inneren Feinden“ – also vorwiegend Roma.³⁵⁶ Die Diskriminierung von Roma, der größten ethnischen Minderheit in Ungarn, ist dort immer noch ein tief verankertes Problem. Durch den nationalistischen Kurs der Orbán-Regierung werden Roma einerseits völlig aus der gemeinsamen Geschichte des Landes ausgelassen und darüber hinaus im öffentlichen politischen Diskurs immer noch diskreditiert und als negativ dargestellt, was die Feindschaft ihnen gegenüber wiederum salonfähig macht. Roma werden in den Medien vorwiegend als arm, nomadisch und kriminell dargestellt. Demgegenüber steht eine Entwicklung, welche Roma als musikalische Familienmenschen zeigen, die künstlerische Talente besitzen, womit indirekt jedoch wieder eine Politik der Ressentiments befördert wird. Heute noch haben Roma teilweise unter Gewaltanwendung von (ultra-)nationalistischen Gruppierungen zu leiden.³⁵⁷ Die Feindschaft ihnen gegenüber steigerte sich vor allem in den ersten Jahren des 21.

³⁵⁶ Vgl. Florian Hartleb, *Internationaler Populismus als Konzept. Zwischen Kommunikationsstil und fester Ideologie.* (Baden-Baden 2014), 95.

³⁵⁷ Vgl. Sebastian Niemetz, *Roma gegen Orbán: Der Kampf um politische Partizipation*, online unter: <http://www.univie.ac.at/unique/uniquecms/?p=5229> (03.05.2017).

Jahrhunderts. Diese Entwicklung dürfte seit den Flüchtlingsdebatten zwar etwas in den Hintergrund getreten sein, aber trotzdem findet die Feindschaft Roma gegenüber in Ungarn noch kein Ende. Zwischen 2008 und 2009 wurden neun Attentate an Roma-Angehörige verübt. In der Ära des Sozialismus war der Antiziganismus weitaus weniger verbreitet, da die Politik versuchte, die Minderheit in den Arbeitsmarkt zu integrieren und billige Wohnkredite vergab. Mit der Wende verloren viele davon ihre Jobs wieder, woraufhin sich auch der Antiziganismus steigerte. Orbán-nahe Zeitungen berichteten in der Vergangenheit vermehrt über das „Roma-Problem“ und charakterisierten diese als Menschen zweiter Klasse oder setzten sie Tieren gleich.³⁵⁸

Noch radikaler als die Fidesz bedient sich die rechtsextreme Jobbik des rassistischen Roma-Diskurses. Sie betrachtet Roma als ethnisches Problem und plädiert für eine „Lösung der Roma-Frage“. Durch die Politik der Partei wurde der Antiziganismus in Ungarn salon- und gesellschaftsfähig gemacht. Laut einer Studie aus dem Jahr 2013 gehen mehr als 60% aller Ungar_n_innen davon aus, dass Roma kriminell veranlagt seien. Um das „Roma-Problem“ in Ungarn lösen zu können, plädieren die Menschen für stärkere Kontrollen, weniger Hilfeleistungen bis hin zur Absonderung und Vernichtung. Das Phänomen ist in Ungarn bereits fest verankert, vor allem seit der Wende und durch die Politik der Rechten verstärkte sich die Feindlichkeit Roma gegenüber nochmals.³⁵⁹

Derzeit ist die Debatte rund um die Präsenz von Roma in Ungarn durch die Flüchtlingskrise sicherlich etwas in den Hintergrund getreten. Trotzdem ist es sehr besorgniserregend, dass eine ethnische Minderheit, die historisch betrachtet schon sehr lange in Ungarn lebt und deshalb Teil dieses Landes ist, derart ausgegrenzt und diskriminiert wird.

8.2.2 Antisemitismus

Eine exaktere Erörterung der historischen Entwicklung des Antisemitismus in Ungarn wurde in Kapitel 4.7 vorgenommen. Was die Situation im ausgehenden 20. Jahrhundert

³⁵⁸ Vgl. Balazs Cseko, Der lange Schatten des Antiziganismus in Ungarn. (21.08.2013), online unter: <<http://derstandard.at/1376533945739/Antiziganismus-in-Ungarn>> (03.05.2017).

³⁵⁹ Vgl. Andreas Koob, Ensemble der Abwertung. Die Konjunktur von Feindbildern im Inneren der ungarischen Gesellschaft. In: Andreas Koob, Holger Marcks, Magdalena Marsovszky (Hg.), Mit Pfeil, Kreuz und Krone. Nationalismus und autoritäre Krisenbewältigung in Ungarn. (Münster 2013), 63f.

beziehungsweise im beginnenden 21. Jahrhundert betrifft, so kann gesagt sein, dass die Geschichte der Jüdinnen und Juden und vor allem die tragischen Ereignisse des Zweiten Weltkriegs bis heute in Ungarn unzulänglich thematisiert werden. Erst im Jahr 2004 wurde erstmals eine Gedenkveranstaltung zur Ermordung der ungarischen Jüdinnen und Juden abgehalten. Ob dies nachhaltig wirksam gewesen ist, ist fragwürdig, denn der Antisemitismus ist bis heute ein nicht zu unterschätzendes Problem in Ungarn. Vetter meint, dass dieser immer noch öffentlich ausgetragen wird beziehungsweise durch der Gesellschaft bekannten „Codes“ indirekt praktiziert wird. Besonders von der rechtsextremen Partei Jobbik, aber auch vom Fidesz sowie von der Kirche und von den Medien wird der Antisemitismus aktuell offen oder versteckt betrieben.³⁶⁰

8.2.3 Flüchtlingspolitik

Seit dem „Arabischen Frühling“ und den einsetzenden Flüchtlingsbewegungen entdeckte Orbán dann ein weiteres Thema zur Instrumentalisierung seiner populistischen Politik. Vor allem mit einem islamkritischen Diskurs konnte er hierbei punkten. *„Wir Ungarn wollen nicht mit anderen Kulturen zusammenleben“*³⁶¹ war ein oft zu hörender Satz des Parteiführers, der damit offenkundig seine islamophobe Einstellung kundtat. Geschickt konnte er mit diesem Thema von den Problemen der ungarischen Bildungs- und Gesundheitspolitik ablenken.³⁶² Zahlreiche Maßnahmen wurden seither getätigt, welche die Integration von Flüchtenden schlichtweg unmöglich machen. Förderungen wurden gestrichen oder reduziert, der Aufenthalt in staatlich finanzierten Aufnahmezentren wurde reduziert auf einen Monat, Zuschüsse zur Einschulung gestrichen, die Möglichkeit der Gesundheitsversorgung eingeschränkt, die Behausung von Asylwerber_innen in Internierungslagern angeordnet, welche der Größe einer Gefängniszelle entsprechen.³⁶³

Neben dem gescheiterten Referendum zur Flüchtlingspolitik (2016) war Ungarn eines der ersten europäischen Länder, welches Grenzzäune errichten ließ, um die Migrant_en_innen an der Einreise zu hindern. Aufgrund der Flüchtlingskrise und der restriktiven Politik konnten sich die Popularitätswerte Viktor Orbáns allmählich wieder

³⁶⁰ Vgl. Vetter, Nationalismus im Osten Europas, 82.

³⁶¹ Ebenda, 72.

³⁶² Vgl. Vetter, Nationalismus im Osten Europas, 72.

³⁶³ Vgl. ebenda, 90f.

verbessern. Im Sommer 2016 zeigte eine Studie des amerikanischen Pew-Instituts, dass die Angst vor einem Terroranschlag durch Flüchtlinge in Ungarn zu diesem Zeitpunkt am höchsten war (76%). Ebenso hatten viele Ungar_n_innen die Angst, die Flüchtenden würden ihnen ihren Arbeitsplatz wegnehmen (82%). Ähnlich verhält es sich generell bei der Ablehnung gegenüber fremden Ethnien, wonach 76% der Ungar_n_innen eine Ablehnung gegen Muslim_e_innen verspüren, 32% antisemitisch und 64% Roma feindlich sind. Lendvai betont dabei, dass Ungarn in diesen Rankings an der europäischen Spitze liegt, obwohl das Land verglichen mit Deutschland oder Österreich kaum Flüchtlinge aufnahm, darüber hinaus gab es bis dato keinen einzigen terroristischen Anschlag.³⁶⁴

8.4 Gegen Intellektuelle und die alten Eliten

Auch in den Bereichen Kultur und Wissenschaft sind die Feindbilder der Fidesz zu finden. Aufgrund unterschiedlicher politischer Ausrichtungen wurden in der Vergangenheit vermehrt Museums- und Theaterdirektor_en_innen entlassen und durch Leute der Fidesz und teilweise sogar der rechtsextremen Jobbik ersetzt. Ein Skandal war sicherlich auch die Verleihung eines Verdienstordens an einen, wie ihn Vetter beschreibt, rechtsradikalen und menschenfeindlichen Publizisten namens Zsolt Bayer³⁶⁵, welcher 2016 das alljährlich verliehene Ritterkreuz für besondere Verdienste für Ungarn verliehen bekam.³⁶⁶

In der Opposition sitzend hat sich Orbán außerdem der Diskreditierung des Establishments und der Eliten bedient. Vor allem richtete sich dies gegen die damalige sozialdemokratische Regierung. Eine Rede des vormaligen Ministerpräsidenten Gyurcsány, bei der dieser eingestand, dass die Politik der letzten Jahre von Lügen geprägt war und man nunmehr einen ehrlichen Kurs forcieren würde, wurde aufgenommen, den Medien zugespielt und veröffentlicht. Nach diesem Skandal konnte Orbán mit regierungskritischer Politik Druck ausüben (neben der Fidesz konnte von

³⁶⁴ Vgl. Lendvai, Orbáns Ungarn, 202-207.

³⁶⁵ Notiz: Bayer plädierte beispielsweise dafür, Roma-Kinder zu überfahren, „Zigeuner“ stellte er Tieren gleich, Jüdinnen und Juden bezeichnete er als „stinkende Exkremete“ und Flüchtende als potenzielle Terroristen. Er zählt zu den einflussreichsten Publizisten Ungarns und war Mitbegründer der Fidesz. Vgl. Vetter, Nationalismus im Osten Europas, 78.

³⁶⁶ Vgl. Vetter, Nationalismus im Osten Europas, 78.

diesem Skandal auch die rechtsextreme Jobbik profitieren, die 2010 den Einzug ins Parlament schaffte). Hartleb meint, dass sich die Anti-Establishment Gesinnung in Ungarn mehr als in allen anderen osteuropäischen Staaten gesteigert hat. Neben der sogenannten „Lügenrede“ (2006) des ehemaligen Ministerpräsidenten instrumentalisierte Orbán auch die wirtschaftliche Misere, die die Vorgängerregierung zu verantworten hatte, für den Wahlkampf, was mitunter zum Wahlerfolg von 2010 führte.³⁶⁷

8.5 Geschichtspolitik und ungarischer Nationalpopulismus

Noch stärker als in Österreich ist in Ungarn der nationalistische Gedanke verankert. In der Literatur ist hierbei immer wieder die Rede von „Nationalpopulismus“. Damit im Zusammenhang steht auch der von Orbán inszenierte Geschichtsdiskurs – vor allem jener über den Vertrag von Trianon. Der nationalistische Kurs des Fidesz spielt sich jedoch auch auf weiteren Ebenen ab. Um die ungarische Identität zu schützen, betreibt Orbán eine Freund-Feind-Politik, die gegen jene hetzt, die die ungarische Nation gefährden könnten. Wie oben bereits erwähnt, richtet sich diese Politik einerseits gegen äußere Feinde (EU, ausländische Investor_innen, USA), andererseits nach innen gegen Minderheiten, die ehemaligen Eliten und den Postkommunismus. Ein Beispiel für diese stark nationalistische Identitätspolitik ist die Reform Orbáns, Auslandsungar_innen die Staatsbürger_innenschaft und somit das Wahlrecht zu verleihen, womit eine Stimmenmaximierung erreicht werden sollte.³⁶⁸

Der nationalistische Kurs des Viktor Orbáns ist auch in der 2011 von ihm und seiner Partei erlassenen Verfassung deutlich zu erkennen. Darin sind religiöse Aspekte enthalten, die das Christentum als hegemoniale Religion hervorheben. Weiters wird Bezug genommen auf die „heilige“ Stephanskrone und somit auf den „Staatsgründer“ Stephan I., auf das Vaterland und die ungarische Kultur und Sprache sowie auf den Nationalstolz. Im Gegenzug werden ethnische Minderheiten ausgeschlossen und Auslandsungar_innen wiederum miteinbezogen. Seit der neuen Verfassung, in der

³⁶⁷367 Hartleb, Internationaler Populismus, 98f.

³⁶⁸ Vgl. Katharina Steinwendtner, Nationalpopulismus in Europa: simplifizierende Antworten auf komplexe Realitäten? Vergleichende Perspektiven auf Frankreich und Ungarn am Beispiel FN und Fidesz. (Masterarbeit Universität Wien 2015), 52f.

auch das oben erwähnte Wahlrecht für Auslandsungar_n_innen beschlossen wurde, erlangten circa 400.000 ethnische Ungar_n_innen die Staatsbürger_innenschaft.³⁶⁹

Im Gegensatz zu Österreich verteidigt der Rechtspopulismus in Ungarn eine nahezu geschichtsverherrlichende Politik. Vor allem der bereits oben erwähnte Vertrag von Trianon, der den Ersten Weltkrieg formal beendete und im Zuge dessen Ungarn einen enormen Gebietsverlust hinnehmen musste, wird für die populistische Geschichtspolitik der Fidesz instrumentalisiert. Dabei schließt Orbán Vergleiche zu heute und betont immer wieder den Willen und die Stärke seiner Partei, Ungarn politisch und kulturell wieder stark machen zu wollen. Daneben stehen weitere schicksalhafte Ereignisse der Vergangenheit, vor allem des 19. und 20. Jahrhunderts, wie beispielsweise die verlorene 1848er Revolution, in Gedenken derer Orbán am Nationalfeiertag seine Partei und die Reformen dieser mit der Revolution zu vergleichen versucht. Ein drittes Beispiel ist das 2002 von Orbán errichtete „Terror Háza“ – zu Deutsch „Haus des Terrors“ – eine sich in Budapest befindliche Gedenkstätte, welche an die Herrschaft des Faschismus und Kommunismus erinnern soll. Vetter zufolge wurde bei der Konzeption des Museums Geschichtsverfälschung betrieben, indem beispielsweise der Antisemitismus zeitlich mit der Machtübernahme der Pfeilkreuzlerpartei (1944) dargestellt wird, obwohl dieser bereits zu einem viel früheren Zeitpunkt unter Horthy praktiziert wurde. Im „Haus des Terrors“ wurde den Gräueltaten des Horthy-Regimes sowie der Pfeilkreuzler lediglich ein Raum (von 25) gewidmet und die Verantwortung für die Verbrechen, die im Zweiten Weltkrieg von vielen Ungar_n_innen begangen wurden, wird bis heute nicht aufgearbeitet. Die tragische Geschichte der ungarischen Jüdinnen und Juden wie auch die der Roma und Sinti wird bis heute in Ungarn eher weniger thematisiert.³⁷⁰

8.6 Die Kontrolle über die Medien

Ins Zentrum internationaler Aufmerksamkeit ist Orbán und somit Ungarn seit der sehr umstrittenen Medienzentralisierung geraten. Vor allem das von der Regierung Orbán verabschiedete Mediengesetz aus dem Jahr 2010, das die Überwachung von TV- und Radiosendern sowie Zeitungen und Websites regeln sollte, wurde international

³⁶⁹ Vgl. Ernst Gelegs, Roland Adrowitzer (Hg.), *Schöne Grüße aus dem Orban Land. Die rechte Revolution in Ungarn.* (Wien, Graz, Klagenfurt 2013), 146-148.

³⁷⁰ Vgl. Vetter, *Nationalismus im Osten Europas*, 79-82.

debattiert. Das Gesetz soll viele widersprüchliche Bestimmungen enthalten, wodurch man sich Platz für interessengesteuerte Auslegungen freihielt. Auch viele eigentliche Kritiker_innen der Fidesz sprachen sich für eine Veränderung der Medienfreiheit in Ungarn aus, da das vorherige System bereits veraltet war und sich keineswegs mit zeitgenössischen Problemen der Cyberkriminalität, wie Rechtsextremismus und Pornographie, auseinandersetzte. Gefährlich sehen diese kritischen Stimmen im Medienrecht der Fidesz wiederum die vagen Formulierungen, die es der Regierung erlauben, nach eigenem Interesse und gegen regierungskritische Stimmen vorzugehen. In diesem Zusammenhang kam es bereits ein Jahr nach Verabschiedung des Gesetzes zu einer vieldiskutierten Entlassungswelle von Journalist_innen der öffentlich-rechtlichen Sender (Radio und TV) sowie der ungarischen Nachrichtenagentur „Magyar Távirati Iroda“ (MTI). Verteidigt wurden die Massenentlassungen mit den finanziellen Kalamitäten dieser Institutionen, was Vetter zufolge auch nicht unwahr ist. Der Hauptgrund der Entlassungen hätte jedoch ein ideologisches Motiv gehabt, wonach die Medien im Interesse der Fidesz gesäubert werden sollten. Nach den Entlassungen wurde von Orbán eine zentrale Nachrichtenredaktion (MTVA) etabliert, welche fortan für alle öffentlich-rechtlichen Sender zuständig gemacht wurde.³⁷¹

Die Schließung der regierungskritischen Zeitung „Népszabadság“ (zu Deutsch „Volksfreiheit“) sorgte im Oktober 2016 für Wirbel und Aufregung, wobei immer wieder die Rede von einem Putsch war. Die Geschäftsführung der Zeitung hatte in letzter Zeit vermehrt gewechselt, zuletzt erschienen ist sie im Verlag Mediaworks, der dem Wiener Investor Heinrich Pecina gehörte. Dieser verkaufte im Herbst 2016 dann an eine weitere Firma namens Opimus, welche wiederum Verbindungen zum Heimatort Orbáns hat. Der ungarischen Regierung hat dieser Deal auch tatsächlich genützt, da neben der Oppositionszeitung auch weitere Regionalzeitungen zum Verlag gehörten. Neben der Kontrolle und Überwachung von Medien werden diese von der Regierung gekonnt als Propagandamittel verwendet. Orbán selbst etwa spricht regelmäßig in einer Radiosendung ganze 180 Minuten zu den Menschen (Kritiker_innen nennen es das „Freitagsgebet“). Auch bei den analogen Nachrichten änderte sich durch Orbáns Mediengesetz einiges. Reporter_innen mussten detaillierte Vorgaben bezüglich der Gestaltung und des Inhalts von Artikeln beachten. Interviewpartner_innen, wie zum

³⁷¹ Vgl. Vetter, Nationalismus im Osten Europas, 75f.

Beispiel Politikwissenschaftler_innen oder Meinungsforscher_innen, wurden von der Regierung mittels Wunschlisten vorgegeben. Eine ehemalige Journalistin von „Népszabadság“ meinte in diesem Zusammenhang:

„Eine Meldung hatte mit dem Zitat eines Vertreters der Regierungspartei Fidesz zu beginnen und musste auch so enden, weil Anfang und Ende einer Nachricht besonders im Kopf hängen bleiben.“³⁷²

Neben dem Beispiel „Népszabadság“ sollen vermehrt regierungsnaher Geschäftsleute den ungarischen Medienmarkt erworben haben, viele darunter mit direkten Verbindungen nach Österreich. Neben Print- und Radionachrichten setzt die Regierung Orbán darüber hinaus nun vermehrt auch auf die Kontrolle diverser Onlineportale.³⁷³

Vetter meint dazu, dass die Medienfreiheit durch das neue Gesetz in Ungarn nicht gänzlich eingeschränkt wurde. Eine Informationsbeschaffung von regierungskritischen Medien sei durchwegs noch möglich. Darüber hinaus gibt es noch einige wenige unabhängige Radiosender (Zava-Rock Rádió, Lánchíd Rádió). Trotzdem ist es womöglich nur noch eine Frage der Zeit, wann die Medienlandschaft endgültig unter Regierungskontrolle geraten wird.³⁷⁴

Einem Ranking von „Reporter ohne Grenzen“ zufolge fiel Ungarn seit der Machtergreifung Orbáns in der Rangfolge zum Thema Pressefreiheit um 44 Plätze und liegt derzeit (Stand: Februar 2017) auf Platz 67, nach Georgien, Senegal und Malawi.³⁷⁵

8.7 Charisma und Führerkult Viktor Orbáns

József Bayer sagt Orbán ein Image nach, welches auf die Menschen sympathisch wirkt. Vor allem in seiner Rolle als Oppositionspolitiker vor 1998 wurde er, sicher auch aufgrund seiner Vergangenheit, als sportlicher und kämpferischer Naturbursche vom Land und als sehr charismatisch und ansprechend wahrgenommen. Darüber hinaus

³⁷² Stephan Ozsváth, Orbáns Imperium. Freunde des Premiers erobern Stück für Stück Ungarns Medienlandschaft. Anatomie einer Übernahme mit österreichischer Hilfe. In: Falter 7 (2017), 8f.

³⁷³ Vgl. ebenda.

³⁷⁴ Vgl. Vetter, Nationalismus im Osten Europas, 77f.

³⁷⁵ Vgl. Ozsváth, Orbáns Imperium. In: Falter 7/17.

hatte er schon als junger Mann eine außerordentlich hohe rhetorische Begabung.³⁷⁶ Vor allem die „kleinen Leute“ konnte er durch seine wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Beteuerungen ansprechen. Als Orbán jedoch 1998 in Regierungsverantwortung genommen wurde, war seine Sprache immer mehr von Aggression und Autorität geprägt, seine Machtposition versuchte er damit stets auszubauen.³⁷⁷

Aufgrund der Niederlage vom Jahr 2002 hatte der charismatische Orbán etwas an Strahlkraft verloren. Unter seinen Anhänger_innen blieb er hingegen der Führer des rechten Spektrums sowie *der* Repräsentant des nationalistischen Ungarns.³⁷⁸

Nach der Niederlage sollte die Partei reorganisiert werden. In den ersten Jahren nach 2002 war dies jedoch weniger erfolgreich. Die Ungar_innen schienen in den Jahren 2002 – 2010 nicht mehr mit rein populistischer Politik und nationalistischen Parolen mobilisierbar gewesen zu sein.³⁷⁹ Nach dem Wahlerfolg von 2010 hatte er eine Zweidrittelmehrheit, seine Machtbefugnisse baute er seither immer stärker aus, weswegen immer mehr Ungar_innen Skepsis gegenüber Orbáns Politik äußerten. Spätestens seit der Flüchtlingskrise jedoch schien Orbán ein neues Thema gefunden zu haben, welches der sich abzeichnenden Erosion der Partei entgegenwirken konnte. Als Beschützer Ungarns, der Europäischen Union und des christlichen Abendlandes stilisiert dieser sich nunmehr mit politischem Erfolg – inmitten von Flüchtlingskrise und Globalisierung soll Orbán wieder an Zustimmung gewonnen haben (sogar bei vormaligen Nicht-Fidesz-Wähler_innen – Stand 04/2016).³⁸⁰

Autor_en_innen zum vorliegenden Thema und insbesondere Paul Lendvai sind sich einig, dass Viktor Orbáns „Führerdemokratie“ seit der erneuten

³⁷⁶ Notiz: Man erinnere an den ersten großen Auftritt Orbáns im Rahmen einer Trauerkundgebung anlässlich der Todesopfer von 1956. Am 16.6.1989 noch vor dem Abzug der Sowjets hielt der bis dato noch unbekannt, junge Orbán am Budapester Heldenplatz eine eindrucksvolle Rede. Die Forderungen waren Demokratie und Unabhängigkeit und somit ein Ende des Kommunismus. Lendvai berichtete damals für den ORF und spricht von einer mutigen und bahnbrechenden Rede, im Anschluss derer Viktor Orbán überraschend schnell im In- und Ausland bekannt wurde. Vgl. Lendvai, Orbáns Ungarn, 15-17.

³⁷⁷ Vgl. Bayer, Die Fidesz. In: Rensmann, Frölich-Steffen (Hg.), Populisten an der Macht, 180.

³⁷⁸ Vgl. ebenda, 186.

³⁷⁹ Vgl. ebenda, 185f.

³⁸⁰ Vgl. Jan-Uwe Stahr, Orbáns Ungarn. Zwischenbilanz einer nationalkonservativen Wende (30.04.2016), online unter: <http://www.deutschlandfunk.de/orbans-ungarn-zwischenbilanz-einer-nationalkonservativen.724.de.html?dram:article_id=352929> (21.05.2017).

Regierungsverantwortung trotz aller Zweifel auf starken Beinen steht und nicht gefährdet sei.³⁸¹

8.8 Sozioökonomische Aspekte

Ähnlich wie dies in den restlichen europäischen Ländern zu beobachten ist, wird auch in Ungarn seitens des Rechtspopulismus eine Politik betrieben, die gegen die Globalisierung und Modernisierung hetzt, durch welche vor allem die „kleinen Leute“ auf der Strecke geblieben seien. Nach dem Systemwechsel hatte auch die sozialistische Planwirtschaft in Ungarn ein Ende. Wirtschaftlich hatte sich nach dem Ende des Kommunismus in Ungarn einiges verändert, so kam es unter anderem zu zahlreichen Privatisierungen und zu vielen ausländischen Investitionen. Orientiert hat man sich dabei vorwiegend am Westen und auch der Kapitalismus hatte Eingang in die ungarische Wirtschaftspolitik gefunden. Darunter zu leiden hatten vorwiegend die Arbeiter_innen, die unter extremem Druck der ausländischen Investoren, aber auch der ungarischen Privatunternehmen arbeiten mussten (Profitmaximierung, Konkurrenzdenken). Durch die veränderten wirtschaftspolitischen Strukturen haben sich auch innerhalb der ungarischen Gesellschaft Prozesse ergeben, die für die Menschen ganz unterschiedliche Auswirkungen hatten. Ein kleiner Teil (Manager_innen, Unternehmer_innen, Bankiers) profitierte davon und konnte in kurzer Zeit sozial aufsteigen. Der Großteil hingegen ist in einen Überlebenskampf geraten, lebt in Armut und hat die Modernisierung somit als negativ empfunden (Arbeitslose, Pensionist_en_innen, Großfamilien, Alleinerzieher_innen, Roma). Einer Umfrage des Pew-Instituts aus dem Jahr 2009 ist zu entnehmen, dass nicht einmal ein Drittel der Ungar_n_innen mit einem marktwirtschaftlichen System zufrieden seien. Diese Angst der freien Marktwirtschaft gegenüber instrumentalisiert auch der ungarische Rechtspopulismus für sich. Im Rahmen des EU-Wahlkampfes meint der Parteichef 2014:

„Die Multis, Bankiers und EU-Bürokraten unternehmen einen neuen Angriff gegen ungarische Familien, aber wir werden weder Unrecht noch doppelte Standards akzeptieren und weichen nicht einer Politik der Extraprofite und Habgier.“³⁸²

³⁸¹ Vgl. Lendvai, Orbáns Ungarn, 191.

³⁸² Vetter, Nationalismus im Osten Europas, 86.

Die These der Modernisierungsgewinner_innen beziehungsweise deren Verlierer_innen bezieht sich somit im ungarischen Populismus vorwiegend auf die Reichen und auf die EU.³⁸³

Wirtschafts-, gesellschafts- und finanzpolitisch strebte die Fidesz deshalb seit dem Kabinett Orbán II einen „[...] *Elitenwechsel in der Wirtschaft, womit eine Ablösung bisheriger sozialistischer bzw. kommunistischer Seilschaften gemeint ist, [an].*“³⁸⁴ Dem gegenüber steht die Tatsache, dass viele wirtschaftliche Größen, die von der Fidesz ausgetauscht wurden, sich wenig von den vormals sozialistischen unterscheiden. Was die ausländischen Investitionen angeht, so weiß Orbán zwar, dass das Land darauf angewiesen war, dulden kann er es jedoch trotzdem nicht, dass sich die „neuen Eigentümer“ in Ungarn bereichern, jedoch im Land wiederum nicht neu investieren. Die Folge war die Einführung einer Sondersteuer für vorwiegend jene Branchen, in denen ausländische Investitionen einfließen, damit diese einen Beitrag zur Budgetsanierung leisten. Für die „kleinen Leute“ hat sich die Regierung wiederum die Förderung von Klein- und Mittelunternehmen (auch mit EU-Geldern) zum Ziel gesetzt, um, wie Orbán es bezeichnete, „*ein bürgerliches Ungarn aufzubauen*“³⁸⁵. Was Sozial- und Bildungspolitik betrifft, so hat die Regierung Orbán in der Vergangenheit einiges verabsäumt. Vor allem seit dem Kabinett Orbán II (2010) hat sich an den teils desolaten Bedingungen im Gesundheitsbereich wenig verändert. Auch der Bildungsstand der Ungar_n_innen ist immer noch sehr niedrig.³⁸⁶

Paradoxerweise hat Orbán gesellschaftspolitisch den „kleinen Mann“ nicht so sehr entlastet, als er das vorgab zu tun, denn der „Wohlfahrtsstaat für alle“ ist eher zu Lasten der unteren Schichten geglückt. Die oben erwähnte Armut vieler Ungar_n_innen wirkte sich auch in Obdachlosigkeit aus, was wiederum politisch instrumentalisiert und häufig kriminalisiert wird. So sind etwa Steuerbegünstigungen für Familien nur vorgesehen, wenn die Erziehungsberechtigten einer Arbeit nachgehen. Wenn dies nicht der Fall ist, so erhalten Familien keine Förderungen. Hierbei kann man eine Transformation vom „welfare state“ zum „workfare state“ beobachten.³⁸⁷

³⁸³ Vgl. ebenda, 84-86.

³⁸⁴ Ebenda, 87.

³⁸⁵ Ebenda, 87.

³⁸⁶ Vgl. ebenda, 87f.

³⁸⁷ Vgl. Steinwendtner, Nationalpopulismus in Europa, 53f.

8.9 EU-Skepsis

In ihrer ersten Regierungsperiode führte die Fidesz eine pro-europäische Politik. Die Beitrittsverhandlungen wurden bis 2002 nahezu abgeschlossen. Nach der Wahlniederlage von 2002 wandelte sich die Europapolitik der nunmehr in der Opposition sitzenden Fidesz radikal. Die Kritik der EU gegenüber wurde vor allem unmittelbar vor der Osterweiterung 2004 spürbar, was sich in einer geringen Wahlbeteiligung manifestierte.³⁸⁸

Da Orbán seit 2010 wieder die Regierungsgeschäfte leitet, hat sich auch seine EU-Politik wiederum geändert. Einerseits kritisiert er diese stark, um jeglichen äußeren Einfluss, der die Partei einschränken könnte, verhindern zu können. Was die Finanz- und Wirtschaftspolitik angeht, verhält sich Ungarn unter Orbán (vor allem aufgrund der hohen Verschuldung) durchwegs kooperativ. Ein Gegenbeispiel wäre das 2010 verabschiedete Mediengesetz, das man im Kreise der Kommission als sehr kritisch empfand und woraufhin man der Fidesz drohte, ein Verfahren einzuleiten, da es der EU zufolge gegen die Grundwerte verstoße. Schlussendlich wurde von der Klage abgesehen, da Orbán sich entschloss, Korrekturen durchzuführen (wobei sich diese vorwiegend auf den EU-Binnenmarkt bezogen und kaum auf die Position der Fidesz am Medienmarkt Ungarns).³⁸⁹

Sehr konträr und EU-kritisch verhalten sich Ungarn, die Fidesz und somit Viktor Orbán aktuell (ähnlich wie die anderen Visegrád-Staaten) hinsichtlich der Verteilung von Flüchtenden. So ist man strikt gegen eine faire Verteilung und eine Quote innerhalb der EU. Darüber hinaus war Ungarn eines der ersten Länder, welches die Grenzbebauung als Abwehr von Flüchtenden initiierte. In diesem Zusammenhang spricht sich Orbán auch immer wieder für eine Flüchtlingspolitik à la Donald Trump aus, in dem er diese als Vorbild für Europa sehe. Am 2. Oktober gab es zur Flüchtlingspolitik der EU in Ungarn ein Referendum, welches die ungarische Gesellschaft zur Quotenregelung der EU

³⁸⁸ Vgl. Bayer, Die Fidesz. In: Rensmann, Frölich-Steffen (Hg.), Populisten an der Macht, 186.

³⁸⁹ Vgl. Vetter, Nationalismus im Osten Europas, 89f.

befragen sollte. Man erwartete ein eindeutiges Ergebnis zugunsten Orbáns, das Referendum war jedoch schlussendlich aufgrund zu geringer Beteiligung gescheitert.³⁹⁰

Die EU-kritische Haltung Orbáns bezieht sich vor allem in letzter Zeit vermehrt auf die Flüchtlingskrise und den Islam als Religion. Im Jahr 2016 hat dieser dazu aufgerufen

„[...] Europa wieder zu befreien – von jenen, die verbieten, auszusprechen, dass die Migration dem Kontinent schade, Terror und Verbrechen bringe und noch zehn Millionen Menschen kämen – und all das von Brüssel aus gesteuert sei.“³⁹¹

Ein weiteres Beispiel für seine Ablehnung gegenüber dem EU-Establishment war der EU-Wahlkampf 2014, im Rahmen dessen der Kommissionspräsident gewählt werden sollte. Neben dem Briten David Cameron stimmte auch Viktor Orbán bei der Abstimmung des Europäischen Rates gegen die Kandidatur Jean-Claude Junckers, da beide den gewählten Kurs des Luxemburgers als falsch erachteten.³⁹²

Neben der Kommission sind auch der Europarat, der IWF sowie die Europäische Zentralbank dem ungarischen Premier ein Dorn im Auge. Lendvai geht davon aus, dass diese Ablehnung systemischen Charakter habe und es die Absicht Orbáns sei, die EU in ihren Werten zu verletzen. Beim Nationalfeiertag am 15. März 2011 meinte Orbán diesbezüglich, dass Ungarn keine Kolonie sei und sich nach der Okkupation vom Osmanischen Reich, der Habsburgermonarchie und der Sowjetunion von Brüssel nicht besetzen lasse.³⁹³

Orbán wirbt zwar derzeit nicht für den Austritt aus der Union, positioniert sich jedoch immer wieder als EU-kritisch. Dabei ist in den letzten Jahren vermehrt eine wirtschaftliche Hinwendung Ungarns in Richtung Osten und Putin-Russland zu konstatieren.³⁹⁴

³⁹⁰ Vgl. ebenda, 90f.

³⁹¹ Tóth, Auf zum rechten Gefecht. In: Falter 40/16, 10.

³⁹² Vgl. Wirsching, Demokratie und Globalisierung, 198-201.

³⁹³ Vgl. Lendvai, Orbáns Ungarn, 125f.

³⁹⁴ Vgl. Vetter, Nationalismus im Osten Europas, 92f.

8.10 Weitere Feindbildkonstrukte

Neben Antisemitismus, Antiziganismus und Islamophobie ist in Ungarn auch eine Marginalisierung gegenüber LGBTIs³⁹⁵, Frauen sowie sozialchauvinistische Politik gegenüber Obdachlosen zu beobachten. Vor allem Homosexuelle haben darunter zu leiden und das obwohl man Homosexuellen in Ungarn in der Vergangenheit einige Rechte eingestand. Die Ablehnung LGBTIs gegenüber ist auch in der Gesellschaft angekommen, so zeigt eine Studie aus dem Jahr 2011, dass 70% der Ungar_n_innen gegen gleichgeschlechtliche Ehen sind und mehr als zwei Drittel Homosexualität als anormal empfinden. Seit dem Kabinett Orbán II und vor allem seit der Verfassungsänderung ist eine Aushöhlung der Rechte von LGBTIs zu vermerken. Das Grundgesetz beschreibt die Ehe darin nämlich als Gemeinschaft von Mann und Frau. In regierungsnahen Kreisen und auch unter Abgeordneten der Fidesz kam es in den letzten Jahren vermehrt zu öffentlichen homophoben Aussagen, darüber hinaus zeigt man keinerlei Sympathie oder Unterstützung für die „EuroGames“ (Sportliches Event für Schwule und Lesben), für die „Gaypride“ oder das „Sziget Festival“ (Musikfestival mit Programm für Homosexuelle). Neben der Regierungspartei instrumentalisiert auch die rechtsextreme Oppositionspartei Jobbik das Thema für sich.³⁹⁶

Dem konservativen Gesellschaftsbild entsprechend ist auch die Frauenpolitik in Ungarn in einem rückständigen Prozess. Als Rolle der Frau wird jene der Hausfrau und Mutter propagiert, eine im Parlament gescheiterte Quotenregelung für die Politik aus dem Jahr 2007 bezeugt dies. In den Regierungsbänken und auch in den anderen Parteien sind Frauen generell unterbesetzt und Ungarn bildet in Sachen „Gender-gap“ fast das Schlusslicht in Europa.³⁹⁷

Der Rechtspopulismus in Ungarn hat sich neben den bereits genannten Feindbildern auch auf die Diskreditierung Obdachloser konzentriert. Die „law and order“ Politik gegenüber diesen Menschen ist in den letzten Jahren sehr viel restriktiver geworden und seit 2011 ist die Obdachlosigkeit sogar als Ordnungswidrigkeit erklärt worden und wird somit bestraft. Eine Mehrheit der Obdachlosen stellen Roma dar, womit wiederum

³⁹⁵ Notiz: LGBTI kommt aus dem Englischen und steht für „Lesbian, Gay, Bisexual, Transgender, Intersex“.

³⁹⁶ Vgl. Koob, Ensemble der Abwertung. In: Koob, Marcks, Marsovszky (Hg.), Mit Pfeil, Kreuz und Krone, 86-88.

³⁹⁷ Vgl. ebenda, 93f.

auch eine kulturelle Komponente einhergeht (Kriminalpopulismus).³⁹⁸ Diese Art sozialchauvinistischer Politik gegenüber Frauen, Homosexuellen und Armen, welche der Ausgrenzung und Marginalisierung dient, wird populistisch instrumentalisiert und macht dies wiederum salonfähig für eine gesellschaftliche Mehrheit.

8.11 Zum Wähler_innenklientel der Fidesz

In den 1990er Jahren war das Wähler_innenspektrum der Fidesz, Bayer zufolge, sehr breit. Viele Ungar_n_innen aus den unterschiedlichsten Gesellschaftsschichten wählten die Fidesz aufgrund dessen Konfrontationspolitik gegen die Eliten. Diese Art von Politik war stark vom Parteiführer Orbán geprägt, da dieser bereits in seiner Jugend als sehr streit- und konfliktfreudig bezeichnet wurde.³⁹⁹

Historisch betrachtet ist das Wahlverhalten in Ungarn sehr volatil, insofern, als dass bis zum Jahr 2006 immer die regierende Partei die Parlamentswahlen verloren hatte. Seit Orbán II und dessen starker Polarisierung und Politik der Angstmache ist jedoch wieder eine Entwicklung zu beobachten, die die Politikverdrossenheit allmählich hemmt.⁴⁰⁰

Die These der Transformationsverlierer_innen gilt in Ungarn ebenso wie in anderen europäischen Ländern. Kálnoky zufolge ist das Wähler_innenspektrum in Ungarn jedoch etwas spezieller, denn er positioniert 60% der Wähler_innen rechts von der Mitte und zählt dazu Rechte, Konservative aber auch Bürgerliche. Seit dem Flüchtlingsreferendum spricht Orbán zudem auch vermehrt Wähler_innen der noch weiter rechtsstehenden Jobbik an.⁴⁰¹

³⁹⁸ Vgl. ebenda, 94-96.

³⁹⁹ Vgl. Bayer, Die Fidesz. In: Rensmann, Frölich-Steffen (Hg.), Populisten an der Macht, 181.

⁴⁰⁰ Vgl. Steinwendtner, Nationalpopulismus in Europa, 56f.

⁴⁰¹ Vgl. Boris Kálnoky, Jetzt umarmt Orbán die Wähler von Jobbik. (05.10.2016), online unter: <<http://diepresse.com/home/ausland/aussenpolitik/5097061/Jetzt-umarmt-Orban-die-Waehler-von-Jobbik>> (03.05.2017).

9. Vergleichende Analyse

Abschließend soll ein Vergleich hinsichtlich rechtspopulistischer Politik zwischen Österreich und Ungarn erfolgen. Anhand der in Kapitel 6 und 8 erfolgten Analyse können bereits sehr konträre Entwicklungen beobachtet werden, welche ich umrisshaft noch einmal zusammenfassen möchte.

Ein Blick auf die Entstehungsgeschichte der beiden rechtspopulistischen Parteien zeigt bereits einen sehr markanten Unterschied, nämlich dass die Fidesz in Ungarn, die als liberale Jugendbewegung gegründet wurde, sich nunmehr als ungarische Volkspartei bezeichnet und auch in der EU Mitglied der europäischen Volksparteien ist. Ganz anders ist dies bei der österreichischen FPÖ, die nicht nur eine weitaus ältere Partei ist, sondern bereits als rechtsgerichtete Partei gegründet wurde und ihre Wurzeln im VdU („Verband der Unabhängigen“) und somit historisch betrachtet nahe dem Nationalsozialismus zu finden hat.

Gänzlich konträr zeigen sich die analysierten Parteien hinsichtlich ihrer Rolle in der Regierungsverantwortung. Die Fidesz wurde erst in den späten 1980er Jahren gegründet und ist bereits zehn Jahre später in die Regierung gewählt worden. Zwischenzeitlich (2002-2010) aufgrund nicht eingehaltener Versprechen und Skandale abgelöst, ist sie jedoch nunmehr seit 2010 Regierungspartei. Die FPÖ hingegen kann als traditionelle Oppositionspartei betrachtet werden. In der Vergangenheit konnten die Freiheitlichen nur zweimal die Regierungsgeschäfte mitbestimmen, einmal in einer Minderheitsregierung mit der SPÖ und ein weiteres Mal in der „berücktigten“ ÖVP-FPÖ Koalition vom Jahr 2000. Seither erringen diese (noch) in der Opposition sitzend immer bessere Ergebnisse. Wobei man sich hierbei die Frage stellen muss, warum diese Entwicklung zu beobachten ist. An dieser Stelle muss man die populistischen Merkmale der Politik näher beleuchten. Folgendes Merkmal kann sowohl für den österreichischen als auch für den ungarischen Populismus definiert werden: das Bilden von Freund-Feind-Schemata und somit das Schüren von Ängsten gegenüber Ausländer_n_innen, Minderheiten und Kriminellen.

Aktuell bezieht sich diese Debatte vor allem auf Flüchtlinge aus muslimischen Ländern und dieser islamophobe Populismus ist derzeit sicherlich der stärkste Motor des Rechtspopulismus. Wobei in diesem Kontext doch ein Unterschied zwischen Österreich

und Ungarn zu notieren ist und zwar jener, dass Ungarn im Vergleich zu Österreich seit der Flüchtlingskrise weitaus weniger Menschen aufgenommen hat. Auch hinsichtlich des geringen Anteils an Muslim_en_innen in der Vergangenheit ist das Schüren von Ängsten vor dem Islam in Ungarn eher unbegründet und trotzdem funktioniert es.

Ein weiteres gemeinsames Feindbild ist beiden Parteien die Globalisierung, Digitalisierung und Modernisierung mit all ihren Auswirkungen auf die Gesellschaft und Wirtschaft. Dabei werden Modernisierungsängste geschürt, die vorwiegend mit Migrant_en_innen konnotiert werden und die Fremdenfeindlichkeit wiederum verstärken. Was Rassismen betrifft, so ist in Ungarn das Phänomen des politischen Antiziganismus weitaus stärker ausgeprägt, als das in Österreich der Fall ist. Diese Feindschaft im Inneren des Landes stellt somit sicherlich einen Kontrast zu Österreich dar.

Gesellschaftspolitisch kann bei beiden Parteien ein Prozess beobachtet werden, der die Errungenschaften der 68-er Bewegung in Frage stellt. Sowohl die FPÖ als auch die Fidesz positionieren sich im Rahmen einer Geschlechterdiskussion sehr konservativ. Homophobie oder die Infragestellung von Gleichberechtigung wird zwar nicht explizit öffentlich praktiziert, um für die gesellschaftliche Mitte wählbar zu sein, trotzdem kann man eine gewisse Abneigung gegenüber alternativen Lebensgemeinschaften, die von der traditionellen Familienkonstellation abweichen, beobachten. Darüber hinaus sei auch auf die Rolle der Frau und den aufstrebenden Feminismus hinzuweisen, der von den Rechtspopulisten sowohl in Österreich als auch in Ungarn abgelehnt wird, wobei die Position der Frau wieder auf ihre traditionelle Familien- und Hausfrauenrolle reduziert wird.

Ein sehr wesentlicher Unterschied ist aufgrund der konträren Rollen im politischen Prozess der Umgang mit politischen Gegner_n_innen. Da die FPÖ bisher vorwiegend in der Opposition tätig war, konnte diese eine erfolgreiche Anti-Establishment-Politik führen. Vor allem wurde dabei gegen die Große Koalition Stimmung gemacht. Neben der Regierung werden auch Intellektuelle und Linke immer wieder angegriffen. Als die Haider-FPÖ kurzzeitig selbst in der Regierung saß, war interessanterweise ein Kurswechsel zu beobachten, da – selbst in der Regierung sitzend – diese Art von Politik nicht mehr möglich war. In Ungarn positioniert sich die Fidesz als typisch populistische

Partei der „kleinen Leute“ und hetzt anders als in Österreich vor allem gegen die reichen und postkommunistischen Eliten und gegen ausländische Unternehmer_innen.

Gemein haben außerdem beide Parteien eine nationalistische Identitätspolitik. Sie definieren sich über ihre Heimat, die „Volksgemeinschaft“, die Kultur und Sprache. Alles Fremde und Verschiedenartige wird dabei als natürliches Feindbild gesehen. Über die Grenzen hinaus definiert man sich nur mit anderen nationalistischen Rechtspopulist_en_innen. In Ungarn (und anderen osteuropäischen Staaten) ist diese identitätsstiftende Politik trotzdem etwas stärker ausgeprägt, weswegen dabei oft die Rede von „Nationalpopulismus“ ist.

Was den Umgang mit Medien betrifft, instrumentalisieren sowohl in Österreich als auch in Ungarn (nicht nur) Rechtspopulist_en_innen diese für politische und populistische Zwecke. Die Präsenz im Internet ist als Politiker_in im Medienzeitalter nicht wegzudenken. Der ungarische Premier Orbán präsentiert sich jedoch nicht nur in sozialen Netzwerken, sondern überwacht und kontrolliert diese (seit dem Mediengesetz 2010) verstärkt. Von absoluter Pressefreiheit kann hier nicht mehr die Rede sein. In letzter Zeit wurden verstärkt Medien an regierungsnahe Unternehmen verkauft oder zentral organisiert. Darüber hinaus wurden zahlreiche Reporter_innen und Journalist_en_innen entlassen, die nicht im Interesse der Regierung Bericht erstatteten. In Österreich ist solch eine Entwicklung in Richtung allmählicher Abschaffung der Pressefreiheit nicht gegeben. Zu beobachten ist jedoch vermehrt eine negative Haltung der FPÖ gegenüber dem ORF, der vermehrt als „linkslinkes Propagandamedium“ bezeichnet wird, welches sich gegen die „Blauen“ verschwört habe.

Bezüglich des Demokratiediskurses kann gesagt sein, dass sich Orbán für Ungarn auf sehr gefährlichem Terrain bewegt. Die Verfassungsänderungen, das neue Mediengesetz und die Orientierung an Putin, Trump und dem Brexit lassen langfristig Sorge über den Erhalt der ungarischen Demokratie aufkommen. In Ungarn selbst spricht man diesbezüglich nicht mehr von liberaler, sondern von illiberaler Demokratie. Der autoritäre Führungsstil eines Orbán wurde zu Beginn seiner Karriere geschätzt, nunmehr gehen vermehrt junge Menschen auf die Straßen, um dagegen zu protestieren. Die Freiheitlichen in Österreich sind grundsätzlich nicht als Gegner der Demokratie einzustufen, trotzdem finden sich teilweise antidemokratische Werte in ihrem Konzept.

Um dem Ruf einer „antidemokratischen Partei“ zu entkommen, spricht man sich in den letzten Jahren für den Ausbau direktdemokratischer Politik aus und verspricht dies auch für eine allfällige Regierungsbeteiligung.

Neben den bereits genannten Aspekten und Motiven für den Erfolg der beiden rechtspopulistischen Parteien spielt für Orbán, Haider und auch Strache die Darstellung als charismatische und nahbare Führungsfigur eine Rolle. Orbán wird aufgrund seiner Kindheit und Jugend in der Provinz eine Nähe zu den „kleinen Leuten“ nachgesagt, daneben ist er rhetorisch begabt und kämpferisch. Jörg Haider zeichnete neben seinem charismatischen Auftreten auch die Nahbarkeit zum „Volk“ aus. Strache kann hingegen mehr mit seinen Inhalten als mit Charisma und Nahbarkeit bei den Menschen punkten, obwohl auch er sich in der Vergangenheit stets darin versuchte – man erinnere an Wahlkampfauftritte in Diskotheken, etc. Im aktuellen Diskurs und der vergangenen Präsidentschaftswahl kann wohl eher sein Parteikollege Norbert Hofer als charismatischer Politiker bezeichnet werden. Weiters ist in diesem Kontext auch auf Christian Kern (SPÖ) und Sebastian Kurz (ÖVP) einzugehen, die, wie es scheint, Strache die Strahlkraft und auch die Themen wegnehmen.

Zu guter Letzt sei noch auf die Positionierung gegenüber der Europäischen Union zu verweisen. Beide Parteien verhalten sich in dieser Frage ähnlich – nämlich EU-kritisch. Da die Fidesz in Ungarn jedoch Regierungspartei ist, kann der EU-Skeptizismus in Ungarn nicht mit dem der oppositionellen FPÖ gleichgestellt werden. In letzter Zeit versucht die Fidesz sich vermehrt gegen europäisches Recht zu stellen. Die vereinbarte Quotenregelung führte in Ungarn sogar zu einem (gescheiterten) Referendum und Ungarn hat verhältnismäßig nur einen sehr geringen Teil von Flüchtenden aufgenommen. Darüber hinaus wittert man vermehrt gegen die „Brüsseler Bürokrat_en_innen“ und den Umgang mit der Flüchtlingskrise seitens der EU. Sicherlich ist der EU-kritische Diskurs in beiden Ländern vergleichbar, in Ungarn jedoch aufgrund der Position als Regierungspartei noch problematischer.

10. Conclusio

Ziel der vorliegenden Arbeit war es, gemäß der eingangs gestellten Forschungsfrage die Motive und Aspekte des Rechtspopulismus in Österreich und unserem Nachbarland Ungarn zu erörtern. Vor allem sollten dabei die wesentlichsten Gemeinsamkeiten beziehungsweise Unterschiede hinsichtlich rechtspopulistischer Politik ermittelt werden, was in Kapitel 9 auch darzustellen versucht wurde.

Der Aufstieg gelang beiden Parteien in den späten 1990er Jahren, was mit unterschiedlichen Motiven zu begründen ist. In Österreich war es das allmähliche Zerbröckeln der seit der Zweiten Republik fast ausschließlich vorherrschenden und österreich-typischen SPÖ-ÖVP Koalition, die sich den Fragen der Zeit (Flüchtlingsbewegungen, Globalisierung, Digitalisierung, etc.) offenbar nicht ausreichend stellte. Daneben waren der damalige Parteichef Haider und dessen charismatisches und nahbares Auftreten sicherlich mitausschlaggebend für den Erfolg der Partei. In Ungarn war ebenso ein Zerbrechen der Ungarischen Sozialistischen Partei (SMZP) aufgrund deren neoliberaler Wirtschaftspolitik sowie zahlreicher Korruptionsskandale zu beobachten, woraufhin die Fidesz und Viktor Orbán an die Macht gelangen. Zwischenzeitlich (2002-2010) nochmals abgewählt, gelang es Orbán dann 2010 die absolute Mehrheit zu erreichen und seither versucht dieser, seine Machtbefugnisse stetig auszuweiten. Was Ungarn sicherlich auch von Österreich unterscheidet, ist dessen kommunistische Vergangenheit. Der Umsturz ist in Ungarn, verglichen mit anderen postkommunistischen Staaten, zwar verhältnismäßig friedlich verlaufen, trotzdem war die lange Zeit des Sozialismus ausschlaggebend für die politischen Folgeentwicklungen und schlussendlich für den Erfolg eines Viktor Orbán.

Im europäischen Kontext können die beiden Länder sicherlich als Extrembeispiele bezeichnet werden, da Haider und dessen Erfolge mit der FPÖ eine gewisse Vorbildwirkung für die weiteren Entwicklungen des europäischen Rechtspopulismus hatten, die Ära Haider in der Literatur immer wieder als der „Prototyp“ des Populismus bezeichnet wird. Die ungarische Fidesz wurde zwar erst mehr als 30 Jahre nach der FPÖ gegründet, trotzdem gelang es dem Parteigründer Orbán schnell mit seinen europäischen Kolleg_en_innen gleichzuziehen. Nach dem Sturz des Kommunismus 1989 war man in Ungarn bemüht eine demokratische Lösung zu finden, Orbán war dabei auch

nicht unbeteiligt, bedenkt man, dass die Partei als sozial-liberale Jugendbewegung gegründet wurde. Heute, knapp 30 Jahre später, sieht man die ungarische Demokratie unter eben diesem Orbán immer mehr in Gefahr.

Der Rechtspopulismus wird neben Österreich und Ungarn auch die anderen europäischen Demokratien in Zukunft sicherlich noch auf eine harte Probe stellen. Sieht man sich die Entwicklungen seit den 1980er Jahren diesbezüglich an, so kann man in nahezu allen europäischen Ländern eine Radikalisierung hinsichtlich rechtspopulistischer Politik beobachten, die mancherorts an eine Zeit erinnert, die man in Europa und der Welt nicht wiedererleben möchte. Aufgabe der bekennenden Demokrat_en_innen wird es nun sein, diesen Entwicklungen ehestmöglich entgegenzuwirken, um den fortschreitenden Rechtsruck in Zaum zu halten.

Die beiden in dieser Diplomarbeit analysierten Länder, Österreich und Ungarn, stellen in einem gesamteuropäischen Kontext nur zwei Beispiele rechtspopulistischer Politik dar, welche sich in den ein oder anderen Aspekten bestimmt zu Resteuropa unterscheiden. Trotzdem zeigen die Ergebnisse dieser Arbeit die großen Themen des Rechtspopulismus, die auch andernorts vorherrschend sind: das Schüren von Globalisierungsängsten, die Hetze gegenüber Ausländer_n_innen und Minderheiten sowie ein nationalistischer Politikkurs. In Ungarn ist letztgenannter Aspekt sicherlich noch extremer ausgeprägt, als dies in Österreich der Fall ist, da sich Orbán stark eines geschichtspolitischen Diskurses bedient, weshalb dessen Politik immer öfter als nationalpopulistisch bezeichnet wird.

Der Begriff Rechtspopulismus – oder viel mehr Populismus – wie eingangs definiert, meint jedoch nicht bloß Themen oder Inhalte von Politik, sondern eben auch die Art und Weise, wie Politik an die Menschen gebracht wird und dies ist sicherlich ein entscheidendes Motiv für den großen Erfolg der europäischen Populist_en_innen. Mittels einfacher Sprache und vermittelter Nahbarkeit können diese vorwiegend bei den „einfachen Leuten“, aber auch bei weitaus mehreren sozialen Schichten, punkten.

Zurück zu Österreich und Ungarn, war die Auseinandersetzung mit den beiden als rechtspopulistisch zu bezeichnenden Parteien FPÖ und FIDESZ insofern spannend, als dass in beiden Ländern in naher Zukunft Parlamentswahlen stattfinden werden (Österreich Herbst 2017, Ungarn 2018), im Rahmen derer sich abzeichnen wird,

inwiefern die zunehmende Instrumentalisierung populistischer Politik Erfolg haben wird. In diesem Kontext muss jedoch auch gesagt sein, dass es dabei gänzlich konträre Ausgangssituationen gibt:

– Die FPÖ in Österreich ist derzeit noch in der Opposition, sie war bisher (Stand 05/17) in den Umfragen stärkste Kraft, seit den Bestrebungen der beiden Großparteien SPÖ und ÖVP (in diesem Zusammenhang vor allem Christian Kern und Sebastian Kurz), sich ebenso populistischer Werkzeuge und ähnlicher Themen zu bedienen, scheint es, dass Strache und die Freiheitlichen wieder etwas an Strahlkraft verlieren, eine Regierungsbeteiligung und ein Spitzenergebnis bleiben trotzdem wahrscheinlich.

– Die Fidesz in Ungarn hingegen ist seit 2010 (und auch davor schon) an der Macht und Orbán versucht mittels Verfassungsänderungen und der Kontrolle der Medien seine Machtbefugnisse weiter auszubauen beziehungsweise zu sichern. In Ungarn kam es infolge der Medienreform sowie einiger verfassungsrechtlicher Modifizierungen zwar vermehrt zu Protesten und Kundgebungen, seit der Flüchtlingskrise und der Angstmache vor dem Islam und der Zuwanderung, scheint Orbán jedoch wieder ein Thema gefunden zu haben, womit er politische Erfolge verzeichnen kann.

Auch wenn die Präsidentschaftswahlen in Österreich und Frankreich diesen Jahres (2017) womöglich einen Schwenk in eine entgegengesetzte Richtung gezeigt haben, so soll dies nicht heißen, dass der rechte Populismus in Europa bereits besiegt wäre. Ganz im Gegenteil, muss man in naher Zukunft und auch mittelfristig, schon allein aufgrund der globalen Entwicklungen und Krisenherde, verstärkt mit Rechtspopulismus rechnen. Langfristig wird es, wie oben erwähnt, die Aufgabe der einzelnen Parteien sein, wieder attraktiv für die verlorenen Wähler_innen zu werden, sich vor allem der Probleme und Sorgen der „kleinen Leute“ anzunehmen und sich der veränderten politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklungen bewusst zu werden.

In Zeiten von Globalisierung und Migration sei außerdem auf die Wichtigkeit der Europäischen Union und das Friedensprojekt Europa hinzuweisen, welches wieder verstärkt in den Vordergrund treten sollte. Nahezu alle Rechtspopulist_en_innen in Europa sind unzufrieden mit den Entwicklungen in der EU, manche forcieren bereits Austrittsbestrebungen. Insofern sollten sich die europäischen Länder wieder um die

offenen Fragen innerhalb der EU kümmern, um den europäischen Bürger_n_innen Antworten auf ihre Fragen geben zu können.

Zu guter Letzt möchte ich als angehende Lehrerin für Geschichte, Sozialkunde und Politische Bildung auch auf die Wichtigkeit von Politikverständnis hinweisen. Vor allem betrifft dies die jungen Menschen unserer Gesellschaft, die mangels politischer Bildung häufig kein rationales und begründetes politisches Urteil treffen können und infolgedessen für den Populismus sehr empfänglich sind. In diesem Zusammenhang sei auch auf den starken Einfluss der Medien zu verweisen, der vor allem im Bereich Social Media den rechten Populismus bestärkt. Auch hierbei wird es wiederum die Aufgabe der Erziehungsberechtigten sowie der Lehrer_innen sein, den Schüler_n_innen Medienkompetenz und somit den korrekten Umgang mit Medien und das Verständnis wie Medien funktionieren, zu lehren. Bildung wird somit diesbezüglich in Zukunft das Maß aller Dinge sein.

Letztendlich wird es jedoch auch an der Gesellschaft und den Wahlberechtigten liegen, die zur Verfügung stehenden Werkzeuge zur politischen Mitbestimmung zu nützen, sich die Wichtigkeit unserer demokratischen Errungenschaften vor Augen zu führen und somit nicht in die populistische Lücke zu fallen. Die Werte der europäischen Demokratien, wie Solidarität, Offenheit, Gerechtigkeit und Frieden, sollten wieder in den Vordergrund treten und das Bekenntnis zu den allgemeinen Menschenrechten muss dabei größten Stellenwert haben.

11. Literaturverzeichnis

11.1 Sekundärliteratur

Adrowitzer Roland, Gelegs Ernst (Hg.), Schöne Grüße aus dem Orban Land. Die rechte Revolution in Ungarn. (Wien, Graz, Klagenfurt 2013).

Aring Paul Gerhard, Die Theologie der Reformationszeit und die Juden. Unbewältigte Tradition – Enttäuschte Erwartung - «Scharfe Barmherzigkeit». In: Ginzel Günther B. (Hg.), Antisemitismus. Erscheinungsformen der Judenfeindschaft gestern und heute (Köln 1991).

Bachmann Klaus, Strategien zur Eindämmung populistischer Parteien – vom Boykott bis zur Beteiligung an der Macht. In: Hofmann Anna, von Thadden Rudolf (Hg.), Populismus in Europa. Krise der Demokratie? (Göttingen 2005).

Bauer Werner T., Rechtsextreme und rechtspopulistische Parteien in Europa. (Wien 2015).

Baumel Laurent, Populismus als politischer Hilferuf. In: Hillebrand Ernst (Hg.), Rechtspopulismus in Europa. Gefahr für die Demokratie? (Bonn 2015).

Bayer József, Die Fidesz im Wechsel zwischen Oppositions- und Regierungspartei: Populistische Politik in der ungarischen Demokratie. In: Frölich-Steffen Susanne, Rensmann Lars (Hg.), Populisten an der Macht. Populistische Regierungsparteien in West- und Osteuropa. (Wien 2005).

Benz Wolfgang, Graml Hermann (Hg.), Fischer Weltgeschichte. Europa nach dem Zweiten Weltkrieg 1945-1982. Das Zwanzigste Jahrhundert II. (Frankfurt am Main 1983).

Benz Wolfgang, Sinti und Roma: Die unerwünschte Minderheit. Über das Vorurteil des Antiziganismus. (Berlin 2014).

Bering Dietz, Gutachten über den antisemitischen Charakter einer namenpolemischen Passage aus der Rede Jörg Haiders vom 28. Februar 2001. In: Pelinka Anton, Wodak Ruth (Hg.), „Dreck am Stecken“. Politik der Ausgrenzung. (Wien 2002).

Bernecker Walter L., Europa zwischen den Weltkriegen 1914 – 1945. (Stuttgart 2002).

Betz Hans-Georg, Radikaler Rechtspopulismus im Spannungsfeld zwischen neoliberalistischen Wirtschaftskonzepten und antiliberaler autoritärer Ideologie. In: Heitmeyer Wilhelm, Loch Dietmar (Hg.), Schattenseiten der Globalisierung. Rechtsradikalismus, Rechtspopulismus und separatistischer Regionalismus in westlichen Demokratien. (Frankfurt am Main 2001).

Bliesemann de Guevara Berit, Reiber Tatjana, Popstars der Macht. Charisma und Politik. In: Bliesemann de Guevara Berit, Reiber Tatjana (Hg.), Charisma und Herrschaft. Führung und Verführung in der Politik. (Frankfurt am Main 2011).

Boesch Joseph, Schläpfer Rudolf, Utz Hans, Weltgeschichte. Von 1500 bis zur Gegenwart. (Zürich 2014).

Borbándi Gyula, Der ungarische Populismus. (Mainz 1976).

Borggräfe Henning, Jansen Christian, Nation – Nationalität – Nationalismus. (Frankfurt am Main 2007).

Boyer John W., Karl Lueger (1844-1910). Christlichsoziale Politik als Beruf. (Wien, Köln, Weimar 2010).

Bracke Reinhard, Neoliberalismus, Postmoderne und Soziale Arbeit. Von neuem Denken zu neuem Handeln? (Diplomarbeit FH Heidelberg 2004).

Breitegger Benjamin, Brnada Nina, Heinrich Claus, Horaczek Nina, Nardoslwasky Benedikt, Redl Josef, Thurnher Armin, Österreich zuerst. Inländerbonus und Kindergeld – das frivole Spiel der Regierung mit Protektionismus und antieuropäischen Gefühlen. In: Falter 9 (2017).

Brustein William, King Ryan, Antisemitismus in Europa vor dem Holocaust. In: Boehnke Klaus, Fuß Daniel, Hagan John (Hg.), Jugendgewalt und Rechtsextremismus. Soziologische und psychologische Analysen in internationaler Perspektive. (Weinheim, München 2002).

Bunzl John, Zur Geschichte des Antisemitismus in Österreich. In: Bunzl John, Marin Bernd (Hg.), Antisemitismus in Österreich. Sozialhistorische und soziologische Studien. (Innsbruck 1983).

Butterwegge Christoph, Definitionen, Einfallstore und Handlungsfelder des Rechtspopulismus. In: Butterwegge Christoph, Hentges Gudrun (Hg.), Rechtspopulismus, Arbeitswelt und Armut. Befunde aus Deutschland, Österreich und der Schweiz. (Opladen 2008).

Camus Jean-Yves, Die radikale Rechte in Westeuropa. Vom nostalgischen Aktionismus zum fremdenfeindlichen Populismus. In: Eismann Wolfgang (Hg.), Rechtspopulismus. Österreichische Krankheit oder europäische Normalität? (Wien 2002).

Czeslaw Milosz, Über Nationalismus. In: Jeismann Michael, Ritter Henning (Hg.), Grenzfälle. Über neuen und alten Nationalismus (Leipzig 1993).

Eckert Willehad Paul, Antisemitismus im Mittelalter. Angst – Verteufelung – Habgier: «Das Gift, das die Juden tötete». In: Ginzel Günther B. (Hg.), Antisemitismus. Erscheinungsformen der Judenfeindschaft gestern und heute (Köln 1991).

Enzenberger Andrea, Der Antisemitismus in Ungarn und der Prozeß von Tisza-Eszlá. (Diplomarbeit Universität Wien 1987).

Faulenbach Bernd, Demokratien und Diktaturen im „kurzen“ 20. Jahrhundert. Eine Skizze über Gegensätze und Entwicklungslinien in Europa 1914-1991. (Bochum, Berlin 2014).

Fischer Gero, Ethnopluralismus, Multikulturalismus und interkulturelle Erziehung. In: Kaufmann Rüdiger, Petri Frank, Reinalter Helmut (Hg.), Das Weltbild des Rechtsextremismus. Die Strukturen der Entsolidarisierung (Innsbruck 1998).

Fischer Rolf, Entwicklungsstufen des Antisemitismus in Ungarn 1867-1939. Die Zerstörung der magyarisch-jüdischen Symbiose. (München 1988).

Flecker Jörg, Die populistische Lücke. Umbrüche in der Arbeitswelt und ihre politische Verarbeitung. In: Butterwegge Christoph, Hentges Gudrun (Hg.), Rechtspopulismus, Arbeitswelt und Armut. Befunde aus Deutschland, Österreich und der Schweiz. (Opladen 2008).

Flecker Jörg, Kirschenhofer Sabine, Die populistische Lücke. Umbrüche in der Arbeitswelt und Aufstieg des Rechtspopulismus am Beispiel Österreich. (Berlin 2007).

Frölich-Steffen Susanne, Die Identitätspolitik der FPÖ: Vom Deutschnationalismus zum Österreich-Patriotismus. In: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft 33 (2004).

Gärtner Reinhold, Politik der Feindbilder. Rechtspopulismus im Vormarsch. (Wien 2009).

Geden Oliver, Diskursstrategien im Rechtspopulismus. Freiheitliche Partei Österreichs und Schweizerische Volkspartei zwischen Opposition und Regierungsbeteiligung. (Wiesbaden 2006).

Geden Oliver, Identitätskurs und politische Macht: Die rechtspopulistische Mobilisierung von Ethnozentrismus im Spannungsfeld von Oppositionspolitik und Regierung am Beispiel von FPÖ und SVP. In: Frölich-Steffen Susanne, Rensmann Lars, (Hg.), Populisten an der Macht. Populistische Regierungsparteien in West- und Osteuropa. (Wien 2005).

Ginzel Günther B., Vom religiösen zum rassistischen Judenhaß. «Deutschland, Christenvolk, ermann dich!» Gegen Juden, «Judengenossen» und «jüdischen Geist». In: Ginzel Günther B. (Hg.), Antisemitismus. Erscheinungsformen der Judenfeindschaft gestern und heute (Köln 1991).

Hafez Farid, Islamophober Populismus. Moschee- und Minarettbauverbote österreichischer Parlamentsparteien. (Wiesbaden 2010).

Hans Barbara, Inszenierung von Politik. Zur Funktion von Privatheit, Authentizität, Personalisierung und Vertrauen. (Dissertation Universität Hamburg 2015).

Hartleb Florian, Nach ihrer Etablierung – Rechtspopulistische Parteien in Europa. Begriff – Strategie – Wirkung. (Berlin 2011).

Haserer Wolfgang, Der Rechtspopulist Jörg Haider. Eine Analyse seines politischen Erfolges in Österreich. (Diplomarbeit Universität München 2001).

Haupt Gernot, Antiziganismus und Sozialarbeit. Elemente einer wissenschaftlichen Grundlegung, gezeigt an Beispielen aus Europa mit dem Schwerpunkt Rumänien. (Berlin 2006).

Haverkamp Alfred, Europas Juden im Mittelalter. Zur Einführung. In: Cluse Christoph (Hg.), Europas Juden im Mittelalter. Beiträge des internationalen Symposiums in Speyer vom 20.-25. Oktober 2002. (Trier 2004).

Hellwing I. A., Der konfessionelle Antisemitismus im 19. Jahrhundert in Österreich. (Wien 1972).

Herrmann Andrea, Ursachen des Ethnozentrismus in Deutschland. Zwischen Gesellschaft und Individuum. (Wiesbaden 2001).

Hesse Jan-Otmar, Köster Roman, Plumpe Werner, Die Große Depression. Die Weltwirtschaftskrise 1929-1939. (Frankfurt am Main 2014).

Hödl Klaus, Lamprecht Gerald, Zwischen Kontinuität und Transformation. Antisemitismus im gegenwärtigen medialen Diskurs Österreichs. In: Zuckermann Moshe (Hg.), Tel Aviver Jahrbuch für deutsche Geschichte XXXIII. Antisemitismus, Antizionismus, Israelkritik. (Göttingen 2005).

Holzer Willibald I., Rechtsextremismus – Konturen, Definitionsmerkmale und Erklärungsansätze. In: Stiftung Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (Hg.) Handbuch des österreichischen Rechtsextremismus (Wien 1993).

Horaczek Nina, „Müssen wir heute mehr Angst vor Kriminalität haben als früher?“. In: Falter 6 (2017).

Jungwirth Michael, Rebellen und Rattenfänger. In: Jungwirth Michael (Hg.), Europas Rechtspopulisten. Haider, Le Pen & Co. (Graz 2002).

Kochanowski Jerzy, Horthy und Pilsudski. Vergleich der autoritären Regime in Ungarn und Polen. In: Oberländer Erwin (Hg.), *Autoritäre Regime in Ostmittel- und Südosteuropa. 1919-1944.* (Paderborn 2001).

Kohler Manfred, Rechtspopulismus in Österreich. Systemsturz oder einfach nur Populismus? In: Strobl Philipp (Hg.), *Österreich in der Zweiten Republik. Ein Land im Wandel.* (Hamburg 2014).

Koob Andreas, Ensemble der Abwertung. Die Konjunktur von Feindbildern im Inneren der ungarischen Gesellschaft. In: Koob Andreas, Marcks Holger, Marsovszky Magdalena (Hg.), *Mit Pfeil, Kreuz und Krone. Nationalismus und autoritäre Krisenbewältigung in Ungarn.* (Münster 2013).

Lang Kai-Olaf, Populismus in Ostmitteleuropa. Manifestationsformen, Besonderheiten und Chancenstrukturen. In: Hofmann Anna, von Thadden Rudolf (Hg.), *Populismus in Europa. Krise der Demokratie?* (Göttingen 2005).

Lendvai Paul, *Orbán's Ungarn.* (Wien 2016).

Loth Wilfried, Europa nach 1945. Die Formation der Blöcke. In: Benz Wolfgang, Graml Hermann (Hg.), *Fischer Weltgeschichte. Europa nach dem Zweiten Weltkrieg 1945-1982. Das Zwanzigste Jahrhundert II.* (Frankfurt am Main 1983).

Macków Jerzy, Autoritarismus: Noch immer das System des eingeschränkten Pluralismus. In: Macków Jerzy (Hg.), *Autoritarismus in Mittel- und Osteuropa* (Wiesbaden 2009).

Marsovszky Magdalena, Geschlossene Gesellschaft. Zu den ideologischen Hintergründen der völkischen Entwicklung in Ungarn. In: Koob Andreas, Marcks Holger, Marsovszky Magdalena (Hg.), *Mit Pfeil, Kreuz und Krone. Nationalismus und autoritäre Krisenbewältigung in Ungarn.* (Münster 2013).

Mittnik Philipp, Die FPÖ – eine rechtsextreme Partei? Zur Radikalisierung der Freiheitlichen unter HC-Strache. (Wien 2010).

Mosse George L., *Die Geschichte des Rassismus in Europa.* (Frankfurt am Main 2006).

Müller Yves, Männliche Homosexualität und Homophobie im deutschen und österreichischen Rechtspopulismus. In: Forschungsgruppe Europäische Integration (Hg.), *Rechtspopulismus in der Europäischen Union.* (Hamburg 2012).

Neuburger Tobias, Antiziganismus. Zu Genese und Funktion eines virulenten Ressentiments. (Diplomarbeit Universität Wien 2012).

Neugebauer Wolfgang, Schiedel Heribert, Jörg Haider, die FPÖ und der Antisemitismus. In: Pelinka Anton, Wodak Ruth (Hg.), «Dreck am Stecken». Politik der Ausgrenzung. (Wien 2002).

Ociepka Beata, Populismus und Massenmedien. Anmerkungen zur Rolle der Medien. In: Hofmann Anna, von Thadden Rudolf (Hg.), Populismus in Europa. Krise der Demokratie? (Göttingen 2005).

Pelinka Anton, Die FPÖ: eine rechtspopulistische Regierungspartei zwischen Adaption und Opposition. In: Frölich-Steffen Susanne, Rensmann Lars (Hg.), Populisten an der Macht. Populistische Regierungsparteien in West- und Osteuropa. (Wien 2005).

Pels Dick, Der neue nationale Individualismus. Der Populismus behauptet sich. In: Bureau de Helling (Hg.), Rechtspopulismus in Europa. (Wien 2012).

Perger Werner A., Hoffnungsträger vor! Die Krise der liberalen Demokratie und die Suche der Linken nach starken Ideen und neuen Hoffnungsträgern wie Martin Schulz, Christian Kern und Emmanuel Macron. In: Falter 7 (2017).

Pietruchova Olga, Scheinheiligkeit entschleiert. Populisten und Frauenrechte. In: Bureau de Helling (Hg.), Rechtspopulismus in Europa (Wien 2012).

Plasser Fritz, Seeber Gilg, Ulram Peter A., Erdrutschwahlen: Momentum, Motive und neue Muster im Wahlverhalten. In: Plasser Fritz, Ulram Peter A. (Hg.), Wahlverhalten in Bewegung. (Wien 2003).

Plasser Fritz, TV-Confrontations und Strategien populistischer Politikvermittlung in Österreich. In: Jarren Otfried, Schatz Heribert, Weßler Hartmut (Hg.), Medien und politischer Prozeß. Politische Öffentlichkeit und massenmediale Politikvermittlung im Wandel. (Wiesbaden 1996).

Reinfeldt Sebastian, «Wir für euch». Die Wirksamkeit des Rechtspopulismus in Zeiten der Krise. (Münster 2013).

Reisigl Martin, Oppositioneller und regierender Rechtspopulismus: Rhetorische Strategien und diskursive Dynamiken in der Demokratie. In: Frölich-Steffen Susanne, Rensmann Lars (Hg.), Populisten an der Macht. Populistische Regierungsparteien in West- und Osteuropa. (Wien 2005).

Robert Anne Cécile, Das Verhältnis zwischen den etablierten politischen Parteien und den populistischen Bewegungen. In: Hofmann Anna, von Thadden Rudolf (Hg.), Populismus in Europa. Krise der Demokratie? (Göttingen 2005).

Schieder Theodor, Europa im Zeitalter der Nationalstaaten und europäische Weltpolitik bis zum I. Weltkrieg (1870-1918). In: Schieder Theodor (Hg.), Handbuch der europäischen Geschichte (Band 6) (Stuttgart 1968).

Steinwendtner Katharina, Nationalpopulismus in Europa: simplifizierende Antworten auf komplexe Realitäten? Vergleichende Perspektiven auf Frankreich und Ungarn am Beispiel FN und Fidesz. (Masterarbeit Universität Wien 2015).

Steyrer Johannes, Jörg Haider – charismatischer Führer, narzisstische Persönlichkeit und Rechtspopulist. In: Bliesemann de Guevara Berit, Reiber Tatjana (Hg.), Charisma und Herrschaft. Führung und Verführung in der Politik. (Frankfurt am Main 2011).

Thommen Lukas, Populus, Plebs und Populares in der römischen Republik. In: Faber Richard, Unger Frank (Hg.), Populismus in Geschichte und Gegenwart. (Würzburg 2008).

Tilkovszky Loránt, Minderheiten in der Innenpolitik Ungarns in den ersten Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg. In: Heuberger Valeria, Kolar Othmar, Suppan Arnold, Vyslonzil Elisabeth (Hg.), Nationen, Nationalitäten, Minderheiten. Probleme des Nationalismus in Jugoslawien, Ungarn, Rumänien, der Tschechoslowakei, Bulgarien, Polen, der Ukraine, Italien und Österreich 1945-1990. (Wien 1994).

Tóth Barbara, Am mächtigsten in der Opposition: Die FPÖ in Österreich. In: Hillebrand Ernst (Hg.), Rechtspopulismus in Europa. Gefahr für die Demokratie? (Bonn 2015).

Tóth Barbara, Auf zum rechten Gefecht. In: Falter 40 (2016).

Vetter Reinhold, Nationalismus im Osten Europas. Was Kaczynski und Orbán mit Le Pen und Wilders verbindet. (Berlin 2017).

Vocelka Karl, Geschichte Österreichs. Kultur – Gesellschaft – Politik. (München 2013).

Wirsching Andreas, Demokratie und Globalisierung. Europa seit 1989 (München 2015).

11.2 Internetquellen

Antisemitismus.net, Zionisches Glossar: Definition Antisemitismus (2007), online unter: <<http://www.antisemitismus.net/theorie/glossar.htm>> (18.04.2017).

Austria Presse Agentur, Österreicher sind unzufriedener mit ihrer Demokratie. (20.04.2017), online unter: <<https://www.apa.at/News/6435606080/oesterreicher-sind-unzufriedener-mit-ihrer-demokratie.html>>. (24.04.2017).

Bock-Schappelwein Julia, Entwicklung und Formen der Arbeitslosigkeit in Österreich seit 1990. In: WIFO Monatsberichte 7/2005. online unter: <http://www.wifo.ac.at/jart/prj3/wifo/resources/person_dokument/person_dokument.jart?publikationsid=25653&mime_type=application/pdf> (24.04.2017).

Cseko Balazs, Der lange Schatten des Antiziganismus in Ungarn. (21.08.2013), online unter: <<http://derstandard.at/1376533945739/Antiziganismus-in-Ungarn>> (03.05.2017).

Homepage Demokratiezentrum Wien, Ungarn im 20. Jahrhundert, online unter: <<http://www.demokratiezentrum.org/wissen/timelines/ungarn-im-20-jahrhundert.html>> (04.04.2017).

Homepage Dokumentations- und Kulturzentrum Deutscher Sinti und Roma, Sinti & Roma, online unter: <<http://www.sintiundroma.de/sinti-roma.html>> (15.02.2017).

Eggenberger Gert, FPÖ: "Homosexualität ist eine Kultur des Todes". (14.06.2008). online unter: <http://diepresse.com/home/innenpolitik/390964/FPoe_Homosexualitaet-ist-eine-Kultur-des-Todes-> (25.04.2017).

Homepage European Parliament Working Group On Antisemitism, EUMC Arbeitsdefinition Antisemitismus, online unter: <<http://www.antisem.eu/eumc-arbeitsdefinition-antisemitismus/>> (03.04.2017).

Fesl Manfred, Strache in Ried: "Was ist dünner als Kerns Slim-Fit-Anzüge?" (02.03.2017), online unter: <http://diepresse.com/home/innenpolitik/5177201/Strache-in-Ried_Was-ist-duenner-als-Kerns-SlimFitAnzuege> (25.04.2017).

Homepage FPÖ, Leittrag: Für ein freies Europa. Zuerst Österreicher, dann Europäer. online unter: <<https://www.fpoe.at/themen/leittrag/einleitung/>> (25.04.2017).

Homepage FPÖ, Parteiprogramm der Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ) (18.06.2011), online unter: <https://www.fpoe.at/fileadmin/user_upload/www.fpoe.at/dokumente/2015/2011_graz_parteiprogramm_web.pdf> (11.04.2017).

Hämmerle Walter, Die Medien, Trump, Strache und Hofer. (18.10.2016), online unter: <http://www.wienerzeitung.at/meinungen/kommentare/851339_Die-Medien-Trump-Strache-und-Hofer.html> (25.04.2017).

John Gerald, Sobotka will "Religionsdiskussion" über den Islam anstoßen (02.03.2017), online unter: <<http://derstandard.at/2000053480178/Sobotka-will-Religionsdiskussion-ueber-den-Islam-anstossen>> (11.04.2017).

Kálnoky Boris, Jetzt umarmt Orbán die Wähler von Jobbik. (05.10.2016), online unter: <<http://diepresse.com/home/ausland/aussenpolitik/5097061/Jetzt-umarmt-Orban-die-Waehler-von-Jobbik>> (03.05.2017).

Kern Maria, "Kern muss achtgeben, dass er nicht zu stark auf Inszenierung setzt". (20.04.2017), online unter: <<https://kurier.at/politik/inland/kanzler-als-pizza-bote-kern-muss-achtgeben-dass-er-nicht-zu-stark-auf-inszenierung-setzt/259.512.714>> (24.04.2017).

Kniefacz Katharina, Die Borodajkewycz-Affäre 1965 (10.02.2017), online unter: <<http://geschichte.univie.ac.at/de/artikel/die-borodajkewycz-afaere-1965>> (30.05.2017).

König Julia, Judenfeindschaft von der Antike bis zur Neuzeit (23.11.2006), online unter: <<http://www.bpb.de/politik/extremismus/antisemitismus/37951/von-der-antike-bis-zur-neuzeit?p=0>> (07.03.2017).

Milchram Gerhard, Die gesetzlichen Rahmenbedingungen zur Ansiedlung von Juden in Niederösterreich im 19. Jahrhundert, online unter: <http://www.david.juden.at/kulturzeitschrift/50-54/Main%20frame_Artikel52_Milchram.htm> (18.04.2017).

Mittelstaedt Katharina, Regierung einigt sich auf Burkaverbot im "neutral auftretenden" Staat (30.01.2017), online unter: <<http://derstandard.at/2000051810497/Regierung-einigt-sich-auf-Burkaverbot-im-neutral-auftretenden-Staat>> (11.04.2017).

Müller Walter, "Law and Order"-Wahlkampf der FPÖ (24.08.2000), online unter: <<http://derstandard.at/315498/Law-and-Order-Wahlkampf-der-FPOe>> (20.04.2017).

News.at, FPÖ-Wahlkampfauftakt in Wien: Strache entschuldigt sich für "politische Vorgänger". (22.09.2005), online unter: <<https://www.news.at/a/fpoe-wahlkampfauftakt-wien-strache-politische-vorgaenger-122037>> (25.04.2017).

Niemetz Sebastian, Roma gegen Orbán: Der Kampf um politische Partizipation, online unter: <<http://www.univie.ac.at/unique/uniquecms/?p=5229>> (03.05.2017).

Nikolić Nataša, Eurobarometer zeigt Skepsis der Österreicher. (17.02.2017), online unter: <<http://www.cash.at/archiv/eurobarometer-zeigt-skepsis-der-oesterreicher/>> (19.04.2017).

Homepage Österreichisches Parlament, Dr. Jörg Haider (13.10.2008), online unter: <https://www.parlament.gv.at/WWER/PAD_00490/> (19.04.2017).

Pelinka Anton, Der Preis der Salonfähigkeit. Österreichs Rechtsextremismus im internationalen Vergleich, online unter: <http://www.doew.at/cms/download/bvfs9/pelinka_rechtsextremismus-1.pdf> (05.04.2017).

diePresse.com, Herausgeber Norbert Hofer und die Brutpflege. (21.09.2016), online unter: <<http://diepresse.com/home/innenpolitik/bpwahl/5088717/Herausgeber-Norbert-Hofer-und-die-Brutpflege>> (24.04.2017).

diePresse.com, ÖVP und FPÖ liefern sich Sicherheits-„Match“ im Tiroler Landtag. (01.02.2017), online unter: <<http://diepresse.com/home/innenpolitik/5163338/OeVP-und-FPOe-liefern-sich-SicherheitsMatch-im-Tiroler-Landtag>> (20.04.2017).

Rauscher Hans, Haider spielt jetzt mit dem Antisemitismus. (01.03.2001), online unter: <<http://derstandard.at/496047/Haider-spielt-jetzt-mit-dem-Antisemitismus>> (11.04.2017).

Rosenberger Sieglinde, Migration als Spielball der Politik. In: Alumni Magazin der Universität Wien 2/2010. online unter: <file:///C:/Users/Sarah/Downloads/univie_012010.pdf> (24.04.2017).

Schorn Josef, Die Rückkehr der Lederhose. (05.07.2014), online unter: <<https://www.uibk.ac.at/geschichte-ethnologie/ee/trachten/sn-05.06.2014.pdf>> (25.04.2017).

Sklar Benjamin, "FPÖ einzige Partei, die 17 Jahre Schwuler leitete". (16.09.2010), online unter: <<http://diepresse.com/home/innenpolitik/home/politik/wienwahl/594916/FPOe-einzig-Partei-die-17-Jahre-Schwuler-leitete>> (24.04.2017).

Homepage SORA, Nationalratswahl 2013, online unter: <<http://www.sora.at/themen/wahlverhalten/wahlanalysen/nrw13.html>> (06.04.2017).

Homepage SORA, Wahlanalysen, online unter: <<http://www.sora.at/themen/wahlverhalten/wahlanalysen.html>> (21.05.2017).

Stahr Jan-Uwe, Orbáns Ungarn. Zwischenbilanz einer nationalkonservativen Wende (30.04.2016), online unter: <http://www.deutschlandfunk.de/orbans-ungarn-zwischenbilanz-einer-nationalkonservativen.724.de.html?dram:article_id=352929> (21.05.2017).

Homepage Stadt Wien, Wahlplakate FPÖ (12.04.2017), online unter: <<http://www.stadt-wien.at/politik/wahlplakate-fpoe.html>> (12.04.2017).

derStandard.at, FPÖ sieht Neigung zur Pädophilie bei Homosexuellen. (06.12.2007), online unter: <<http://derstandard.at/3140046/FPOe-sieht-Neigung-zur-Paedophilie-bei-Homosexuellen>> (25.04.2017).

derStandard.at, FP-Schock will Kinder vor Homosexualität schützen. (04.06.2009), online unter: <<http://derstandard.at/1242317438006/FPOe-FP-Schock-will-Kinder-vor-Homosexualitaet-schuetzen>> (25.04.2017).

derStandard.at, Hofer verteidigt umstrittenes Buch „Für ein freies Österreich“. (17.10.2016), online unter: <<http://derstandard.at/2000046019642/Hofer-verteidigt-umstrittenes-Souveraenitaets-Buch>> (24.04.2017).

derStandard.at, Kurz will Flüchtlinge auf Mittelmeerinseln sammeln und internieren (05.06.2016), online unter: <<http://derstandard.at/2000038263249/Kurz-will-Migranten-zurueckschicken-oder-internieren>> (11.04.2017).

derStandard.at, Warum teilt man Parteien in links und rechts ein? (19.06.2009), online unter: <<http://derstandard.at/1244460904453/User-fragen-derStandardat-antwortet-Warum-teilt-man-Parteien-in-links-und-rechts-ein>> (15.02.2017).

Sueddeutsche.de, Ungarn 1920 bis 1945. Wie sich eine Monarchie zum Nazi-Staat wandelte (17.07.2012), online unter: <<http://www.sueddeutsche.de/politik/ungarn-bis-wie-eine-monarchie-zum-nazi-staat-mutierte-1.1414357-2>> (28.03.2017).

tt.com, Wahlplakate: FPÖ wegen Verhetzung angezeigt, online unter: <<http://www.tt.com/home/4559964-91/wahlplakate-fp%C3%B6-wegen-verhetzung-angezeigt.csp>> (12.04.2017).

Werthschulte Christian, "Nach" Köln ist wie "vor" Köln. Die Silvesternacht und ihre Folgen. (06.02.2017), online unter: <<http://www.bpb.de/apuz/239696/die-silvesternacht-und-ihre-folgen?p=0>> (24.04.2017).

Homepage Wien Geschichte Wiki, online unter <[https://www.wien.gv.at/wiki/index.php/Rothschild_\(Familie\)](https://www.wien.gv.at/wiki/index.php/Rothschild_(Familie))> (18.04.2017).

Homepage Wien-konkret, Volksbegehren in Österreich, online unter: <<http://www.wien-konkret.at/politik/direkte-demokratie/volksbegehren/>> (24.04.2017).

Winkler Anita, Gestatten Sie, mein Name ist ..., online unter:
<<http://www.habsburger.net/de/kapitel/gestatten-sie-mein-name-ist?language=en>>
(18.04.2017).

12. Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: „Heimatliebe statt Marokkaner-Diebe“ – FPÖ 2012	78
Abbildung 2: „Daham statt Islam“ – FPÖ 2006	78
Abbildung 3: „Sozialstaat stat Zuwanderung“ – FPÖ 2006.....	78
Abbildung 4: „Wien darf nicht Istanbul werden“ – FPÖ 2010.....	78
Abbildung 5: „Deutsch statt «nix versteh'n» - FPÖ 2006.....	78
Abbildung 6: „Abendland in Christenhand“ – FPÖ 2009	78
Abbildung 7: „es reicht“ Ohne Deutschkurs keine Zuwanderung“ – ÖVP 2008.....	80
Abbildung 8: „Sichere Grenzen, sichere Heimat“ – FPÖ 2015	85
Abbildung 9: „Mit ihm kommt Österreich zuerst statt EU- & EURO-Wahnsinn – FPÖ 2013.....	85
Abbildung 10: „Mehr Mut für unser «Wiener Blut» - FPÖ 2010.....	85

Quellen:

Abbildung 1: <<https://www.welt.de/politik/ausland/article106148765/FPoe-wirbt-mit-Heimatliebe-statt-Marokkaner-Diebe.html>> (21.05.2017).

Abbildung 2: <http://diepresse.com/home/innenpolitik/wienwahl/588143/Umstrittene-Slogans_Wahlplakate-die-fuer-Aufregung-sorgten> (21.05.2017).

Abbildung 3: <<https://jheitzer.wordpress.com/2013/06/03/die-fpo-und-der-auslanderwahlkampf/>> (21.05.2017).

Abbildung 4: <<http://www.dasbiber.at/content/wien-darf-nicht-istanbul-werden-warum-nicht-herr-strache>> (21.05.2017).

Abbildung 5: <<https://bawekoll.wordpress.com/2012/09/20/grundlagen-der-propaganda/>> (21.05.2017).

Abbildung 6: <http://diepresse.com/home/ausland/eu/wahl/478070/Konjunkturlilfe-EUWahl_Parteien-investieren-elf-Millionen> (21.05.2017).

Abbildung 7: <<http://derstandard.at/1216918562700/Die-OeVP-startet-mit-dem-Es-reicht-in-den-Plakatwahlkampf>> (21.05.2017).

Abbildung 8: <<http://www.fpoee-ooe.at/>> (21.05.2017).

Abbildung 9: <<https://i.ytimg.com/vi/abNu2VfhKso/maxresdefault.jpg>> (21.05.2017).

Abbildung 10: <<https://lindwurm.wordpress.com/tag/fpo/page/10/?iframe=true&preview=true%2Ffeed%2F>> (21.05.2017).

13. Abstract

Die vorliegende Diplomarbeit beschäftigt sich mit Motiven und Aspekten des europäischen Rechtspopulismus anhand von zwei Beispielen: der österreichischen FPÖ und der ungarischen Fidesz. Erstere, gegründet 1956, nimmt seither (mit wenigen Ausnahmen) die traditionelle Oppositionsrolle im österreichischen Parteienspektrum ein. Die ungarische Fidesz hingegen, gegründet 1988, war erstmals 1998 und nunmehr seit 2010 in Regierungsposition. Der Aufstieg der beiden Parteien kann in die späten 1990er Jahre verortet werden, wobei die Motive dafür durchwegs unterschiedlich sind. In Österreich kann dies mit dem allmählichen Zerbröckeln der Vorherrschaft von SPÖ und ÖVP begründet werden, die sich um die Themen der Zeit wie die fortschreitende Internationalisierung, die Digitalisierung, die Migrationsbewegungen und Integrationsdebatten zu wenig gekümmert haben. Der Fidesz in Ungarn hingegen gelang der erstmalige Aufstieg in späten 1990er Jahren aufgrund der skandalträchtigen sozialistischen Vorgängerregierung, die die Ungar_innen abwählten. Seither verzeichnen beide Gruppierungen immer größere politische Erfolge. Mit kurzen Phasen des Einbruchs konnten die Wähler_innenstimmen stetig maximiert werden, was schlussendlich insbesondere an dem populistischen Gehalt der Politikvermittlung dieser Parteien liegt. Die „einfachen Leute“ suchen in Zeiten von Globalisierung und internationalen Krisenherden einfache Antworten auf komplexe Fragen, was dem Populismus stets gelingt. Was nun die Gemeinsamkeiten beziehungsweise Unterschiede betrifft, welche die analysierten Länder aufweisen, so kann gesagt sein, dass sie sich in den großen Themen „Globalisierungskritik“, „Ausländer_innendebatte“ und „Nationalismus“ wohl am ähnlichsten sind. Unterschiede können in den Bereichen Demokratieverständnis, Mediendiskurs sowie Diskreditierung der politischen Gegner_innen (vor allem aufgrund der Tatsache der unterschiedlichen Positionierung im politischen Spektrum: Oppositionspartei versus Regierungspartei) beobachtet werden.